



TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

ISSN Nr. 0724-6234

FRÜHJAHR 1985

5

**AUSGRENZUNGEN
ARBEITSTITEL „GETTOS“**

IMPRESSUM:

Herausgeber der TRIALOG ist die "Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planen und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig), Sitz Darmstadt.

Redaktions- und Vereinsanschrift:

TRIALOG,
Planen und Bauen
in Entwicklungsländern
Petersenstr. 15
D-6100 DARMSTADT.

V.i.S.d.P.: Die Redaktionsgruppe dieses Heftes: C. Deilmann, I. Hermannsdörfer, M. Messmer, H. Peacock. Zeitweilige Mitarbeit: G. Budnick, K. Mathéy. Tipparbeiten: Doro Köhler

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle gestattet. Artikel, inhaltliche Beiträge und Informationen sind an die Vereinsadresse oder an die regionalen TRIALOG-Kontaktpersonen zu richten:

- Kosta Mathéy, Ingrid Hermannsdörfer
Planen und Bauen in Entwicklungsländern, TH Darmstadt, Petersenstr.15, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/163637.
- Hans Harms, Ulrike Zschaebitz, TU Hamburg-Harburg, Arb.ber. Städtebau III, Schwarzenbergstr. 93C 2100 Hamburg 90, Tel.: (040)-77170-2659.
- Roland Ziss, Joanna Kotowski, Marienstrasse 112, 56 WUPPERTAL, Tel.: 0202/309424
- Bernd Jenssen / Einhard Schmidt, Universität Dortmund, Postfach 500500, 4600 Dortmund 50, Tel.: 0231/7552370.
- Florian Steinberg, Otto Greger, Technische Universität Berlin, Sekr. A 53, Straße des 17.Juni 135, 1000 Berlin 12, Tel.: 030-3145041.
- Gisliind Budnick, Abdullah Breshna, Fak. f. Architektur und Stadtplanung, Uni Stuttgart, Postfach 560, 7 Stuttgart 1 Tel 0711/2073666
- Marlene Reiners, Bismarckstr. 15, D-51 Aachen, Tel 0241/503 864

TRIALOG kostet als Einzelheft:
für private Abnehmer 9,-DM
für Institutionen 12,-DM

TRIALOG kostet im Abonnement
(4 Ausgaben):
für Studenten 24,- DM
für Einzelpersonen 32,- DM
für Institutionen 48,- DM

EDITORIAL

Obwohl es niemanden in der Redaktionsgruppe wirklich überraschen konnte, erwies sich der Arbeitstitel von TRIALOG 5 - "Ghettos" - als in vieler Hinsicht schwierig.

Auch einige unserer Autoren schienen Probleme damit zu haben, ihr Thema unter diesen Titel einzuordnen. Dabei kam es zu teilweise sehr gewagten Definitionen des Begriffs "Ghetto". Einige Artikel wurden deshalb nach etlichen Änderungen und hitzigen Diskussionen von der Redaktionsgruppe dann doch nicht in das Heft aufgenommen - so z.B. ein Artikel über das sehr interessante Thema der israelischen Siedlungspolitik in Palästina und die Zurückdrängung der palästinensischen Dörfer, dessen Ghetto-Definition unserer Meinung nach jedoch zu weit gefaßt war.

Der Begriff Ghetto wurde im 16. Jahrhundert in Italien geprägt, als im Zuge des wirtschaftlichen Niedergangs und der damit einhergehenden zunehmenden Diskriminierung Andersgläubiger durch die katholische Bevölkerungsmehrheit die venezianischen Juden 1516 gezwungen wurden, in das entlegene Viertel der ehemaligen Eisengießerei, im Volksmund "Ghetto" genannt, zu ziehen. In der Folgezeit entstanden "Ghettos" auch in Rom und anderen italienischen Städten. Sie waren bis ins 18. und frühe 19. Jahrhundert von einer Mauer umgeben. Den Höhepunkt der Brutalität erreichte die Ausgrenzung der Juden im 3. Reich, wo v.a. in polnischen Städten wie Warschau Tausende auf engstem Raum zusammengedrängt und in permanentem Terror und in lebensbedrohlicher Unterversorgung gehalten wurden, bis man sie in die Konzentrationslager abtransportierte.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Begriff Ghetto lediglich in den Fällen gerechtfertigt, in denen eine Bevölkerungsgruppe aufgrund rassistischer Kriterien oder extremer kultureller Andersartigkeit von der herrschenden Bevölkerungsgruppe - die nicht immer die Mehrheit sein muß - mehr oder weniger zwangsweise abgesondert, und ihrer Bürgerrechte beraubt wird. Dieses Mittel zur wirtschaftlichen und politischen Dominanz wird heute jedoch nicht mehr überall so nachweisbar eingesetzt wie z.B. in Südafrika, sondern äußert sich in einer schillernden Vielfalt von ethnischer, kultureller, religiöser oder ideologischer Ausgrenzung, die oft eine räumliche Entsprechung hat.

Aufgrund der Vielfalt der Phänomene sozialräumlicher Segregation haben wir uns entschlossen, den Arbeitstitel "Ghettos" - in vielleicht etwas provokativer Weise - zu benutzen, um im wesentlichen Segregationssituationen zu beschreiben, die gewisse Extremformen angenommen haben. Dabei ging es uns nicht allein um Segregation von ethnischen oder religiösen Minderheiten, sondern auch um die Grenzziehung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlicher Dominanz.

Die Abgrenzung kann von einer Gruppe durchaus selbst gewählt sein und einem stärkeren Identitätsgefühl oder dem eigenen Schutz dienen. Andererseits kann z.B. in Krisenzeiten die Ausgrenzung einer - im Grunde austauschbaren Minorität - den Zusammenhalt der an ihren ideologischen Grundwerten zweifelnden dominierenden Mehrheit bezwecken (Allianz gegen den gemeinsamen Feind?).

Die Frage nach Hintergrund und Auswirkungen räumlicher Segregation im Zusammenhang mit Stadtplanung ist gerade in sehr heterogenen Gesellschaften wie in den meisten Ländern der Dritten Welt mit ihrer großen Vielfalt an ethnischen, kulturellen und sozialen Gegensätzen und dem Nebeneinander von "modernen" und "traditionellen" Strukturen von Bedeutung. Die Grenzziehungen zwischen verschiedenen Gruppen haben auf Planung Einfluß, bzw. in vielen Fällen sind Planer auch aktiv an ihrer Unterstützung oder Absicherung beteiligt.

Es geht uns hier nicht darum, die vor mehr als zehn Jahren in bundesdeutschen Planerkreisen oft sehr akademisch geführte Diskussion um das Für und Wider der Integration "sozialer Randgruppen" und die "soziale Mischung" wieder aufleben zu lassen und in bezug auf die Entwicklungsländer zu wiederholen. Dies wäre aufgrund der Verschiedenheit der sozio-kulturellen Hintergründe nicht möglich und auch in keiner Weise sinnvoll.

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

ISSN Nr. 0724-6234

FRÜHJAHR 1985

5

Wir zeigen in diesem Heft Fälle sozialräumlicher Segregation auf, die eindeutig negative Folgen für die Betroffenen und für das gewachsene Lebensgefüge, in dem sie angesiedelt sind, haben - also auch für die Stadt als solche.

Im ersten Artikel stellt MESSMER im Anschluß an die kurze Beschreibung des zweifelhaften Erbes, das die kolonialen Stadtplaner vor allem in Afrika und Asien hinterlassen haben, die Frage, ob sich im Zuge einer gesellschaftlichen Werteverstärkung die ursprünglich stark ethnisch bedingte Segregation nicht zugunsten einer Verteilung nach Einkommensgruppen verändert. Gerade in diesem Themenbereich gibt es noch wenig planungsrelevante Studien, so daß es wünschenswert wäre, wenn wir von unseren im Stadtplanungsbereich tätigen Lesern Einschätzungen dazu mit Hinweisen aus ihrer praktischen Tätigkeit bekämen.

Ein Beispiel von Segregation im "klassischen" Sinn von Ghetto behandelt der Artikel von HELBIG über Südafrika. Darin werden nicht nur die unzumutbaren Lebensbedingungen in den schwarzen Townships beschrieben, sondern auch die institutionellen Rahmenbedingungen, die zum Zweck der sukzessiven fast totalen Ausgrenzung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit von der weißen machthabenden Minderheit geschaffen wurden und werden. Diese im Verlauf mehrerer Südafrikabesuche gesammelten Informationen erläutern die Hintergründe der in der letzten Zeit selbst in unseren über das Thema Südafrika nur sehr sparsam berichtenden Massenmedien bekanntgewordenen Tumulte und Aktionen schwarzer Bevölkerung, die sich insbesondere gegen Zwangsumsiedlungsmaßnahmen richteten, und bei denen zahlreiche Schwarze von der weißen Polizei erschossen wurden.

Ein weiteres Thema von politischer Brisanz ist die Lage der Millionen von Flüchtlingen auf der ganzen Welt, die im allgemeinen in Isolation und in einem Zustand bloßen Dahinvegetierens ohne Aussicht auf Arbeitsmöglichkeiten und menschenwürdiges Wohnen gehalten werden. LASER beschreibt in seinem Artikel verschiedene Arten von "Flüchtlingsghettos" in mehreren Ländern der Welt, stellt ihnen jedoch auch die wenigen, doch immerhin existierenden Integrationsversuche mancher Flüchtlingsaufnahmeländer entgegen und die Frage nach der Rolle von Planung und Planern bei der Realisierung dieser Integrationsansätze.

Abgrenzung ganz anderer Art greift der Artikel von DEILMANN/PEACOCK auf, der mit Beispielen aus Kolumbien belegt, welche betonumsäumten Blüten dort - wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern - das zunehmende Sicherheitsbedürfnis der Mittel- und Oberschicht treibt. Dies führt zu einer zunehmenden Zerstückelung der Stadt in unterschiedlichen sozialen Schichten zugehörige "Segmente", zwischen denen die Straßen zu reinen "Transportschienen" werden. Der Beitrag zeigt, wie leicht und fast unbemerkt die Schwelle zu ausgrenzenden Planungsmaßnahmen überschritten wird.

An den Schluß gestellt ein Artikel von BONACKER/PFADT, der sich zwar nicht mit einer entwicklungsländerspezifischen Problematik beschäftigt, der aber sehr wohl die Verknüpfung herstellen kann zwischen unserer Beschäftigung mit dem Thema der "Ghettoisierung" und den Zuständen in unserem eigenen Land, in dem "Randgruppen" - z.B. aus weniger entwickelten Ländern stammende Ausländer - ausgegrenzt werden, unter Mißbrauch des Ghetto-Begriffs durch Planungsämter und Politiker. Besonders auch wegen seiner Hinweise auf die Rolle von Sprache und die Verwendung bestimmter negativ belegter Begriffe zur politischen und planerischen Manipulation war es uns wichtig, diesen Artikel hier zu veröffentlichen.

Die Rolle der Planer in den gezeigten Beispielen ist entweder nicht existent oder zweifelhaft, wodurch auf die Gefahr des Mißbrauchs raumplanerischer und bevölkerungspolitischer Maßnahmen und Argumente zum Zweck sozialer Unterdrückung hingewiesen wird. Es bleibt die schwierig zu beantwortende Frage, wie sich ein kritischer Planer in seiner Arbeit damit auseinandersetzen kann, ohne zum Handlanger der herrschenden Gruppen zu werden und gleichzeitig, ohne seine Argumentationskraft gegenüber politischen Entscheidungsträgern einzubüßen.

C.Deilmann

I.Hermannsdörfer

M.Meßner

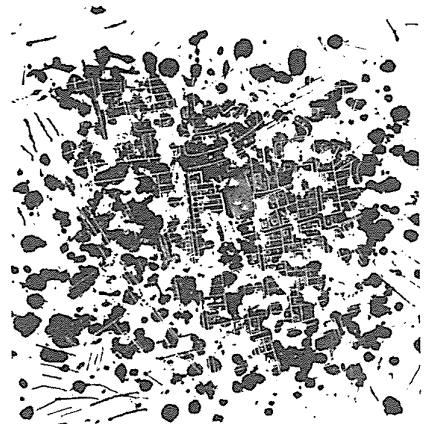
H.Peacock

INHALT

EDITORIAL	2
RÄUMLICHE SEGREGATION DURCH KOLONIALE STADTPANUNG Margit Messmer	4
SÜDAFRIKA - LAND DER GETTOS Ludwig Helbig	6
WELTPROBLEM FLÜCHTLINGE: AUSGRENZUNG ODER INTEGRATION Clemens Laser	12
KOLUMBIEN ENKLAVEN DES MITTELSTANDES Clemens Deilmann Helen Peacock	18
GETTOBILDUNG UND BELEGUNGSPOLITIK: ZUM GEBRAUCH DES GETTOBEGRIFFS IN DER KOMMUNALEN PRAXIS Margit Bonacker Andreas Pfadt	23
BUCHBESPRECHUNGEN	27
LITERATURHINWEISE	32
KONFERENZBERICHTE	32
VERANSTALTUNGEN	34
LESERBRIEFE	35
HINWEISE FÜR AUTOREN	35
ENGLISH SUMMARIES	36
HEFT - VORSCHAU	36

RÄUMLICHE SEGREGATION DURCH KOLONIALE STADTPLANUNG

Margit Messmer



Halbroth/Schleifer

Das Phänomen der räumlichen Segregation von Bevölkerungsgruppen anderer Herkunft, anderer Kultur, Religion oder Rasse ist fast so alt wie die Geschichte der Stadt. Schon in den hellenistischen Städten des 3. Jh. v. Chr., sowie in der europäischen und orientalischen Stadt des Mittelalters gibt es eine Absonderung sozial verachteter Gruppen in entlegenen, und mit natürlichen Nachteilen behafteten Stadtgebieten. Die großen, vorkolonialen Handelszentren Afrikas und Asiens hatten ihre "Araber-Viertel" bzw. andere Stadtteile, in denen sich Händler und Handwerker gleicher Herkunft in engem räumlichen Verbund niederließen.

Je größer die Heterogenität einer Gesellschaft, desto größer die räumliche Differenzierung, d.h. je größer die ethnischen, religiösen und kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen, desto größer die räumliche Segregation innerhalb der Stadt.

Extreme Formen nahm die selbstgewählte Abgrenzung der Kolonisatoren an. Mit der Etablierung ihrer Macht planten und bauten sie ganze Städte - oft in unmittelbarer Nachbarschaft zu bestehenden Siedlungen, jedoch in angemessener Distanz dazu. Besonders ausgeprägt ist diese 'Distanzierung' in der Stadtplanung englischer Kolonien. Dem Prinzip der Teilung der Stadt in 'Government Reserve Area' und 'Native Quarters' liegt nicht nur die damalige Auffassung von Hygiene und Ansteckungsgefahr zugrunde, die durch einen ca. 300 m breiten 'Cordon sanitaire' gebannt werden sollte. Mit der Zweiteilung werden auch Untertanenverhältnis und Rassismus zum Ausdruck gebracht.

Über diese starke räumliche Trennung hinaus bestand ein unüberbrückbarer Unterschied in der Erscheinungsform, der Wohndichte und dem technischen Ausbaustandard. "In stark vereinfachter Form läßt sich sagen, daß koloniale Städte Abbilder der physischen, räumlichen und sozialen Form der industriellen Stadt sind" (1), obwohl sie in ihrer funktionalen Gliederung nur Teile davon enthalten. Sie sind gleichzeitig Ausdruck eines höheren technologischen Entwicklungsstandes sowie politischer Dominanz - unterstrichen durch militärische Präsenz und administrative Kontrolle. Entsprechend reduziert sich ihre Funktion auf Verwaltung, Warenumschlag und die Absicherung der kolonialen Interessen durch die Armee. Die räumliche Trennung von Arbeitsplatz und

Wohnung ist vollzogen. Die industrielle Produktion bleibt dem Mutterland vorenthalten. Das soziale Spektrum der Kolonialstadt beschränkt sich auf Beamte und Geschäftsleute. Die Wohngebiete werden nach dem Vorbild europäischer Mittelstandssiedlungen geplant und erfahren erst im Verlauf der Kolonialgeschichte eine graduelle Anpassung an das jeweilige Klima bzw. vorhandene Bauformen. Die städtische Versorgung und Entsorgung, die Transportwege etc. entsprechen mehr oder weniger dem Stand der vergleichbaren Einrichtungen in den Mutterländern.

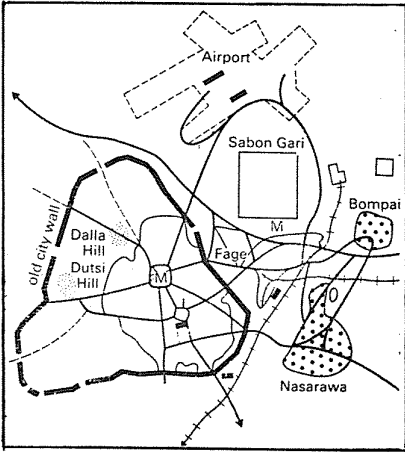
Traditionelle Siedlungsformen sind gekennzeichnet durch eine starke Konzentration ethnischer oder religiöser GRUPPEN, die in sich eine große Bandbreite sozioökonomischer Schichtung aufweisen. Da der soziale Status stark durch ein ideelles Wertesystem (z.B. die Ahnenreihe) geprägt wird, haben Wohnlage oder der Besitz langlebiger Konsumgüter keinen Prestigewert. Dagegen entsteht in Städten kapitalistischer Industriegesellschaften aufgrund der Verwertungsbedingungen des Bodens eine starke räumliche Segregation nach EINKOMMENS-SCHICHTEN.

Die koloniale Stadtplanung programmierte gleichzeitig eine Dualität und Disparität innerhalb der Städte, die zwar durch die städtische Entwicklung nach der Unabhängigkeit abgeschwächt wurde, nach wie vor aber noch im Stadtbild ablesbar ist. Die starke räumliche Trennung ist heute größtenteils aufgrund der enormen, häufig illegalen Verdichtung aufgehoben, der Versorgungsgrad der einzelnen Stadtviertel bleibt jedoch trotz nachträglicher Infrastrukturmaßnahmen noch sehr unterschiedlich. Die Bestandsaufnahmen, die im Vorfeld von Stadtplanung gemacht werden, nehmen eine Gliederung der Stadt nach funktionalen Kriterien vor, und 'klassifizieren' ihre Wohn- und Mischgebiete nach Lage, Dichte, Bausubstanz, Erschließungsgrad, Anbindung, Einkommensschicht, und eventuell auch ethnischer Zugehörigkeit ihrer Bewohner. Alle diese Merkmale sind entweder relativ eindeutig visuell, erfassbar, oder gehen aus vorhandenem statistischen Material bzw. Stichprobenerhebungen hervor.

Eine weitaus intimere Kenntnis der Stadt und der in ihr wirksamen politischen und sozialen Kräfte ist die Voraussetzung für die Beantwortung folgender Fragen:

- wie wirkt sich die Dynamik des Entwicklungsprozesses und die Umverteilung seiner Vor- und Nachteile, bzw. seiner Kosten und Nutzen auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen einerseits, und die jeweiligen Einkommensschichten andererseits aus?
- behalten die traditionellen Stadtviertel weiterhin ihre sozioökonomische Heterogenität, oder entmischen sie sich im Sog von Bodenwertsteigerungen langsam entsprechend der finanziellen Möglichkeiten ihrer Bewohner?
- wie stark schlagen sich Infrastrukturverbesserungen überhaupt auf die Verwertungsbedingungen traditioneller Stadtteile aus?
- welche Bevölkerungsgruppe zieht anstelle der ehemaligen Kolonisatoren in die 'europäischen' Viertel?
- schafft die zunehmende Chance der sozialen Mobilität eine neue Form sozialräumlicher Segregation, die die ethnische Identität und Zuordnung in den Hintergrund stellt?
- kann man bei der aktuellen Konzentration von Angehörigen einer gleichen Ethnie oder von Zuwanderern der gleichen Region des Hinterlandes noch von 'Viertelsbildung' im traditionellen Sinn sprechen?
- ist die Separierung einer Gruppe von ihr selbst gewählt oder von 'ausen' oder 'oben' gesteuert?
- wie hoch ist der Grad der kulturellen Abgrenzung oder handelt es sich um eine Ausgrenzung sozialer oder politischer Natur?
- gibt es Zusammenhänge zwischen dem Ausstattungsgrad der Viertel und dem Zugang ihrer Bewohner zu kommunalen und politischen Entscheidungsgremien?
- wie wirken sich stadtplanerische Entscheidungen auf die Konzentration bzw. Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet aus?

Anhand einiger Beispiele will ich verdeutlichen, welchen Stellenwert planerische Entscheidungen bezüglich Integration oder Segregation, Konzentration gewisser Bevölkerungsgruppen oder Verteilung und Durchmischung für die Betroffenen und den gesamtstädtischen Zusammenhang haben.



Stadtteile von Kano: Bompai und Nasarawa sind koloniale Siedlungen der Engländer.

(Quelle: N.P. Koeje, A New Geography of Nigeria)

Die nordnigerianische Stadt KANO ist beispielhaft für die langfristigen Auswirkungen der Separationspolitik kolonialer Stadtplaner. Vor Ankunft der Engländer wohnten die Haussas im Norden der Stadt, im Süden mischten sich Haussas und Fulbe. Angehörige anderer Volksgruppen hatten 'ihr' Viertel, in dem sie geschlossen beieinander lebten.

Die Briten siedelten sich zunächst südöstlich und in den folgenden Jahren weiter östlich an. Für die in ihrem Gefolge zuziehenden Südnigerianer planten und bauten sie die 'Sabon Gari' im angemessenen Abstand zur City der Nordnigerianer.

Die Entfernung hatte nicht nur topographische Gründe, sondern beruhte auf dem Bestreben des ersten Kolonialgouverneurs Lugard und seiner Nachfolger, die mohammedanischen Nordnigerianer von westlichen Einflüssen freizuhalten. Ziel war ein 'harmonisches Nebeneinander', sowohl mit den Europäern als auch mit den christianisierten und durch Missionsschulen

westlich gebildeten Südnigerianern, v.a. den Ibo, die als Schreibkräfte, Facharbeiter und Hauspersonal benötigt wurden. Becker (2) schließt nicht aus, daß die verhinderte Assimilation dieser Bevölkerungsgruppe, bzw. das Fehlen einer wechselseitigen Annäherung durch engere Kontakte auslösendes Moment der Vertreibung der Ibos und der blutigen Pogrome in den 60iger Jahren war. Unbestritten ist, daß andere stadtplanerische Maßnahmen zur sukzessiven wirtschaftlichen Benachteiligung der Altstadtbewohner führten. Da sich die Stadtentwicklung immer mehr nach Osten verlagerte, rückte der City-Markt immer mehr aus dem Zentrum der bebauten Fläche.

Durch die Ansiedlung der Industrie und wichtiger Verkehrswege östlich der 'neuen Stadt' der Südnigerianer hatten diese einen weitaus günstigeren Zugang dazu, im Vergleich zu den einige Kilometer weiter entfernt wohnenden Haussas. Noch heute dehnt sich die gesamte Stadt nur sehr langsam in westlicher Richtung aus. Eine allmähliche kulturelle Konvergenz der einzelnen Stadtteile ist noch kaum ablesbar, da sich die mohammedanischen Nordnigerianer nur zögernd auf eine 'Modernisierung' ihres Lebensstils einlassen.

Im Gegensatz dazu läßt sich in KAIRO ein "sozialer Wandel mit dem Austausch von ländlichen und traditionellen Wurzeln zugunsten neuer, zeitgemäßer Entwicklungen" beobachten. "Das bedeutet für die städtebauliche Entwicklung Kairos eine Vielzahl von 'Übergangszonen', die auf dem Wege zur baulichen Modernisierung sind und gleichzeitig auch die Veränderungen im Lebensstil, in Wertvorstellungen und Ideologien beinhalten." (3) Setzt hier ein Prozess ein, in dem sich die ethnisch-religiöse Segregation stellenweise zugunsten einer Entmischung nach Einkommensschichten aufzulösen beginnt?

Für den mit einer Aufgabe in einem Entwicklungsland betrauten ausländischen Planer ist es oft schwer, die subtilen ethnischen Differenzen und innenpolitischen Hintergründe sofort zu durchschauen, und sie in Bezug auf seine Arbeit richtig einzuschätzen. Findet beispielsweise eine zunehmende Entmischung nach ökonomischen Kriterien statt, und wird diese durch eine ungleiche Verteilung städtischer Dienstleistungen unterstützt, ergibt sich eine zunehmende Benachteiligung der wirtschaftlichen schwächeren Bevölkerungsschichten, die sich 'gute' Wohngegenden nicht mehr leisten können. Bleibt eine gleichmäßige Durchmischung von Einkommensschichten erhalten, so partizipieren 'arm' und 'reich' von Verbesserungsmaßnahmen - vorausgesetzt die Maßnahmen führen nicht zu einer hohen Bodenwertsteigerung, und damit zur Verdrängung der sozial Schwachen. Sollten die obigen Ausführungen den einen oder anderen unserer Leser zu Gendarstellungen oder unterstützten Erfahrungsberichten aus der Praxis veranlassen, so ist dies durchaus im Sinne der Verfasserin! Vielleicht ergibt dies genug Material für eine spätere TRIALOG-Nummer.

ANMERKUNGEN:

- (1) ANTHONY D. KING, Colonial Urban Development, Routledge + Kegan Paul Ltd. 1976, London/Boston
- (2) CHRISTOPH BECKER, KANO, eine afrikanische Großstadt, Deutsches Institut für Afrika-Forschung, Hamburger Beiträge zur Afrikakunde, Band 10
- (3) Elemente traditioneller Architektur- und Stadtgestaltung im orientalischen Raum. Eine Untersuchung historischer Strukturen im Hinblick auf ihre Anwendbarkeit unter heutigen Bedingungen am Beispiel Kairo. Vorstudie zur Forschungsarbeit, TU Berlin, fachbereich Plänen und Bauen in Entwicklungsländern

Lyonel Davis*: "ECONOMY PACK"



* Lyonel Davis ist schwarzer Südafrikaner, war 7 Jahre als politischer Gefangener auf Robin Island inhaftiert und lebt heute als Künstler und Hafenarbeiter in Kapstadt

L5158 F

RaumPlanung

Mitteilungen des Informationskreises für Raumplanung e.V.

MITTEILUNGEN DES INFORMATIONSKREISES FÜR RAUMPLANUNG (IFR) e.V. Erscheint vierteljährlich. Einzelheft DM 8,- zuzüglich Versand, Abonnement DM 30,- jährlich. Mitglieder des Informationskreises erhalten die Zeitschrift gratis.

Bezug: Informationskreis für Raumplanung e.V. Postfach 500 500, 46 DORTMUND 50

28

März 1985
RaumPlanung

**Schwerpunkt:
Kommunaler Umweltschutz**

SUDAFRIKA — LAND DER GETTOS

Ludwig Holbig

IMPRESSIONEN

Unterwegs auf der "garden-route", Südafrikas Prachtstraße entlang dem Indischen Ozean, zwischen Kapstadt und Port Elizabeth. Wir verlassen die kleine Stadt Knysna in östlicher Richtung. Es ist 7 Uhr morgens. Wir müssen Schritt fahren. Zu Hunderten kommen uns Afrikaner entgegen, die meisten zu Fuß, einige auf dem Fahrrad. Sie sind unterwegs zur Arbeit im "weißen" Knysna. Nach 8 Kilometern Fahrt taucht rechts auf einem Hügel das "schwarze" Knysna auf. Wir erkennen zahllose Minihäuser, die aus dieser Entfernung noch ganz schmuck aussehen. Einen Berghang hat man gerodet, um das Schwarzen-Getto - hier nennt man es "Township" - dort hinzustellen. Täglich müssen die meisten Schwarzen 8 Kilometer zu Fuß zur Arbeit ins "weiße" Knysna, und abends 8 Kilometer zurück. Das ist normal in Südafrika.

Hillbrow, weiße Vorstadt von Johannesburg. Oberhalb des Geschäftsviertels wohnt weißer Mittelstand in ruhigen Seitenstraßen in gediegenen Appartements oder in schönen Einfamilienhäusern, umringt von üppigen Gärten, in denen selten der swimming-pool fehlt. Nach der raschen afrikanischen Dämmerung sind die Straßen in das gleißende Licht von Neonlampen getaucht. Fenster und Türen der Häuser sind vergittert. Sobald es dunkel wird in Südafrika, ziehen sich die Weißen in ihre selbstgeschaffenen Gefängnisse zurück.

Eine Stunde vorher in der City von Johannesburg. Geschäfts- und Arbeitsschluß. An den Bushaltestellen lange Schlangen von Schwarzen, auf die Bus-

se wartend, welche sie in ihre Gettos bringen: nach Alexandra und Klipspruit, nach Eldorado Park und Soweto.

Soweto: ein Kunstname, zusammengesetzt aus den ersten Silben von "South Western Township". Soweto ist die Schlafstadt für offiziell 0,6 Millionen Schwarze. Tatsächlich aber leben hier mehr als 2 Millionen Menschen. Prominentester Bewohner von Soweto ist Bischof Tutu, Friedensnobelpreisträger von 1984, ein unermüdlicher Kämpfer gegen Apartheid, gegen die Ungerechtigkeit und das Leid, die seinem Volk angetan werden. Soweto ist die größte Stadt Afrikas südlich der Sahara; aber es ist auf keiner südafrikanischen Karte verzeichnet. SOWETO IST DAS GRÖSSTE GETTO DER WELT. Überall auf der Welt "entstehen" Gettos - in Südafrika werden sie geplant.

BEVÖLKERUNGSGRUPPEN IN SÜDAFRIKA (Zensus von 1980)

Die rassistische Regierung und Verwaltung Südafrikas unterscheidet vier große Bevölkerungsgruppen: die Weißen (ca.60% Buren holländischer Abstammung und 40% Engländer), die Asiaten (überwiegend Inder), die Coloureds (sog. Mischlinge) und die Schwarzen oder Afrikaner, die ihrerseits wieder in 10 ethnische Gruppen unterteilt werden.

Schwarze	22 745 619	(74,22%)
Weiße	4 453 273	(14,54%)
Coloureds	2 554 039	(8,14%)
Asiaten	794 639	(3,00%)
Summe	30 606 570	

Knysna: Township für Afrikaner



Verbeulte Lastwagen mit zerbrochenen Möbeln ziehen davon - nicht im anklagenden Licht des Morgens, sondern im verhüllenden Dunkel der Nacht. Vertrieben aus ihrem Eigentum, von Gesetzen kastriert, folgen sie niedergeschlagenen Auges der Straße. Herzen voll von Schande - so ziehen sie davon.

Gebrochene Menschen mit zerschlagenen Träumen - so ziehen sie davon. Von Stätten, wo Väter sich der Geburt von Vätern und von Söhnen ihrer Söhne erinnern, zu Ghettos schwarzer und brauner Farbe, Taschen voller Verzweiflung und Unmut, zu Betonsärgen in Sand gebaut, wo ihre sinnlose Wut entbrennt und vergeht - so gehen sie davon.

Thomas Matthews:
Schrei Deinen Zorn hinaus Kind der Freiheit
Erlangen 1976

URBANISIERUNG UND APARTHEID

Noch vor 100 Jahren lebten und arbeiteten 8 von 10 Südafrikanern auf dem Lande und 2 von 10 in den Städten. Es galt die Gleichung: der weiße Mann lebt in der Stadt, der schwarze Mann auf dem Lande. Das stimmte zwar nie ganz; denn es gab die weißen Farmer auf dem Lande und die schwarzen Bediensteten in der Stadt; aber die Gleichung traf in etwa die Wirklichkeit. Das Stadt-Land-Verhältnis hat sich inzwischen dramatisch umgekehrt. Heute sind weniger als 30% der ökonomisch aktiven Bevölkerung in Farm-, Fischerei- und Forstwirtschaft tätig und etwa 8% im Bergbau. Der große Rest ist in den sekundären und tertiären Sektoren der Wirtschaft tätig, und das heißt: städtisch. Das gilt auch für den größten Teil der im Bergbau Beschäftigten (Goldminen in und um Johannesburg) und für die in der Fischerei Tätigen.

Wie überall in der Welt führte auch in Südafrika die massive Industrialisierung zur Urbanisierung, zur Ansiedlung eines Industrieproletariats in den Städten. Aber das Industrieproletariat in den Städten hatte schwarze Hautfarbe. Die weiße Bevölkerung, insbesondere deren burisch-nationalistischer Teil, empfand die Tatsache, daß die "weißen" Städte immer "schwärzer" wurden, als Bedrohung ihrer Identität, das heißt, ihrer Herrschaft über die Schwarzen, von deren Hände Arbeit sie gleichwohl zu leben gedachte. Charakteristisch für diese Stimmung unter den Weißen ist ein Ausspruch des burisch-nationalistischen Abgeordneten Strydom im südafrikanischen Parlament im Jahre 1945: Wenn der augenblicklichen Entwicklung - also der Verstärkung der Schwarzen - nicht Einhalt geboten werde, "werden wir innerhalb eines halben Jahrhunderts ein kaffeebraunes Volk sein. Wir werden nicht länger als Volk bestehen. Der weiße Mann wird hier nicht mehr existieren... Wir sagen, er (der Afrikaner) muß in der Hütte leben, und wir müssen im Haus leben... Er ist uns nicht ebenbürtig." Damals waren die burischen Nationalisten in der Opposition. Drei Jahre später gewannen sie die Parlamentswahlen, und Strydom war ihr zweiter Ministerpräsident von 1952 - 1956.

Der Industrialisierungsprozeß Südafrikas fand - kriegswirtschaftlich bedingt - einen ersten Höhepunkt im

Zweiten Weltkrieg. In seinem Gefolge bedrohte der Zustrom der Schwarzen zu den Städten das patriarchalische Herrschaftssystem der Weißen, das über drei Jahrhunderte gewachsen und wenigstens teilweise in juristische Form gegossen worden war: soziale Trennung der Rassen; Zuweisung von Reservaten für die Schwarzen; seit 1913 Verbot für Schwarze, Grund und Boden im "weißen" Gebiet zu erwerben; Eheverbot zwischen weiß und schwarz; eine Arbeitsgesetzgebung, die die Schwarzen von Gewerkschaftsrechten ausschloß; keine politischen Rechte für die Schwarzen.

Es war abzusehen, daß die ökonomische Einbeziehung der Schwarzen durch Industrialisierung und Urbanisierung auch die soziale und politische Integration nach sich ziehen würde. Die Regierung stellte bereits Erwägungen in dieser Richtung an. Da gewann die burische Nationalpartei die Wahlen von 1948 mit dem Slogan "Apartheid", und sie hat seither die Herrschaft nicht wieder abgegeben. Apartheid, Rassentrennung, also die althergebrachte südafrikanische Tradition, sollte erneut als Problemlösung eingesetzt werden, um den drohenden Integrationsstendenzen zu entkommen. Die Schwarzen sollten einerseits weiter "ländlich" bleiben, andererseits ihre Arbeitskraft in den städtischen Zentren zur Verfügung stellen. Industrialisierung ja, Integration nein. Dreieinhalb Jahrzehnte hat die burische Nationalpartei sich an dieser Quadratur des Kreises versucht, in immer neuen Anläufen, mit immer variierten Konzepten und mit der Konsequenz, daß das Land heute vor dem Bürgerkrieg steht.

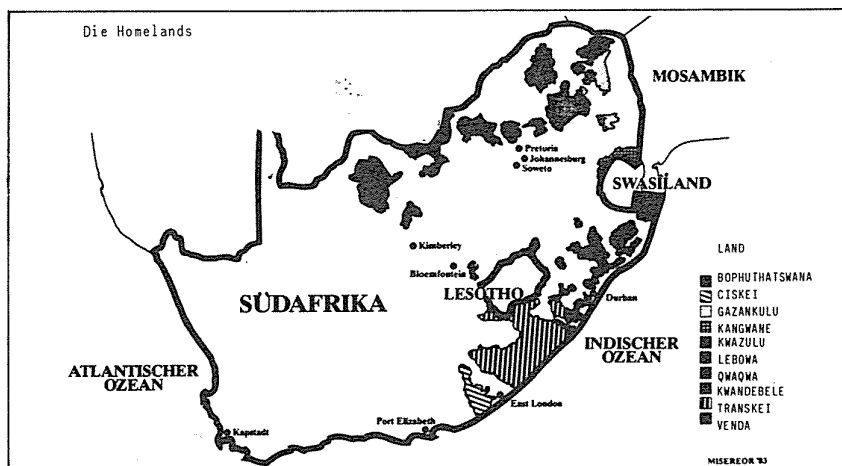
DIE HOMELAND-POLITIK

Sie ist das Kernstück der Apartheid. Unter der Devise der "getrennten Entwicklung" schuf die Regierung zehn Homelands aus den etwas vergrößerten Reservaten, in die die Schwarzen im Laufe des 19. Jahrhunderts zurückgedrängt und aus denen heraus sie als Arbeitskräfte auf die Farmen, in die Minen, Fabriken und Haushalte der Weißen angeworben worden waren. Nach Sprachkriterien wurden die 23 Millionen Afrikaner einem der zehn Homelands zugeteilt und damit formal wieder zu "ländlichen" Schwarzen gemacht.

Die Homelands sind in insgesamt über 100 Einzelteile zerrissene, nicht lebensfähige Gebiete. Dort gibt es weder Industrie, noch Bodenschätze, und die Landwirtschaft ist kümmerlich wegen der schlechten, vielfach überweideten und erodierten Böden. Vor allem aber: die zehn Homelands zusammen machen nur 13% des Areal von Südafrika aus. 13% des Bodens für 75% der Bevölkerung - das war nicht durchführbar.

An eine konsequente Durchführung des Homeland-Konzepts ist auch nie gedacht worden. Denn eine Umsiedlung der gesamten schwarzen Bevölkerung hätte (abgesehen von ihrem gänzlich utopischen Charakter) den Zusammenbruch der südafrikanischen Wirtschaft bedeutet, die auf die schwarze Arbeitskraft angewiesen ist.

Trotzdem wurden 3 1/2 Millionen Menschen unter brutalem Terror in die Homelands umgesiedelt, in denen heute etwa 9 Millionen leben. Es ist die



Rede von weiteren 2 Millionen Zwangsumsiedlungen in den folgenden Jahren. Die 9 Millionen faktische Homeland-Bewohner leben am Rande des Existenzminimums und darunter. Die Sterblichkeitsrate gehört zu den höchsten Afrikas. Allein in der Ciskei sterben 50% der Kinder, bevor sie 5 Jahre alt werden.

Für die Gettoisierung der nichtweißen Bevölkerung waren nicht nur ideologische Gründe maßgebend. Hinzu kamen gesundheitspolitische und sicherheitspolitische Erwägungen. Die explosive Industrialisierung der 40er Jahre hatte die "weißen" Städte verlumt. Die Elendsgürtel lagen nicht nur um die Städte herum, sondern sie entstanden auch mitten in ihnen. Die elenden Wohnbedingungen, kombiniert mit den nicht weniger elenden und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, führten zu den aus aller Welt bekannten Erscheinungen: Seuchen, Kriminalität, Alkoholismus auf der einen Seite, und der Entstehung eines revolutionären Potentials auf der anderen Seite. Die Weißen wollten weder von den Seuchen der Slumbewohner angesteckt, noch nachts Opfer von Überfällen werden. Die praktischste Problemlösung, die auch der Ideologie der Mehrheit der Weißen entsprach, war daher die "Aus-siedlung" aller Nichtweißen aus den Städten. Außerdem sollten militärisch geplante Camps dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis der Weißen vor drohenden sozialen Aufständen dienen. Was mit dem Homeland-Konzept idealtypisch erreicht werden sollte, um die Schwarzen sowohl aufs Land zurückzubannen, als auch in der Industrie zu nutzen, kann am Beispiel East Londons, der fünftgrößten Stadt Südafrikas, dargestellt werden.

Das dort entstandene Industriezentrum hatte, wie überall, Tausende schwarzer Arbeitskräfte in die Stadt getrieben. Das Homeland Ciskei wurde so abgesteckt, daß es nahe an East London heranreichte. Auf dem Boden der Ciskei wurde ein riesiges Schwarzen-Getto, Mdantsane, angelegt. Die in East London wohnenden schwarzen Arbeitskräfte und ihre Familien wurden seit 1964 nach Mdantsane zwangsumgesiedelt. Heute leben dort 500 000 Menschen. Soweit sie in East London Arbeit haben, pendeln sie täglich die 20 Kilometer mit dem Bus hin und zurück. Das hat für das weiße Südafrika den Vorteil, daß die Schwarzen weiter der Industrie von Nutzen sind, daß sie aber "ländlich" und darüberhinaus auch noch "Ausländer" sind; denn die Ciskei ist eines der vier

Homelands, die inzwischen von Südafrika in eine - nirgends sonst anerkannte - "Unabhängigkeit" entlassen worden sind.

Dieser "Idealfall" von Grenzindustrien ist aber die Ausnahme und existiert nur dort, wo "weiße" Industriestädte in der Nähe eines Homelands liegen.

Neben den Pendlern gibt es die schwarzen Kontraktarbeiter. Die Firmen werben sie in den Homelands für 12 Monate an. Diese Kontrakt- oder Wanderarbeiter bilden das Rückgrat der süd-afrikanischen Wirtschaft. Sie leben für 12 Monate kaserniert in den "weißen" Städten in sogenannten Ledigenheimen unter menschenunwürdigen Verhältnissen (siehe beigefügtes Beispiel). Sie dürfen Frau und Kinder nicht mitnehmen. Es liegt auf der Hand, daß das Kontraktarbeitersystem die afrikanische Familie zerstört.

Eine weitere Kategorie von Schwarzen sind die permanenten Farmarbeiter, die ein elendes Dasein in ihren Pontoks auf den weißen Farmen führen.

Schließlich gibt es Afrikaner, die in den sog. "black spots" leben, in kleinen Dörfern mit Feldern ringsherum. Ihre Vorfahren hatten das Land einst - vor dem Verbot des Landerwerbs im Jahre 1913 - legal erworben; heute werden sie sukzessive enteignet und in die Homelands - ins Elend - zwangsumgesiedelt.

Südafrika hat sich mit seinen Homelands seine eigenen unterentwickelten Länder geschaffen: Reservoirs für Arbeitskräfte, wenn sie benötigt werden, und Abschiebemöglichkeit für "überflüssige" Schwarze. "Überflüssig" ist im übrigen ein juristischer Terminus für diejenigen Afrikaner, die im "weißen" Südafrika als Arbeitskräfte nicht verwendbar sind. So nimmt es nicht wunder, daß in den Homelands ganz überwiegend Frauen, Kinder, Alte, Kranke und das Heer der Arbeitslosen wohnen.

STÄDTISCHES WOHNRECHT UND GRUPPENWOHN- GEBIETE

Nach wie vor leben also ca. 12 Millionen Afrikaner im "weißen" Südafrika, sie leben dort zum Teil seit mehreren Generationen. Bereits 1950 wurde der "group area act", das Gesetz über nach Rassen getrennte Wohngebiete, für die Siedlungen im

"weißen" Südafrika erlassen. Es betraf die "städtischen" Schwarzen, die sog. Mischlinge, und die Asiaten. Das Gesetz löste eine Welle von Zwangsumsiedlungen innerhalb der Städte aus, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Seitdem sorgt ein differenziertes Wohn- und Aufenthaltsrecht dafür, daß im "weißen" Gebiet nie mehr Schwarze leben als unbedingt erforderlich ist. Die aus den Homelands in die Industriezentren pendelnden Arbeitskräfte haben dementsprechend nur ein Aufenthaltsrecht für den Tag, die Kontraktarbeiter für ein Jahr. Davon zu unterscheiden sind die Afrikaner mit Dauerwohnrecht in den "weißen" Städten. Sie haben bestimmte Privilegien, u.a. dürfen sie überall in Südafrika arbeiten. Dieses städtische Dauerwohnrecht zu erwerben ist der Traum von Millionen Schwarzen, aber weniger als 2 Millionen besitzen es. (1)

Vermutlich mehr als die Hälfte der Afrikaner, die im "weißen" Gebiet leben, fällt unter die Kategorie der "Illegalen". Auf sie macht die Polizei Jagd. Werden sie aufgegriffen, so kommen sie ins Gefängnis und werden anschließend in "ihr" Homeland verbracht.

Die sog. "influx control" soll dafür sorgen, daß sich im "weißen" Südafrika nie mehr Afrikaner aufhalten als unbedingt erforderlich ist. Sie unterliegen, im Gegensatz zu Weißen, Asiaten und sog. Mischlingen, einer strengen Ausweisungspflicht. In ihrem "reference-book" müssen Wohn- und Aufenthaltsgenehmigungen ebenso eingetragen sein wie ihre augenblickliche Beschäftigung. Sie müssen ihre Ausweisbücher ständig bei sich haben. Jährlich steht etwa eine halbe Million vor Gericht wegen "Paßvergehens", weil sie den Paß verloren oder vergessen haben, oder weil die Eintragungen nicht auf dem augenblicklichen Stand sind. Standardstrafe: 50 Rand oder 50 Tage Gefängnis. Es nimmt nicht Wunder, daß zahlreiche Aufstände aus Beschwerden über die Paßgesetze entstanden; z.B. 1959 verbrannten Demonstranten öffentlich ihre Ausweisbücher in Sharpeville. Die Polizei schoß und tötete (offiziell) 69 Menschen.

GETTOPLANUNG, FINANZIERUNG, BAUMASSNAHMEN

Wohnungsbau für die "arbeitenden Klassen" ist in privater (Haus- und Grundeigentümer oder Arbeitgeber) oder in öffentlicher Hand. Da es sich bei dem aufgrund des "group area act" einsetzenden Baubooms um ein politisches Programm handelte, behielt sich der Staat die Planung und Finanzierung des Wohnungsbaus für Nichtweiße vor. Staatliche Behörden kontrollieren und finanzieren den Wohnungsbau; die Kommunen planen die Townships und verwalten die gebauten Wohneinheiten; private Baufirmen errichten sie.

Die beiden Behörden der Zentralregierung in Pretoria, die für den staatlichen Wohnungsbau zuständig sind, sind die National Housing Commission (NHC) und der National Housing Fund (NHFF).

Die NHC ist die oberste Planungsbehörde. Sie legt die Standards fest, die für Planung und Anlage von Townships Gültigkeit haben, wobei hier be-

reits grundsätzliche militärische und polizeiliche Sicherheitsnormen einfließen. Außerdem entwirft sie die Standardhäuser, gibt deren Größe, das zu verwendende Material und ihre Ausstattung vor, und sie entwirft die Richtlinien für die Erhebung von Mieten und Abzahlungen.

Die Finanzierung der Wohnungsprojekte liegt in den Händen des NHFF. Ihm stehen zwei Hauptfinanzierungsquellen zur Verfügung: Rückzahlungen aus bereits finanzierten Projekten und jährliche Zuweisungen aus dem Finanzministerium, die mit 9 1/4% jährlich zu verzinsen sind. Diese Zuweisungen sind eine Quelle der Unsicherheit. Ihre Höhe schwankt entsprechend der im Staatsetat gesetzten Prioritäten, sodaß die Finanzierung der Wohnungsbauprojekte ins Stocken gerät, wenn das Finanzministerium weniger zuweist.

Die Kommunen planen die Projekte an Ort und Stelle anhand der Planungsvorgaben der NHC, die auch die Planungen zu genehmigen hat. Sobald die Genehmigung vorliegt, muß die Kommune beim NHFF die Finanzierung beantragen. Die Kommunen können auch Kredite auf dem Kapitalmarkt aufnehmen, sofern dies der NHFF genehmigt. Wenn die Finanzierung gesichert ist, schließt die Kommune mit privaten Baufirmen Kontrakte über die Erstellung der Wohneinheiten zu Marktpreisen ab. In die Kontrakte sind Gleitklauseln für Preiserhöhungen eingebaut. Es sind immer die gleichen Firmen, die diese Massenaufträge erhalten: Dura, Murray & Roberts, Besterecta, Ilco Homes, Model Morris und die Dachdeckerfirmen Everite und Coverland Roofs. Die Firmen bauen ohne Risiko, die Verfilzung mit den staatlichen und kommunalen Behörden ist evident. Einer der Direktoren von Besterecta z.B. ist der Sohn des ehemaligen Premiers Vorster.

Die Kommunen schließlich verwalten die errichteten Wohnungen, berechnen und kassieren die Mieten und sind verantwortlich für Reparaturen, die Infrastruktur und alle öffentlichen Dienstleistungen. Bisher lag dies in den Händen der ausschließlich von Weißen geleiteten Kommunen. Mit der Einsetzung von Gettoräten in bisher 26 schwarzen Townships sind hier Änderungen geplant (s.u.).

MIETEN UND ABZAHLUNGEN

Der Gettobau wird vom Staat mit keinem Rand subventioniert. Im Gegenteil: es handelt sich um ein großes Geschäft des Staates. Die Finanzmittel, die der NHFF für ein bestimmtes Township-Projekt bereitgestellt hat, müssen innerhalb von 30 Jahren zurückgezahlt werden. Aber die Mietzahlungen gehen nach Ablauf der 30 Jahre natürlich weiter. Die Mietrechnungen variieren örtlich stark. Gemeinsam ist ihnen ihre Undurchsichtigkeit und Kompliziertheit. Der einzige "soziale" Grundsatz beim Mietenproblem besteht darin, daß geringer Verdienende weniger zahlen müssen als besser Verdienende. So gibt es in Kapstadt für gleiche Wohnungen bis zu fünf verschiedene Miettarife. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Arbeitnehmer auf Lohnerhöhungen verzichtet haben, um nicht in eine höhere Kategorie des Miettarifs zu gelangen.

Die monatlichen Mietzahlungen sollen 25% des monatlichen Familieneinkommens nicht übersteigen. Die Kommunen sind aber frei in der Gestaltung der Nebenabgaben oder Umlagen (wazu u.a. Abgaben für die Verwaltung, Reparaturrücklage, Versicherungsbeiträge zählen), die im Raum Kapstadt grundsätzlich höher liegen als die Mieten (Verhältnis etwa 60 : 40). Dies bedeutet für einen großen Teil der Getto-Bewohner, daß sie mehr als die Hälfte ihres Einkommens für ihre Unterkunft aufwenden müssen.

Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele aus dem Kapstädter Raum das Wohnen und Leben in den Gettos für Coloureds und für Schwarze aufgezeigt werden.

KONKRETE BEISPIELE

Ocean View

Südlich von Kapstadt liegt auf dem Wege zum Kap der guten Hoffnung am Indischen Ozean das Hafenstädtchen Simonstown, das zugleich Militärstützpunkt ist. Bis 1968 lebten hier vollintegriert neben- und miteinander (zum Teil in den gleichen Häusern) englischsprachige Weiße und Coloureds, eine Situation, die für das relativ liberale Klima in der Kapregion nicht untypisch war. 1966 wurde Simonstown aufgrund des "group area act" zum "weißen" Gebiet erklärt. Gleichzeitig begannen 20 Kilometer entfernt die Arbeiten für eine Township für die Simonstowner Coloureds, gut versteckt in den Kap-Bergen, der der schöne Name Ocean View gegeben wurde. Tatsächlich sieht man aber den Ozean (bzw. beide Ozeane: den Atlantik und den Indischen Ozean) erst dann, wenn man einen der Berge besteigt, die rings um Ocean View aufragen. Eine einzige Straße führt in das Getto hinein, und die gleiche Straße führt wieder heraus. Ein paar Maschinengewehre auf die Berge und einen Panzerwagen an Ein- und Ausgang, und man kontrolliert das Getto.

1968 erhielten die Coloureds von Simonstown und eine kleinere Anzahl von Coloureds aus den umliegenden Ortschaften ihre Umsiedlungsbefehle nach Ocean View. Heute leben hier etwa 16 000 Menschen.

Die Männer, soweit sie Arbeit haben, sind überwiegend Dock- oder Hafentarbeiter in Simonstown oder Handwerker in kleineren Betrieben in anderen "weißen" Orten wie Fishhoek oder Muizenberg.

Andere arbeiten auf Geflügelfarmen in Nordhoek, oder sie sind kleine Angestellte in Handelsfirmen und Banken. Die Frauen, soweit sie Arbeit haben, sind Verkäuferinnen, Krankenschwestern, Hausangestellte oder Fabrikarbeiterinnen in den genannten Orten. In Ocean View selbst gibt es keine Arbeit, außer für die Lehrer, Sozialarbeiter und Geschäftsleute. Ocean View ist, wie alle Gettos in Südafrika, eine Schlafstadt.

Die erste unmittelbare Folge der Umsiedlungen ist die Tatsache, daß die Menschen jetzt zu ihren Arbeitsstellen mit dem Bus fahren, wo sie früher meist zu Fuß hingehen oder die Schnellbahn von Simonstown nach Kapstadt nehmen konnten. Die Busse sind teuer und unzuverlässig. Daher blüht

zusätzlich in Ocean View das Taxigewerbe, aber Taxifahren ist noch teurer.

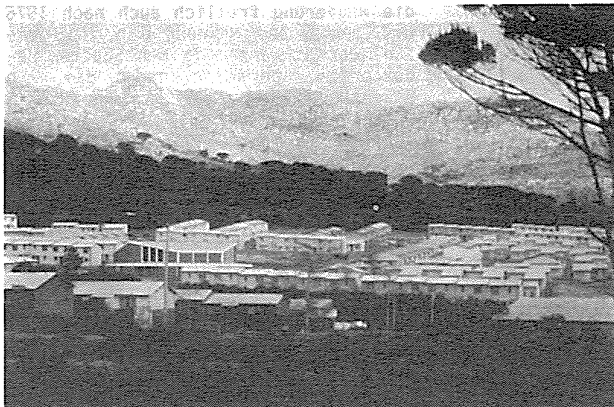
Die Häuser sind hingepfuscht, die meisten waren schon beim Einzug reparaturbedürftig. Es handelt sich überwiegend um Mini-Häuser, von ihren Bewohnern als "match-box houses" bezeichnet. Es gibt auch Mini-Reihenhäuser und dreistöckige Wohnblocks. Sozial fallen die Häuser in drei Kategorien: "sub-economic" (47%), "economic" (44%) und "ownership" (also 9% Eigentümshäuser). Die Häuser der "sub-economic class" sind für Familien mit einem monatlichen Einkommen unter 250 Rand (z.Zt. ca. 500 DM). Sie bestehen aus Küche, Wohn- und Schlafraum von zusammen etwa 30 qm. Sie sind hoffnungslos überfüllt - in einem leben 27 Personen. Die Häuser der "economic class" für Familien mit mehr als 250 Rand Monatseinkommen bestehen aus 4 Zimmern mit zusammen 56 qm. Die Mieten sind gestaffelt nach Familieneinkommen.

Für alle Familien bedeutete der Umzug nach Ocean View eine Verschlechterung des Lebensstandards, denn hier sind die Mieten und Abgaben durchgängig höher als an ihren alten Wohnorten, und es entstehen zusätzliche Transportkosten. In manchen Familien verschlingen Miete, Umlagen und Busgelder über die Hälfte des Familieneinkommens. Die Eigentümshäuser werden mit 300 Rand angezahlt und dann über 30 Jahre abbezahlt. Sie sind etwas geräumiger als die Häuser der "economic class" (etwa 70 qm).

In Ocean View gibt es ein Kino für 16 000 Einwohner, einen Supermarkt (in dem die Waren teurer sind als in Simonstown), zwei Cafes und viele (staatliche) Alkoholläden. Die beiden Grundschulen werden von je ca. 1200 Kindern besucht, in die "high school" gehen etwa 460 Kinder; aber nur 15 von ihnen machten 1982 das Abitur. Der Lehrerwechsel ist groß. Niemand geht freiwillig in die Einsamkeit von Ocean View, wenn er anderswo leben und arbeiten kann. Es gibt einen einzigen Kindergarten, gestiftet von einem bekannten "farbigen" Schriftsteller. Er wird von 60 Kindern besucht.

Einmal in der Woche kommt der Zahnarzt. Zwei Allgemeinmediziner haben sich niedergelassen. In einem Tageshospital arbeitet ein Arzt mit zwei Krankenschwestern. Wer ein Krankenhaus aufsuchen muß, geht in ein Hospital für "Farbige" in Kapstadt.

Ocean View



Mitchell's Plain

Wer von Mitchell's Plain redet, muß vom berühmten Kapstädter District Six reden, dem alten Arbeiterbezirk Kapstadts in der Innenstadt. Hier lebten überwiegend, aber nicht ausschließlich, Coloureds. In Kapstadt hatten sich Stadtbezirke entwickelt, getrennt nach sozialen Schichten und nicht so sehr nach "Rassen". Lediglich die Oberschicht wohnte in rein "weißen" Stadtteilen wie Sea Point oder Clifton.

Im District Six lebten also auch weiße und schwarze Arbeiter und Handwerker neben der Mehrheit von Cape Coloureds. Der Bezirk hatte eine eigene Kultur entwickelt, vergleichbar der von Harlem in New York, mit eigenen Musik- und anderen künstlerischen Traditionen. Dann wurden in den 60er Jahren die Innenstadt von Kapstadt und die nach Süden bis Muizenberg reichenden Vororte zu "weißem" Gebiet erklärt. Dies bedeutete die Zwangsumsiedlung von etwa 150 000 Menschen.

Der District Six wurde abgebrochen, heute stehen nur noch ein paar Kirchen, und es wurde damit begonnen, Häuser für Weiße dort zu errichten. Die Masse der Coloureds wurde nach Mitchell's Plain zwangsumgesiedelt.

Mitchell's Plain ist ein Retorten-Getto wie Ocean View. Es liegt 30 km südöstlich von Kapstadt, wo die meisten nach wie vor ihre Arbeitsstelle haben. Es wurde mitten in die Cape Flats, die Sanddünen in der Nähe der False Bay, gesetzt. Täglich weht ein scharfer Wind vom Meer und überzieht den Ort mit Sand.

Mitchell's Plain weist die gleichen Häusertypen auf wie Ocean View, vielleicht mehr Eigentümshäuser. Der Ort war auch für die bessergestellten Coloureds gedacht, während die Ärmern in ein anderes, der City näheres Getto, nach Hanover Park, umgesiedelt wurden. Dort gibt es überwiegend "subeconomic houses". Steigt das Familieneinkommen bei Bewohnern von Hanover Park, so dürfen sie dort nicht bleiben, sondern müssen nach Mitchell's Plain in teurere Wohnungen umziehen.

Auffällig auch in Mitchell's Plain ist die miserable Bauweise. Viele Zimmer liegen zu tief, sodaß bei Regen das Wasser durch die undichten Türen in die Häuser fließt. Die auf den Dächern aufsitzenden Entlüftungsluken haben die Bewohner verstopft, weil

bei jedem Sturm der Sand pfundweise eindrang. Die Fenster sind vielfach undicht, Abflüsse und Toiletten ständig verstopft.

Mit Ausnahme der Eigentümshäuser ist jeweils das Wellblechdach zugleich innen die Zimmerdecke, ohne Verputz, ohne Isolierung. Das hatten wir auch schon in Ocean View festgestellt. Es macht die Zimmer im Sommer zu Glutöfen und im kalten Winter am Kap zu Eisschränken.

Die kommunalen Einrichtungen und die ärztliche Versorgung sind ähnlich mangelhaft wie in Ocean View. Aber auch hier gibt es zahlreiche staatliche Alkoholläden.

Auch hier führte die Umsiedlung zur Verarmung. Ein Beispiel: John T., 30 Jahre, seine Familie umfaßt 4 Personen (was wenig ist; die meisten Familien bestehen aus 6, 7, 8 und mehr Personen). Im District Six zahlte er 21 Rand Monatsmiete und konnte zur Arbeitsstelle laufen. In Mitchell's Plain zahlt er 44 Rand Monatsmiete und 24 Rand im Monat für den Bus, um zur Arbeitsstelle in Kapstadt (Fahrzeit bis zu 2 Stunden in der rush-hour!) zu gelangen. John T. verdient im Monat 120 Rand (1982).

Langa

Während Ocean View ein Getto für Coloureds ist, die in der Hierarchie der "Rassen" in der Mitte zwischen Weiß und Schwarz stehen, sind Langa, Nyanga und Guguletu die Kapstädter Gettos für Schwarze.

Langa, das älteste dieser drei Gettos (es wurde schon 1923 angelegt), besteht ganz überwiegend aus Mini-Häusern der Kategorie "sub-economic". Viele haben eine uralte Bausubstanz, in den Ecken sitzt der Schwamm. Man kann sagen: die Schwarzen leben in Häusern, die denen der ärmsten unter den Coloureds entsprechen. Viele Häuser haben keine Wasserleitung, und die Bewohner müssen das Wasser auf der Straße zapfen. Die Toiletten sind außerhalb der Häuser. Neben Steinhäusern finden wir Holzbaracken und Blechhütten. Manche haben eine Nummer, andere nicht. Letztere sind vermutlich von "Illegalen" bewohnt, oder auch von "Legalen", die sonst keinen Platz finden. Sie sind in Gefahr, ihr Dauerwohnrecht zu verlieren, wenn sie keine registrierte Unterkunft haben. Aber Staat und Stadt bauen für Schwarze schon seit Jahren nicht mehr in Kapstadt; denn die westliche Kap-

Häuserblock in Mitchell's Plain



region gilt als Vorzugsgebiet für sog. Mischlinge. Das bedeutet: Coloureds werden bevorzugt eingestellt. Der geplante Wohnungsmangel für Schwarze ist ein Hebel der Regierung, die Zahl der Schwarzen mit städtischem Dauerwohnrecht zu verringern, um sie in die Homelands abschieben zu können.

Besuch in einem "Ledigenwohnheim"

In Langa gibt es, wie anderswo in schwarzen Gettos, ein "Getto im Getto": ein "single-sex-hostel", d.h. ein "Ledigenwohnheim" für Kontraktarbeiter aus der Transkei und der Ciskei. Die dort untergebrachten Männer sind keineswegs "ledig"; aber sie dürfen ihre Familien aus den Homelands nicht mitbringen für die Dauer ihres Kontraktes (12 Monate). Der Zutritt zu "single-sex-hostels" ist Unbefugten streng verboten, wurde uns jedoch von einem Geistlichen ermöglicht.

Das Männerwohnheim von Langa ist ein alter, heruntergekommener Steinbau, im Geviert angelegt auf einer Fläche von etwa 100 mal 100 Metern. Es ist Samstagvormittag, also arbeitsfrei. Am Tor sitzen Dutzende von Männern in der Sonne und trinken ihr selbstgebräutes Bier aus großen Blechdosen. In ein paar Stunden werden sie betrunken sein und ihr Elend vergessen haben.

Zu unserer Überraschung leben in diesem für 400 Kontraktarbeiter eingerichteten "hostel" auch zahlreiche Frauen und Kinder. Sie sind illegal den Männern und Vätern gefolgt, um mit ihnen zusammenleben zu können. Bei der nächsten Polizeirazzia wird man sie ins Gefängnis stecken und dann in ihr Homeland ausweisen. Meist sind sie nach drei Monaten dann wieder da.

Im Innenhof schlägt uns der penetrante Geruch von Urin und Fäkalien entgegen. Er kommt aus dem Bau, der die "sanitären" Anlagen enthält. Das sind zehn Toiletten nebeneinander, ohne Trennwände, ohne Wasserspülung. Unter den Brillen stehen Eimer, die täglich mehrere Male geleert werden müssen. Ab und zu quillt einer über, und dann fließen Urin und Fäkalien in den Innenhof. Neben den Toiletten befinden sich die Waschanlagen, zwei längliche Steintröge, die an Viehtränken erinnern.

Wir betreten einen der 12 Schlafräume, die zugleich Wohnräume sind. Er ist etwa 60 Quadratmeter groß, das Dach aus Wellblech. Ein Loch im Gie-

bel dient als Rauchabzug, denn im Winter wird hier drinnen auch gekocht. Im Sommer kocht man auf dem Hof. Neben der Tür befinden sich ein paar Fenster, zur Hälfte zugestellt mit Koffern und Kartons. An den Wänden rechts und links die Schlafkojen, aus Beton gegossen, je acht rechts und links und nochmals vier an der Rückwand, alle zweistöckig. Auf diesen 60 Quadratmetern sollen also 24 Kontraktarbeiter schlafen. Tatsächlich hausen hier aber 37 Menschen: denn sechs Frauen und sieben Kinder sind hier zusätzlich (und illegal) untergebracht. Die Frauen schlafen bei den Männern in den Kojen, die Kinder auf dem Fußboden. Hier ist nichts privat. Der Geistliche, der uns begleitet, meint, dies hier sei die schlimmste Art des Wohnens in Südafrika.

Squatters:

Crossroads

Die bekannteste Squatter-Siedlung ist Crossroads, eine Stadt aus Wellblechhütten vor den Toren von Kapstadt. Ursprünglich handelte es sich bei den Bewohnern um die Frauen und Kinder von Kontraktarbeitern, die ihren Männern illegal nachgefolgt waren. Dann mischten sich andere Illegale unter sie, aber auch Schwarze mit städtischen Rechten, die keine Wohnung hatten, und sogar Coloureds, die in Mitchell's Plain und anderswo ihre Miete nicht mehr bezahlen konnten. Die Polizei hat Crossroads wieder und wieder abgerissen. Die Bewohner gaben nicht auf. Heute wohnen dort etwa 30 000 Menschen. Mit Hilfe der Kirchen und des Roten Kreuzes, aber auch durch eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit, erreichten die Bewohner von Crossroads, daß sie zur Zeit von den Behörden geduldet werden. (2) Aber immer wieder wird der Ort von der Polizei nach "Illegalen" durchgekämmt, und die neuesten Pläne sehen doch wieder einen Abriß noch in diesem Jahr vor.

Die Vorstufe zu Crossroads konnten wir in Nyanga Bush beobachten. Die Menschen hausen in Plastikzelten, ständigem Polizeiterror ausgesetzt. Hier müssen Tausende, wenn nicht Zehntausende hausen. Sie kommen aus der Transkei und der Ciskei, und viele finden auch illegale, und das heißt; billigstbezahlte Arbeit in Kapstadt. Wenn die Polizei sie schnappt, kommen sie erst ins Gefängnis und werden dann in die Homelands zurückgekartt. Wir sprachen mit einer Frau, die das schon seit 10 Jahren mitmacht. Vier-



Nach der Polizeirazzia

mal kam sie ins Gefängnis und wurde nach Verbüßung ihrer Strafe (50 Tage) in die Transkei zurückgebracht, und jedesmal kam sie zurück. Uns scheint, die Masse dieser Illegalen überschreitet die Möglichkeiten der Polizei. Aber auch hier soll Abhilfe im Sinne der Apartheid geschaffen werden. Das neue Projekt für die Kapstädter Schwarzen ist Khayelitsha.

Khayelitsha

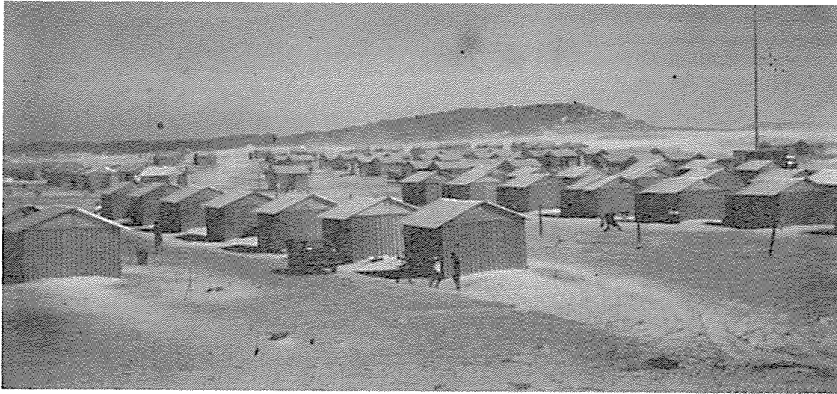
Dieses Xhosawort heißt "neue Heimat", und das kann nur eine zynische Bezeichnung sein. Unweit von Mitchell's Plain entsteht in der Einöde ein riesiges Getto für Schwarze. Man nimmt sich dafür Zeit. Nach und nach sollen Nyanga Bush und andere Squatter-camps, soll Crossroads, sollen Nyanga, Langa und Guguletu durchgekämmt werden. Dann wird man die Illegalen in die Homelands abschieben, und die Legalen müssen nach Khayelitsha ziehen.

Lange Zeit hatte die Regierung an ihrer utopischen Vorstellung festgehalten, daß langfristig ALLE schwarzen Südafrikaner aus dem "weißen" Südafrika zu verschwinden hätten und sich nur als Pendler oder Kontraktarbeiter dort aufhalten dürften. Aus diesem Grunde wurde der Wohnungsbau für schwarze Gettos ab 1968 fast vollständig eingestellt. 1976 wurde erkannt, daß das Ziel illusionär war. Zögernd begann man, Wohnungen für Schwarze mit Dauerwohnrecht in den Städten zu errichten (aber nicht im Kapstädter Raum, der für die Coloureds reserviert bleiben sollte). Daß die Regierung freilich auch nach 1976 bis heute der Meinung ist, daß die Zahl der Schwarzen in den Städten reduziert werden müsse, zeigt das neue Gesetzesvorhaben über die "ordnungsgemäße Umsiedlung und Niederlassung von Schwarzen", das zur Verabschiedung ansteht. Es verschärft die Bedingungen, das städtische Dauerwohnrecht zu erwerben. Es wird vor allem daran gebunden, daß die Afrikaner bereits in amtlich zugelassenen Wohnungen wohnen. Aber die fehlen, weil man sie nicht gebaut und die Bevölkerung sich vermehrt hat: So kommen Tausende in einen circulus vitiosus, der letztlich zu ihrer Zwangsumsiedlung in "ihr" Homeland führen muß.

Wer dann noch übrig bleibt, wird im

"Ledigenheim" für Kontraktarbeiter in Kapstadt





Der Beginn von Khayelitsha.

Kapstädter Raum nur noch in dem Supergetto von Khayelitsha leben. Und dies zu neuen Bedingungen, die die Regierung 1983 einführte. Danach wird der Staat nur noch Häuser für die Ärmsten (unter 150 Rand Monatseinkommen) erstellen. Für die anderen gilt, daß sie allenfalls sog. "core and shell houses" (also Blechbuden zum Anbauen, wie sie heute schon in Khayelitsha stehen) hingesetzt bekommen, oder schlicht an private Baufirmen auf eigene Kosten verwiesen werden. Der stellvertretende Minister für Kooperation und Entwicklung, G. de V. Morris hat dies so formuliert: "The sweat capital of the African must come into question" - in Schweiß deines Angesichts sollst du dir deine Wohnung bauen.

WIDERSTAND UND REFORMEN

Die Schwarzen haben sich dem rassistischen Herrschaftssystem nie gefügt. Bereits 1912 wurde der African National Congress gegründet, der bis in die 60er Jahre hinein gewaltlosen Widerstand im Sinne Ghandis - der vor dem ersten Weltkrieg in Südafrika lebte - übte. Weitere Widerstandsorganisationen entstanden (Unity Movement, Pan Africanist Congress). Seit den 60er Jahren gingen die Organisationen zum bewaffneten Widerstand über (Sabotageakte). Die Regierung verbot die Befreiungsbewegungen und steckte ihre Führer ins Gefängnis. Die Repressionswelle der 60er Jahre führte zur Abschaffung aller Rechtsstaatlichkeit im Lande. Heute kann die Polizei willkürlich verhaften, und nur in genau umschriebenen Fällen müssen die Verhafteten einem Richter vorgeführt werden. In den Gefängnissen wird gefoltert und gemordet. Der Widerstand schien erloschen.

Da erhoben sich 1976 die Schüler und Studenten in Soweto. Ihr Aufstand verbreitete sich über das ganze Land. Die Polizei schoß ihn zusammen (ca. 1000 Tote). Seither ist Südafrika nicht mehr zur Ruhe gekommen. Das massenhaft erwachte politische Bewußtsein artikuliert sich in einer kulturellen Revolutionsbewegung (Literatur, Musik, bildende Kunst), in Zusammenschlüssen der Gettobevölkerung zu Aktionsgemeinschaften, in Mieterstreiks, Busboykotten, Massenstreiks.

Die Regierung reagierte mit einer Mischung aus Repression und "Reform". Sie sah sich genötigt, Ende der 70er Jahre schwarze Gewerkschaften zuzulassen, mit der Absicht, sie kontrollieren zu können. Die 1984 durchgesetzte Wahl "reform" samt neuer Staatsverfassung gab Mischlingen und Asiaten das Wahlrecht zu einem - streng nach Rassen getrennten - Dreikammer-Parlament. Gleichzeitig aber wurde das Parlament (in dem die Weißen ohnehin die Mehrheit haben) in seiner Macht beschränkt, zugunsten eines mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Staatspräsidenten. Mischlinge und Asiaten aber lehnen die Parlamentsreform ab. Weniger als 20% von ihnen gingen zur Wahl. Nicht zuletzt ihre Zwangsumsiedlungen in die Gettos haben die Mehrheit von ihnen - trotz gewisser Privilegien, die sie besitzen - an die Seite der Schwarzen gedrängt.

Das Verbot für die Schwarzen, Hauseigentum im "weißen" Südafrika zu erwerben, wurde in verschiedenen Regionen aufgehoben; das steht im Zusammenhang mit der Absicht der Regierung, eine schwarze Bourgeoisie als herrschaftsstabilisierendes Element heranzuzüchten. In der Tat gibt es ein paar

Straße von Khayelitsha



schwarze Millionäre, die aber kaum als Puffer zwischen den verelendeten Massen und den Weißen ausreichen. Durchsichtig ist auch der neueste Versuch der Regierung, den schwarzen Gettos "Selbstverwaltung" zu gewähren. In 26 Townships durften sie ihre eigenen Gettoräte wählen. Die Wahlbeteiligung lag bei 10%. Diese schwarzen kommunalen Selbstverwaltungen sollen als Haupteinnahmequelle die Mieten zugeschanzt bekommen - und damit auch deren Eintreibung vornehmen. Damit lenken sie automatisch den Zorn der Bevölkerung auf sich. Inzwischen sind viele der Gettoräte von sich aus zurückgetreten, aus Angst, erschlagen zu werden (was mit einigen schon passiert ist). Trotz drohender Entlassung streiken die Arbeiter in zahllosen Betrieben. Und das ist neu: beim Streik in Sasol (einer riesigen Anlage zur Kohleverflüssigung und Benzingerinnung) streikten kürzlich die Arbeiter zum ersten Male nicht um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, sondern aus politischen Gründen: sie forderten das Wahlrecht. Von 6500 Arbeitern wurden 6000 entlassen.

Südafrika steht vor der Revolution, und wie es scheint, kann sich die weiße Minderheitsherrschaft nur noch mit brutalstem Polizei- und Truppeneinsatz halten - und dank der Unterstützung durch das westliche Ausland. US-amerikanische, britische, westdeutsche Konzerne tätigten Milliardeninvestitionen im Billiglohmland Südafrika. Die Bundesrepublik ist Südafrikas größter Handelspartner. Die Regierung Reagan, die Regierung Thatcher, die Regierung Kohl verharmlosen die südafrikanische Rassenpolitik, um ihre ökonomischen Interessen zu sichern. Franz Josef Strauß erhielt erst kürzlich den höchsten Orden, den die südafrikanische Regierung zu vergeben hat...

ANMERKUNGEN

- (1) Es ist an bestimmte Bedingungen geknüpft: man muß
- entweder in einer "weißen" Stadt geboren worden sein und dort ununterbrochen gelebt haben
 - zehn Jahre lang ununterbrochen bei EINEM Arbeitgeber gearbeitet haben
 - 15 Jahre lang ununterbrochen in einer "weißen" Stadt legal gewohnt haben, das heißt, man muß in einem registrierten Haus, und nicht etwa in einer selbstgebauten Blechhütte, offiziell gemeldet sein.

- (2) Die Räumung von Crossroads wurde bereits im Februar dieses Jahres begonnen. Die Menschen wehrten sich, die Polizei ging mit Waffengewalt vor. Es gab mindestens 18 Tote.

LITERATUR

ADAM, HERIBERT und GILIOEME, HERMANN: The Rise and Crisis of African Power. Cape Town 1979

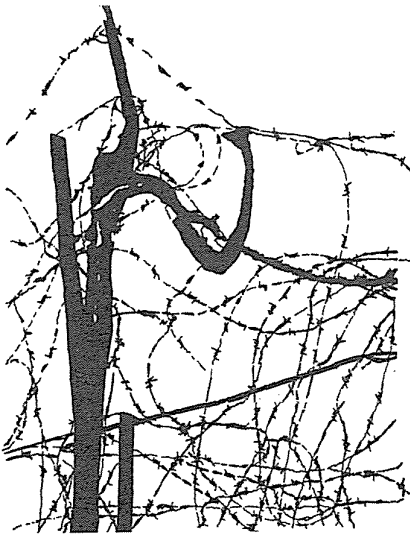
ANC Weekly News Briefing, London (Presseauschnitte); Nr.45 - 52, 1984 und 1/1985

HELBIG, LUDWIG: In den "farbigen" Townships von Kapstadt; in: Informationsdienst südliches afrika Nr.6/7, Bonn 1980

MARE, GERRY: African Population Relocation in South Africa. Johannesburg 1980

Survey of Race Relations 1979, 1982, 1983. Ed. by South African Institute of Race Relations. Johannesburg 1980, 1983, 1984

FOTOS: Helga Helbig



VORBEMERKUNG

Das Flüchtlingsproblem gilt heute mehr denn je als eines der brisantesten Menschheitsprobleme, mit denen sich immer häufiger nationale wie internationale Institutionen beschäftigen. Es gehört neben der Umweltvergiftung, dem Hunger in der Welt, den atomaren Gefahren und der Massenarbeitslosigkeit zu den Themen, die seit einiger Zeit regelmäßig Anlaß zu Meldungen, Berichterstattungen und Kommentaren in den Medien geben.

Zwar löste der zweite Weltkrieg bereits Flüchtlingsströme von bis dahin nicht bekanntem Ausmaß aus, doch kann, ohne das Schicksal des Einzelnen etwa beschönigen zu wollen, gesagt werden, daß die Bedingungen für eine Integration vergleichsweise günstig waren, so daß die unmittelbare Not im Laufe nur weniger Jahre beseitigt werden konnte. Gerade die Phase des Wiederaufbaus, der rasch verlaufenden industriellen Entwicklung und des daraus resultierenden Wirtschaftswachstums bot vielfältige Möglichkeiten zur Bewältigung der mit den 12 Millionen osteuropäischen Flüchtlingen verbundenen Schwierigkeiten.

Die Situation der heutigen Flüchtlinge ist grundlegend anders und somit auch nicht vergleichbar mit dem Schicksal damaliger Flüchtlinge. Zum einen erreicht ihre wachsende Zahl nie dagewesene Größenordnungen, zum anderen befinden sich die Krisengebiete der letzten Jahrzehnte fast ausschließlich in Ländern der Dritten Welt. Seit 1945 hat es beispielsweise weltweit etwa 140 Kriege gegeben, von denen die Mehrzahl in "Entwicklungsländern" ausgetragen wurde. Die durch die Flüchtlingsströme entstehenden Probleme addieren sich noch zu den ohnehin schon schwer zu bewältigenden ökonomischen Aufgaben der betroffenen Länder. Hinzu kommt, daß die große Zahl der Flüchtlinge nicht nur die Hilfsmöglichkeiten der Aufnahmeländer übersteigt; auch die Hilfsorganisationen sind in ihrer Leistungskapazität überfordert. In den meisten Aufnahmeländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas leben die Flüchtlinge unter primitivsten, menschenunwürdigen und überlebensfeindlichen Bedingungen, obwohl ihre grundlegenden Menschenrechte durch die internationale Konvention über den Status der Flüchtlinge geschützt sind, der ungefähr ein Drittel aller Länder der Welt beigetreten sind.

WELTPROBLEM FLÜCHTLINGE

AUSGRENZUNG ODER INTEGRATION

Clemens Laser

Wenn sich auch die Flüchtlingsproblematik aus europäischer Sicht in geographische Ferne verlagert hat, kann ein Verdrängen dieses Problems nicht hingenommen werden, schon allein deshalb nicht, weil zahlreiche Konflikte aus den kolonialen Strukturen resultieren, und sich ein wesentlicher Teil unseres materiellen Wohlstandes auf die Ausbeutung der Ressourcen der sog. Dritten Welt gründet.

ZUM BEGRIFF "FLÜCHTLING"

Die einzige anerkannte Definition des Begriffs "Flüchtling" findet sich in der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen von 1951. Danach ist eine Person als Flüchtling zu bezeichnen: "...die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose...außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will." (1)

Darüber hinaus umfaßt die Flüchtlingsproblematik auch Fälle, die sich nicht unter die oben genannte Definition subsumieren lassen. Hierzu zählen die Vertriebenen im eigenen Land, sog. "Displaced Persons", Zwangsumgesiedelte, Opfer natürlicher Katastrophen, Menschen, die ihre Heimatregion verlassen müssen oder die allgemeinen Härten entgehen wollen. Vor allem aber die zunehmende Zahl der sog. Wirtschaftsflüchtlinge, die, ihrer ökonomischen Grundlage beraubt, ebenfalls gezwungen sind, ihre angestammten Gebiete zu verlassen. Aber selbst wenn es sich anerkanntermaßen um Flüchtlinge im Sinne der Konvention handelt, kann es Schwierigkeiten geben, denn ein entscheidender Punkt aller Regelungen des Flüchtlingsproblems im internationalen Recht ist, daß diese kein bindendes Recht auf Asyl enthalten. Die Asylgewährung liegt heute noch im Ermessen eines jeden Staates, und die Hinweise des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) auf

humanitäre Prinzipien ersetzen eine Rechtspflicht zur Asylgewährung leider nicht.

WELTFLÜCHTLINGSSTAND UND URSACHEN

"Es erscheint nicht als Übertreibung, das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert der Flüchtlinge zu bezeichnen." (2)

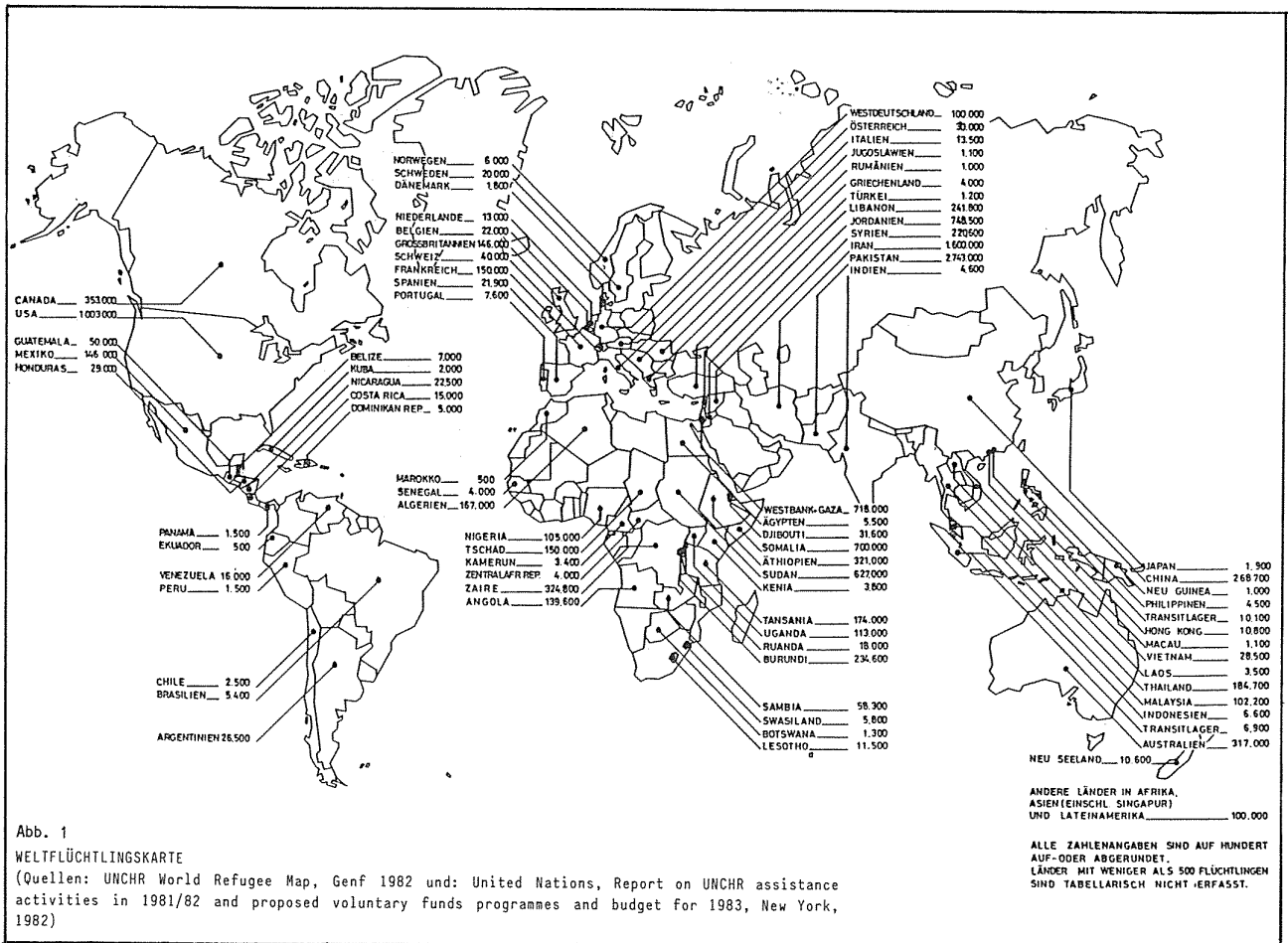
Die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen in der ganzen Welt wird für das 20. Jahrhundert mit 250 Millionen angegeben. (3) Für das Jahr 1984 gibt der UNHCR 13,3 Millionen an. (4) Hierunter fallen auch die palästinensischen Flüchtlinge, die ausschließlich vor der United Nations Refugee and Work Agency (UNRWA) als Flüchtlinge anerkannt und betreut werden. Darüber hinaus gibt es noch schätzungsweise 2-4 Millionen nicht registrierte und spontan angesiedelte Flüchtlinge und Vertriebene.

Region	Land	Anzahl	Herkunftsländer	
Europa (1983)	Belgien	21 000	(versch.)	
	Deutschland BR	100 000	(Asien, Afrika)	
	Frankreich	150 000	(versch.)	
	Großbritannien	150 000	(EAU, H usw.)	
	Italien	14 000	(versch.)	
	Niederlande	14 000	(versch.)	
	Österreich	29 000	(Polen usw.)	
	Portugal	8 000	(versch.)	
	Spanien	24 000	(versch.)	
	Schweden	20 000	(Vietnam usw.)	
Schweiz	42 000	(versch.)		
Mitt- u. Mittelost	Ägypten (10/83)	6 000	(versch.)	
	Cypern 1992	50 000	(ETH)	
	Gaza-Streifen 1992	353 006	(Palästina)	
	Iran (1/83)	160 000	(versch.)	
	Jordanien 1992	650 553	(Palästina)	
	Syrien 1992	230 850	(Palästina)	
	Westjord. (israel. bes.)	317 614	(Palästina)	
	Afrika (12/83)	Algerien	167 000	(DARS)
		Angola	90 000	(Zf. SWA, RSA)
		Äthiopien	11 000	(Sudan)
Botswana		5 000	(Zimbabwe)	
Burundi		214 000	(RU, Z)	
Burundi		30 000	(ETH)	
Gabun		30 000	(Tschad)	
Lesotho		11 600	(RSA)	
Nigeria		6 000	(Tschad)	
Ruanda		49 000	(Südwestuganda)	
Sambia	Sambia	89 000	(Angola, Zaire)	
	Simbabwe	22 000	(Mosambik)	
	Somalia	700 000	(ETH, Ogaden)	
	Sudan	649 000	(ETH, EAU, Z)	
	Süd- u. Südost	Swasiland	7 000	(RSA)
		Tansania	159 000	(RU, ZR)
		Uganda	116 000	(RU, ZR)
		Zaire	300 000	(Ang, EAU, RU)
		Zentralaf. Rep.	9 000	(Tschad)
		Asien (1983)	Bangladesch	22 528
Burma			50 000	(Indochina)
China (VR)			272 000	(Indochina)
Hongkong			13 000	(VN, VR)
Indonesien			13 000	(Indochina)
Laos 1981	450 000		(Indochina)	
Malaysia	10 000		(RP, VN, K)	
Pakistan	2 800 000		(AFG, BD)	
Philippinen	19 000		(Vietnam)	
Thailand	138 000		(K, LAO, VN)	
Vietnam	28 000	(Indochina)		
Lateinamerika (1/83)	Argentinien	12 000	(versch.)	
	Brasilien	6 000	(versch.)	
	Costa Rica (8/82)	15 000	(ES, GCA, C)	
	Guatemala (12/82)	500 000	(El Salvador)	
	Honduras	+ 70 000	(versch.)	
	Mexiko	160 000	(ES, GCA)	
	Nicaragua	19 000	(El Salvador)	
	Nicaragua	18 500	(El Salvador)	
	Nordamerika (1/83)	Kanada	353 000	(versch.)
	USA	1 000 000	(VN, SU, VR)	
Ozeanien (1/83)	Australien	317 000	(versch.)	
	Neuseeland	11 000	(versch.)	

TABELLE 1 (Quelle: Der Fischer Weltatlas 1985, S. 685-686)

Insgesamt dürfte selbst bei vorsichtiger Schätzung die gegenwärtige Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen die 16-Millionen-Grenze überschritten haben. (5)

Derzeit bilden die Länder in Vorder-, Mittel- und Südostasien, Mittelamerika, sowie in Afrika die Schwerpunktbereiche.



Das Flüchtlingsproblem in den Ländern der Dritten Welt steht, wenn es nicht durch Naturkatastrophen ausgelöst wird, in einem ursächlichen Zusammenhang mit eskalierenden inner- wie zwischenstaatlichen, sozio-ökonomischen, kulturellen, ethnisch-religiösen Auseinandersetzungen. So wurden die Grenzen des mit 51 Ländern staatenreichsten Kontinents, Afrika, auf der Berliner Kongo-Konferenz 1884/85 nach Willkür der damaligen Kolonialmächte und ohne Berücksichtigung der ethnischen, sprachlichen und kulturellen Gliederungen festgelegt, was bis heute politischen Zündstoff bedeutet. Selbst wenn sich die in der OAU (6) zusammengeschlossenen Staaten zu einer Anerkennung der kolonialen Grenzen verpflichtet haben, so steht die stark ausgeprägte ethnische Zugehörigkeit in Widerspruch zu den später entstandenen nationalen Interessen. Als Beispiele hierfür können Nachbarländer wie Uganda/Tansania und Äthiopien/Somalia dienen. Diese Instabilität führt, zusammen mit anderen Konfliktfaktoren, zu Unruheherden, die kriegerische Auseinandersetzungen, politische Verfolgung und Unterdrückung hervorbringen.

In anderen Fällen geraten Bevölkerungsgruppen in Konfliktzonen expansiver Regime und werden durch Kriegseinwirkungen aus ihren traditionellen Wirtschaftsräumen verdrängt. Auch ausländische Okkupationen (Afghanistan, Namibia) oder intern ausgelöste Sozial- oder Kulturrevolutionen (Iran) führen mit ihren repressiven Folgen zur Flucht in ein Nachbarland. Namibia ist bis in die Gegenwart von Südafrika besetzt, ob-

wohl auch nach Auffassung der Vereinten Nationen die Rechtsgrundlage für eine südafrikanische Präsenz nicht mehr gegeben ist: ebenso wie in Südafrika selbst wird hier eine Apartheidspolitik betrieben, in deren ursächlichem Zusammenhang Bantustans entstehen, die eine ähnlich menschenunwürdige Funktion wie die Homelands Südafrikas übernehmen.

Weitere Ursachen für das Flüchtlingsproblem sind in den Versuchen zu sehen, demokratische Regierungen gegen den Widerstand von Militärdiktaturen (EL Salvador) zu etablieren. Diese Kategorisierung ist nur als eine unvollständige Auflistung von Einzelaspekten anzusehen. In den seltensten Fällen zwingen Einzelursachen die Menschen zu Flucht. Vielmehr ist es das Zusammenwirken verschiedener, in unterschiedlichsten Konstellationen miteinander verknüpfter Faktoren, die zum Flüchtlingsproblem führen. Die Erfahrungen des jetzigen Jahrhunderts haben gezeigt, daß sich immer noch neue Ursachen herauskristallisieren können.

AUFGABEN DES PLANERS

Die Beschäftigung eines Planers bzw. Architekten mit Flüchtlingsproblemen wirft natürlich die Frage auf, inwieweit die Bearbeitung von Aufgaben bei der praktischen Versorgung von Flüchtlingen die Existenz dieser Bevölkerungsgruppe als unveränderbar gegeben hinnimmt. Impliziert nicht die Beschäftigung in gewisser Weise eine Legitimation ihres Vorhandenseins?

Andererseits ist es angesichts der derzeitigen Situation und im Hinblick auf die Tendenzen - selbst bei optimistischer Voraussicht - für die kommenden Jahre unverantwortlich, die Massen notleidender Menschen sich selbst zu überlassen.

Da die asylgewährenden Länder oft zur ärmeren Ländergruppe gehören, erfordert die Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben umfangreiche Hilfsmaßnahmen, die von der Größe der zu betreuenden Gruppe, ihrer speziellen Notsituation, den Möglichkeiten auf eine Rückkehr in ihre Herkunftsgebiete, und den Verhältnissen im Aufnahme-land abhängen. Eine gründliche Information über die speziellen kulturellen Gepflogenheiten des zu betreuenden Personenkreises und eine mit allen Beteiligten abgestimmte Vorgehensweise stehen im direkten Widerspruch zu den unmittelbaren Erfordernissen des akuten Notstandes, und können deshalb oft nicht von Beginn an Berücksichtigung finden, sollten aber spätestens nach Überwindung der dringendsten Probleme in die Hilfsleistungen miteinbezogen werden. (7) Die Krisensituationen der letzten Jahre weisen darauf hin, daß in Bezug auf siedlungstechnische Überlegungen vor allem die Frage des langfristigen Verbleibs der Flüchtlinge als Kriterium eine Rolle spielt. Prinzipiell lassen sich drei Situationen unterscheiden, die die Überlegung, ob und in welchem Rahmen Siedlungsmaßnahmen erforderlich sind, bestimmen.

Die erste setzt voraus, daß die Fluchtursache vorübergehender Natur ist und die Flüchtlinge in absehbarer

Zeit wieder in ihre Heimatregionen zurückkehren können. Mit der Unterbringung in Notaufnahmelagern, der physischen und psychischen Betreuung, sowie der Unterstützung bei ihrer Rückkehr, z.B. durch Wiederaufbauhilfen, können die grundlegenden Probleme gelöst werden, so daß langfristige siedlungsrelevante Planungen höchstens im Zuge der Repatriierung von Bedeutung sein werden.

Vor weitaus schwierigeren Aufgaben sind sowohl die Flüchtlinge selbst, als auch die Aufnahmestaaten und Hilfsorganisationen gestellt, wenn die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr nicht gegeben ist. In diesen Fällen wird die Zukunft einer Flüchtlingsgruppe weitgehend von der Aufnahmemöglichkeit des Asyllandes und seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen bestimmt. Hier lassen sich in der Hauptsache zwei Zielrichtungen ermitteln: Ausgrenzung der Flüchtlinge oder Integration. Beide Richtungen werden im Folgenden näher dargestellt. Dabei betrifft den Planer wohl mehr die Art von Hilfeleistung, die auf eine Eingliederung der Flüchtlinge in das Aufnahmeland abzielt.

AUSGRENZUNG DER FLÜCHTLINGE - GETTOARTIGE FLÜCHTLINGSLAGER

Zahlreiche Regierungen sind nicht bereit oder in der Lage, Flüchtlinge mit Blick auf eine spätere Integration aufzunehmen und notwendige Unterstützung zu leisten. Die nachstehend geschilderten Beispiele aus Mittelamerika und Südostasien zeigen deutlich die menschenunwürdigen Verhältnisse, denen die Flüchtlinge in solchen Fällen ausgesetzt sind. Unter starken körperlichen und seelischen Belastungen zunächst in eines der meist grenznahen Auffanglager geflohen, werden sie später in weiter landeinwärts gelegene große Sammellager verbracht, die einzig darauf ausgerichtet sind, ihnen Unterkunft und Verpflegung, darüberhinaus aber keinerlei Perspektive zu bieten. Nicht selten befinden sich diese Lager in unwegsamem Gelände innerhalb umzäunter Areale, unter strenger Bewachung.

Bei der Errichtung eines solchen Lagertyps spielen siedlungsplanerische Überlegungen kaum eine Rolle, da ihre Grundkonzeption, der leichten Überschaubarkeit und Kontrolle wegen, in der Regel auf einfachen Rastersystemen basiert, ohne auf topographische und sonstige Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. Wenn überhaupt, so bestehen nur sehr geringe Kontakte mit dem sozio-kulturellen Umfeld. Weder Beschäftigungsmöglichkeiten noch Unterkunftsprobleme der Flüchtlinge werden bedacht, da die Versorgung ausschließlich von außen erfolgt und im allgemeinen Zelte oder einfachste Hütten aus lokalen Materialien als Behausung dienen. Zur Untätigkeit verurteilt und zu bloßen Hilfeempfängern degradiert, verbringen die Menschen in diesen Lagern oft mehrere Jahre, ehe die Situation in ihrer Heimat eine Rückkehr erlaubt oder sich ein Drittland zur Aufnahme und Integration bereit erklärt.

Mittelamerika:

In El Salvador ist die Eskalation eines seit Jahrzehnten anhaltenden Klimas von Gewalt zur Ursache einer Massenflucht geworden, in deren Ver-

lauf ca. 800.000 Salvadorianer ihr Land verlassen haben. (8) Als klassisches Aufnahmeland dieser Flüchtlinge gilt das Nachbarland Honduras, das die Genfer Flüchtlingskonvention aber bis heute noch nicht unterzeichnet hat. Internationalen Hilfsorganisationen fällt dort nur die Rolle von Gastorganisationen zu, was den Einsatzbereich erheblich einschränkt. Fragwürdig dabei ist, warum allein Militärs die Gesprächspartner bei der Behandlung von Flüchtlingsproblemen sind, obwohl Honduras eine gewählte Zivilregierung besitzt. (9)

Die Standorte der Flüchtlingslager befinden sich meist in den Grenzgebieten, in die ausländisches Militär oder paramilitärische Gruppen eindringen können, um Verfolgungsaktionen fortzusetzen. Aufgrund dieser Übergriffe sind seitens der honduranischen Verantwortlichen Bestrebungen im Gange, alle kleineren grenznahen Lager aufzulösen und die Flüchtlinge in wenigen großen Lagern weiter landeinwärts zu konzentrieren. Da jedoch selbst verhältnismäßig ungefährdete Lager in diese Sammellager integriert werden sollen, liegt die Vermutung nahe, daß andere Gründe Grundlage dieser Entscheidung sind. Zum einen strebt der Staat eine völlige Militarisierung der Grenzgebiete an, um die Guerilleros besser bekämpfen zu können, zum anderen bieten große geschlossene Sammellager, wie das in Mesa Grande, den "Vorteil" einer leichteren Überwachung der Flüchtlinge. Mesa Grande, auf einem unzugänglichen Hochplateau gelegen, weitab von jeder Ortschaft, mit nur einem Zugangsweg, der zudem noch von Militär bewacht wird, beherbergt 9.000 salvadorianische Flüchtlinge. (10) Es ist geplant, auf dieser nachts sehr kalten und zum Landbau völlig ungeeigneten Hochebene 20.000 Flüchtlinge zu konzentrieren! (Bild 1)

Die minimalsten hygienischen Voraussetzungen, wie eine ausreichende Anzahl Latrinen und sauberes Frischwasser, sind nicht gegeben. Die Menschen leben in zeltähnlichen, kaum vor der Witterung Schutz bietenden Behausungen. Über das Nötigste hinausgehende infrastrukturelle Einrichtungen wurden bei der Planung dieses Lagers nicht vorgesehen, da die Militärs der Auffassung waren, es reiche aus, Flüchtlinge allein mit Nahrung und notdürftiger Unterkunft zu versorgen. Dementsprechend haben die Betroffenen auch kaum Möglichkeiten, sich zu beschäftigen. Es ist ihnen untersagt, feste Bauten zu er-



Bild 1

richten oder ihre Situation durch Selbsthilfe jeglicher Art zu verbessern. Dies führt zur Verbreitung der sog. Lagermentalität, die sich in phlegmatischem und resigniertem Verhalten der Lagerinsassen äußert. (11) Das Militär unternimmt laufend Kontrollgänge innerhalb des Lagers, wodurch unter den Bewohnern ein Klima permanenter Verunsicherung geschaffen wird, zumal ihnen bekannt ist, daß das honduranische Militär sehr eng mit dem aus El Salvador zusammenarbeitet.

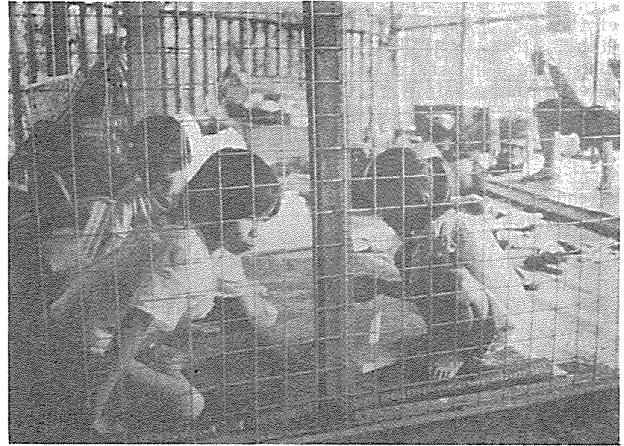
Außer in Nicaragua oder den USA besitzen die Flüchtlinge aus El Salvador keinerlei rechtlich anerkannten Status. Diese im Widerspruch zu internationalen Flüchtlingsbestimmungen stehende Rechtlosigkeit macht jede Arbeitserlaubnis im Asylland unmöglich, ebenso wie das Recht auf öffentlichen Schutz und auf Wohnung. So vegetieren die meisten Flüchtlinge auf kaum vorstellbare Weise dahin, ohne arbeiten oder sich feste Häuser bauen zu dürfen. Sie besitzen kein Recht, ein öffentliches Krankenhaus aufzusuchen. Sie können sich auch nicht gegen Übergriffe durch die Polizei oder das Militär zur Wehr setzen; täten sie es, wäre dies ungesetzlich.

Ostasien:

Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, mit der die Vietnam-Flüchtlinge - auch Boat-People genannt - ihre Flucht begannen, endete - bei einer Chance von 50 zu 50, überhaupt irgendwo anzukommen - zunächst in einem der zahlreichen Auffanglager in den nicht kommunistischen Staaten Südostasiens. Eines dieser Lager befindet sich auf der vor der Ostküste Malaysias gelegenen ca. einen Quadratkilometer großen Insel Pulau Bidong, auf der zeitweise 72.000 Menschen lebten. Es kann als typisches Beispiel für die Flüchtlingspolitik der malayischen Regierung gelten, ausgerechnet eine entlegene, ganz und gar ungeeignete Insel als Asyl auszuweisen. Vor der Ankunft der Flüchtlinge war dieses Territorium völlig unbewohnt, da weder Trinkwasser zur Verfügung stand, noch sonstige lebensnotwendige Voraussetzungen erfüllt waren. Alle für ein Überleben unentbehrlichen Hilfsgüter müssen per Schiff vom Festland herangebracht werden. An eine Selbstversorgung, und sei sie auch noch so gering, ist nicht zu denken. Die Unterbringung der Flüchtlinge erfolgt in Pfahlbauten, da die Insel zum großen Teil durch Brackwasser verseucht ist. (B. 2)

Die Hütten aus Wellblech, Holz, Reisäcken und Zeltplanen entsprechen in keiner Weise den dort herrschenden Umweltbedingungen. Das Überleben wird eigentlich nur durch internationale Hilfe gewährleistet, wie beispielsweise durch das genormte tägliche EP-paket. Eine andere Beschäftigungsmöglichkeit als die ständig erforderlichen Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an den baufälligen Behausungen besteht für diese recht- und mittellosen Menschen nicht. Das Gesetz auf dieser Insel repräsentiert der malayische Regierungsvertreter, der vor allem Aggressionsausbrüche ahndet, die durch ein so enges Zusammenleben kaum zu vermeiden sind.

Südlich von Singapur liegt eine zum indonesischen Territorium gehörende weitere Flüchtlingsinsel mit dem



Namen Pulau Galang. Mit einer Größe von ca. 24 Quadratkilometern wäre sie erheblich besser geeignet, zur Lösung des Flüchtlingsproblems beizutragen. Die besonders schwer in die westlichen Industriegesellschaften zu integrierenden Fischer und Bauern könnten in vertrauter Umgebung und gewohntem Klima leben, vorausgesetzt, ihnen würde die Möglichkeit gegeben, sich dort längerfristig einzurichten. Dieses Privileg ist jedoch allein regulären Umsiedlern der total überbevölkerten Insel Java vorbehalten; den Vietnamflüchtlingen dient die Insel nur als zeitlich befristetes Zwischenlager.

Ein weiteres Beispiel für eine kasernierte Unterbringung von Flüchtlingen befindet sich in dem überbevölkerten Stadtstaat Singapur. Die hier lebenden Flüchtlinge stammen ausnahmslos von Schiffen der internationalen Handelsmarine, die diese Boat-People aus Seenot retteten, da die in Singapur direkt anlandenden Flüchtlingsboote rigoros abgewiesen und aufs offene Meer zurückgedrängt werden. (12) Die Unterbringung in dieser reichen und auch teuren Stadt erfolgt in ehemaligen Militärlagern. Da diese geschlossenen Unterkünfte, die die Stadt dem UNHCR vermietet, nicht für alle ausreichen - 1982 lebten hier auf engstem Raum 5.500 Flüchtlinge - müssen die übrigen in Behausungen aus Zeltplanen oder Wellblechdächern im Freien leben. (Bild 3)

Das im kambodschanisch - thailändischen Grenzgebiet gelegene Lager Sakaeo, an der Hauptverbindungsstraße von Bangkok nach Phnom Penh, ist weniger ein Flüchtlingslager als eine Flüchtlingsdeponie. 3.500 physisch und psychisch erschöpfte kambodschanische Flüchtlinge werden hier auf wenigen hundert Quadratmetern wie Vieh in einem Stacheldrahtverhau zusammengehalten. Die Menschen leben unter zerschlossenen Plastikbahnen, richtige Zelte sind nicht vorhanden. Mangel an Ernährung, Gesundheit und Hygiene, sowie eine ungesicherte Basisversorgung in diesem immer wieder umkämpften Gebiet kennzeichnen die Lage. Wer durch den doppelten Stacheldrahtzaun den gefängnisähnlichen Zuständen zu entkommen versucht, wird von thailändischem Militär mit Waffengewalt zurückgedrängt oder erschossen. Unter diesen Verhältnissen sind die Flüchtlinge einer wahrhaft trostlosen Zukunft ausgeliefert. Sakaeo steht als Leidensplatz stellvertretend auch für die anderen Lager dieser Region. (Bild 4)

Naher Osten:
Auf keinen Fall unerwähnt bleiben sollte im Zusammenhang mit der Beschreibung von Ghetto-Lagern die Situation der Palästina-Flüchtlige. Die Zahl der von der UNRWA 1982 registrierten Flüchtlinge betrug knapp 2 Millionen, von denen die Mehrzahl auch nach 35 Jahren noch in Lagern lebt, nicht zuletzt aufgrund der Befürchtung, bei einer dauerhaften Siedlungsform ihren Rückführungsanspruch zu verlieren. Der politische Anspruch dieser Flüchtlinge - kanalisiert durch die PLO - ist, als Volk im eigenen Nationalstaat zu leben. Die Lager in Jordanien und Syrien sind straff organisiert und stehen unter strenger Kontrolle der Behörden. Im Libanon sind die Lager teilweise wild gewachsen, d.h., in der Regel durch Besetzung von ungenutztem Land. In Selbsthilfe organisiert stellen sie Kleinst-Stadtstaaten innerhalb des Libanon dar. Die besonders wegen der optimalen Flächennutzung häufig zu findende schematische Blockanordnung wird am Beispiel des Grundrisses des nördlich von Jerusalem gelegenen Lagers Shufat deutlich. Jeweils zwei Wohneinheiten bilden einen Block.

Alle für die Existenz des Lagers notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen sind siedlungsintern vorhanden. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Verselbständigung, d.h., die Entwicklung eines Lagers geht in Richtung einer in sich funktionsfähigen, nach außen hin isolierten Siedlung. Neben der reinen Wohnfunktion übernehmen die Lager neue wirtschaftliche, soziale und kulturelle Funktionen. Diese Entwicklung

Oben links : Bild 2 Foto : UNHCR
Oben rechts: Bild 3 Foto : DER SPIEGEL
Unten: Bild 4 Foto : Gérard Klijn

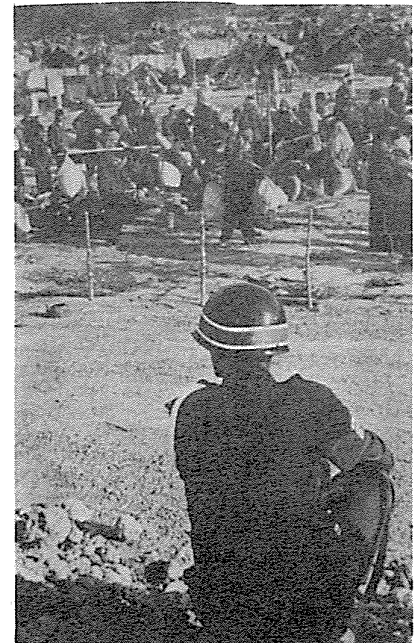
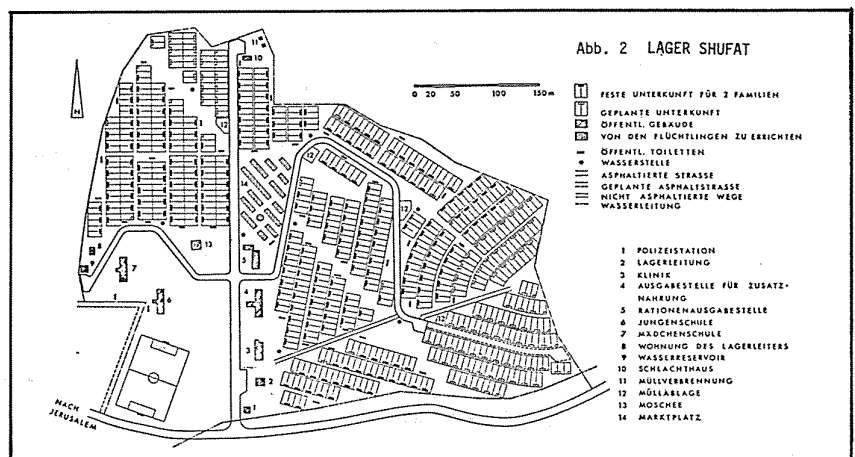


Abb. 2
Quelle: BOPST, W.-D., Strukturwandlungen in den Flüchtlingslagern des Vorderen Orients, in: Geographische Rundschau, 4/68, S. 129



wird in erster Linie durch zunehmende wirtschaftliche Aktivität der Flüchtlinge selbst ausgelöst, wie der Gründung von Genossenschaften zum Beispiel. Obwohl diese Lager über Einrichtungen verfügen, die normalerweise nur in wenigen Orten eines Gebietes vorhanden sind, üben sie dennoch keine zentrale Funktion für die Umlandbewohner aus, da diese ausschließlich den Lagerbewohnern vorbehalten sind. Die räumliche Isolierung kommt letztlich in der scharfen Abgrenzung, häufig durch einen Zaun oder eine Mauer zwischen Lager und Umland, zum Ausdruck.

In Anbetracht des menschlichen Elends in den genannten Siedlungen können solche Lebensformen in keiner Weise, ja nicht einmal als temporäre Maßnahmen akzeptiert werden. Eine politische oder gesellschaftliche Festbeschreibung dieser Lebensbedingungen muß auf jeden Fall vermieden werden.

INTEGRATION DER FLÜCHTLINGE - FLÜCHTLINGSDÖRFER

Daß es auch positive Beispiele gibt, zeigt das Bemühen einiger Asylländer, Flüchtlinge im Rahmen ihrer Möglichkeiten in ihr Staatsgefüge zu integrieren. An dieser Stelle beginnen die vielfältigen Einflußfaktoren zu wirken, die für eine erfolgreiche Eingliederung bestimmend sind, und in jedem Stadium der Hilfeleistungen berücksichtigt werden sollten. Hier ergibt sich auch für den Planer die Möglichkeit, helfend einzugreifen. Pakistan beispielsweise hat schätzungsweise 3 Millionen afghanische Flüchtlinge aufgenommen; die Zahl der registrierten und vom UNHCR betreuten Menschen wird allein schon mit 2,3 Millionen angegeben. (13) Das ist die höchste Zahl, die jemals in einem einzigen Land verzeichnet worden ist. Wechselseitige Vorstöße der sowjetischen Armee oder der Mujahidin, sowie ständig drohende Hungersnöte haben immer mehr Afghanen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die meisten der Flüchtlinge leben in einem der insgesamt 370 Flüchtlingsdörfer, die sich über die beiden Grenzprovinzen Beluchistan und N.W.F.P. (Nordwestliche Grenzprovinz) verteilen. Die Phase der unmittelbaren Notsituation scheint für diese Menschen vorbei zu sein, wozu in erster Linie das solidarische Verhalten pakistanischer Bevölkerungsgruppen beigetragen hat, die mehrheitlich der gleichen Ethnie angehören wie die Flüchtlinge.

Im Verlaufe des langen Aufenthalts - 1978 flohen die ersten Afghanen - konnten die Flüchtlinge eingegliedert werden, nicht zuletzt, weil sie sich ohne Beschränkungen oder Behinderungen seitens der pakistanischen Behörden frei bewegen konnten. Wie jede andere Flüchtlingsgruppe, streben auch sie nach der ersten Unruhephase sowie nach Deckung der Grundbedürfnisse ein normales Weiterleben an, zu dem Schul- und Berufsausbildung, berufliche Betätigung, in einigen Bereichen Selbstversorgung und die Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen gehören. Auch die internationale Hilfe hat ihren Schwerpunkt schrittweise von der Direkthilfe auf Ausbildung und Schaffung von Arbeitsplätzen verlegt, mit dem Ziel, Abhängigkeiten abzubauen. Daß man schon von einer Integration bzw. der Bereitschaft der Flüchtlinge, sich auf die Perspektive eines längeren Aufenthaltes im Exil einzustellen, sprechen kann, zeigt das Beispiel der Abgrenzung des privaten Lebensraumes durch Mauern aus Lehm oder Holzhürden. Innerhalb dieser Eingrenzungen entstehen dann, je nach den individuellen finanziellen Möglichkeiten, traditionelle afghanische Lehmhäuser. (B.5,6)

In diesem Zusammenhang ergab eine Untersuchung, die kürzlich in der Stadt Loralai in Beluchistan durchgeführt wurde, daß von den insgesamt 265 Geschäften der Stadt bereits 82 Afghanen gehören. (14) Es wird angenommen, daß gegenwärtig schon in jeder Familie wenigstens eine Person eine formelle Arbeit gefunden hat, bzw. sich hat selbständig machen können.

In ähnlicher Weise hatte sich auch bis vor der letzten Massenflucht der Sudan gegenüber Flüchtlingen aus Eritrea verhalten. Ende 1982 lebten nach Angaben der UNHCR-Statistik mehr als 440.000 äthiopische Flüchtlinge in seinen östlichen Landesteilen. (15) Derzeit beläuft sich die Zahl der vor der marxistisch-leninistischen Staatsphilosophie in Addis Abeba geflohenen, will man den Pressemeldungen glauben, auf 1 Million. Obwohl der Sudan selbst eines der ärmsten Länder der Erde ist, wurden die Flüchtlinge dort bisher nicht als Eindringlinge in geschlossenen Sammelagern konzentriert. Vielmehr bemühte man sich um eine weitgehende Integration. Die Regierung in Khartoum versuchte, die Flüchtlinge in neuen ländlichen Siedlungen oder in bereits bestehenden Dörfern unterzubringen.

Es leuchtet ein, daß - soweit man von einer weitgehenden Eigenversorgung ausgeht - die Probleme in ländlichen Regionen weniger gravierend sind als in städtischen Gebieten (Hongkong, Singapur). Dort kann einfacher zentralisiert und geplant werden und es ergeben sich keine so direkten Konkurrenzsituationen - ein sensibles Vorgehen der Behörden und der beteiligten Hilfsorganisationen vorausgesetzt. So stehen im Sudan, vor allem um den Eindruck einer Bevorzugung der Flüchtlinge zu vermeiden, auch der ortsansässigen Bevölkerung alle Einrichtungen zur Verfügung, die eigentlich nur der Flüchtlinge wegen installiert wurden. Knapp ein Viertel der Eritreer lebte 1982 in 23 Flüchtlingsdörfern, die in der Absicht auf eine möglichst kurzfristige Selbstversorgung entstanden. (Bild 7)

Die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Flüchtlinge stützt sich auf zwei unterschiedliche Einkommensmöglichkeiten. Zum einen können sie auf staatlichen oder privaten Farmen als Landarbeiter ihren Lebensunterhalt bestreiten. Im Rahmen der zweiten Möglichkeit erhält jede Familie ein Stück Land einer bestimmten Größe, das sie allein in Eigenverantwortung bewirtschaften kann. (16) Mit der finanziellen Unterstützung durch den UNHCR soll weiterhin schwerpunktmäßig die Errichtung neuer sog. Mustersiedlungen und der Aufbau ökonomischer und sozialer Infrastruktureinrichtungen gewährleistet werden. In der ländlichen Region um Qala en Nahal, südlich der Stadt Gedaref, leben schon 20.000 Flüchtlinge über 6 Dörfer verteilt in solchen Mustersiedlungen. Alle Familien verfügen über Land für den Eigenanbau in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnungen und - dies ist aufgrund der klimatischen Bedingungen besonders wichtig - über ausreichend Wasser, das mittels einer neuen Kanalisation vom nahegelegenen Fluß zugeleitet wird. Um auch während der Trockenperiode Wasser zur Verfügung zu haben wurden Tanks installiert, in denen Flußwasser gespeichert wird. (17) Mit dem Ziel, den größten Teil der Flüchtlinge im Lauf der nächsten Jahre fest anzusiedeln, sollen noch 30 neue Agrarzonen mit entsprechender Infrastruktur, Ausbildungs- und Erziehungsprojekten und Zentren für diverse agrarwirtschaftliche Produktionsstätten entstehen.

Vergleichbar dieser Vorgehensweise ist nach neuesten Informationen die ländliche Integration von 1.500 Sal-



Bild 5 Foto: UNHCR



Bild 6 Foto: UNHCR



Bild 7

Foto: UNHCR

vadorianern in Nicaragua. Dort wurde mit einem System landwirtschaftlicher Genossenschaften, die zu 50% aus Flüchtlingen und zu 50% aus einheimischer Bevölkerung bestehen und nach basisdemokratischen Strukturen aufgebaut sind, die soziale Integration vorangetrieben. Zwei der sechs Genossenschaften sind bereits jetzt Selbstversorger, die auch schon einen ersten Gewinn verzeichnen konnten. (18)

INTEGRATIVE SIEDLUNGSMASSNAHMEN

Die Bedeutung von integrativen Siedlungsmaßnahmen als fester Bestandteil der Flüchtlingshilfe zur dauerhaften Problemlösung wird nicht nur vom UNHCR, sondern auch von allen anderen mit dieser Thematik vertrauten Organisationen und Institutionen aufgrund bereits gelungener Projekte positiv bewertet. Die Siedlungsmaßnahmen beinhalten jedoch ausnahmslos eine starke regionalpolitische Komponente und können deshalb nur in enger Kooperation mit der Regierung des Aufnahmelandes, der direkt betroffenen Regionalverwaltung, sowie den verschiedenen internationalen Hilfsorganisationen erfolgen.

Der Flüchtlingsbevölkerung sollten schon so früh wie möglich Selbstbeschäftigungsmöglichkeiten und Gemeinschaftsarbeit in genossenschaftlichen Projekten ermöglicht werden. Diese Selbsthilfe- und Produktionsorientierung sollte bereits bei der Erstellung der Behausungen beginnen und in einer späteren Phase auf Versorgungsbetriebe, Landwirtschaft, Gemeinschaftseinrichtungen usw. ausgedehnt werden. Erzeugnisse aus Reparatur- und Produktionswerkstätten dienen sowohl der Selbstversorgung als auch dem Handel mit dem Umland, durch den die sozio-kulturelle Interaktion zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen gefördert werden kann. Diese Maßnahmen tragen wesentlich zur Verhinderung der sog. Lagermentalität bei, die sich bei reinen Hilfeempfängern nach relativ kurzer Verweildauer einstellt. Die aktive Beteiligung der Betroffenen, sowohl an der sozialen Organisation, als auch an den administrativen Aufgaben der Gemeinschaft ist als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration im Rahmen einer Siedlungsmaßnahme anzusehen. Vom UNHCR geplante Siedlungsprojekte sind daher idealtypisch auf folgende Ziele ausgerichtet:

Die Siedlungsvorhaben sollten langfristig lebensfähig sein, d.h. mindestens Selbstversorgungsgrad erreichen, sich in das Umfeld des Aufnahmelandes mit seiner Wirtschafts- und Sozialstruktur einfügen und auf keinen Fall zu ethnischen Isolationsräumen werden. (19)

Es ist völlig klar, daß Flüchtlings-siedlungen, die räumlich nicht isoliert sind, die über ausreichende Infrastruktur verfügen und darüberhinaus Funktionen für das Umland übernehmen, die wenigsten Probleme bei der Integration im Aufnahmeland haben. Die beschriebenen positiven Beispiele - leider noch die Ausnahme - zeigen, daß dies möglich ist.

ANMERKUNGEN:

- (1) UNHCR (Hrsg.), Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Fassung laut deutschem Bundesgesetzblatt - Teil II - 1953 - Nr. 19 - S. 559
- (2) vgl. KÜHNHARDT, L., Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem, Wien 1984
- (3) vgl. Der Fischer Weltatmanach 1985, S. 685/686
- (4) In einem Rundfunkinterview mit Poul Hartling (UNHCR) schätzt dieser bereits 1982 unter Einbeziehung neuerer Krisenregionen weltweit 16 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene.
- (5) BÖHM, S., Grenzüberschreitende Flüchtlingsströme. Präventive Behandlung im Rahmen der Vereinten Nationen, in: Vereinte Nationen, hrsg. von Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Koblenz, Heft 2/1982, S. 48-54, hier: S. 48
- (6) Organisation der afrikanischen Einheit, der alle unabhängigen Staaten Afrikas angehören.
- (7) vgl. WALKER, B., Understand the Problem, Before Providing Relief, in: UNDR0 NEWS, hrsg. von Office of the United Nations Disaster Relief Co-ordinator (UNDR0), Genf Mai/Juni 1983, S. 6-8
- (8) vgl. NEWSWEEK, 3.1.1983, S. 38
- (9) vgl. ARMBRUSTER, M., Die Hilfsorganisationen in den honduranischen Flüchtlingslagern, in: Mittelamerika, hrsg. von Koordinationsgruppe für Flüchtlinge in Zentralamerika, Bonn/Münster Dez. 1982
- (10) vgl. UNHCR (Hrsg.), Refugees, Genf, Nr. 10, Okt. 1984, S. 9
- (11) vgl. PÄSCHKE, B., Flüchtlinge aus El Salvador, in: 1.2.3. Welt, hrsg. von "Koordinierungskreis 3. Welt", Stuttgart 1982
- (12) vgl. THAROOR, S., 1983 Remains a Crucial Year for the Refugee Programme in Singapore, in: Refugees Magazine, hrsg. von UNHCR, a.a.O., Nr. 3, Mai 1983
- (13) vgl. UNHCR (Hrsg.), Informationsdienst, a.a.O., Nr. 1/83, S. 7
- (14) vgl. UNHCR (Hrsg.), Flüchtlinge, a.a.O., Ausgabe Sept. 1984, S. 14/15
- (15) vgl. UNHCR (Hrsg.), Informationsdienst, a.a.O., Nr. 1/83, S. 7
- (16) vgl. KONIG, A., ... Flüchtlinge am Horn von Afrika, in: Blätter des iz3w, Nr. 96, Sept. 1981, S. 25-28
- (17) vgl. UNHCR (Hrsg.), UNHCR Special Report: Refugee Integration. A new start, Genf, S. 9
- (18) vgl. UNHCR (Hrsg.), Flüchtlinge, a.a.O., Ausgabe Sept. 1984, S. 12/13
- (19) vgl. UNHCR (Hrsg.), Planning Rural Settlement for Refugees: Some Considerations and Ideas, Genf 1979

AIB

Die Dritte-Welt-Zeitschrift



AIB-Sonderheft 1/1985

10 Jahre befreites Vietnam

Der Versuch die Zukunft zu erobern
 ● Der wirtschaftliche Wiederaufbau ● Der Kampuchea-Konflikt ● Chinas verdeckter Krieg ● Geschichte des Befreiungskampfes ● Lehren aus dem Vietnam-Krieg (28 S., 2 DM)

AIB 4/1985

Schwerpunkt: Was steckt hinter Reagans Kampagne gegen den Terrorismus? ● Washingtons Staatsterrorismus gegen Nicaragua, Afghanistan, Angola, Mozambique u.a. Außerdem: ● Peru ● Türkei ● Südafrika ● Palästina ● Sonderteil zu Vietnam

AIB 3/1985

Schwerpunkt: US-Zentralkommando Südwestasien: Die Schnelle Eingreiftruppe steht bereit für den Einsatz im Nahen und Mittleren Osten
 Außerdem: Libanon: Israels erzwungener Rückzug ● Palästina: Was gefährdet die PLO? ● Pazifik/Philippinen ● Paraguay ● Westsahara ● Brasilien

Einzelheft 2,50 DM, Sonderheft 2 DM, Jahresabonnement 25 DM. 33% Rabatt ab 10 Expl. Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM; Porto 0,60 DM je Heft. Kündigung nur zum Jahresende.

Coupon/Bitte einschicken an:

AIB, Liebigstr. 46, D-3550 Marburg

Ich bestelle:

___ Expl. AIB-Sonderheft 1/1985

___ Expl. AIB 3/1985

___ Expl. AIB 4/1985

ein kostenloses Probeheft

ein Abonnement ab Nr. _____

Name: _____

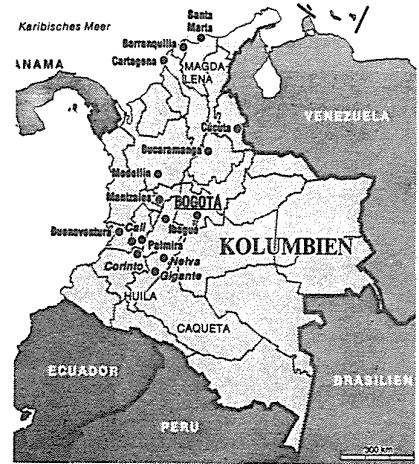
Adresse: _____

Datum/Unterschrift: _____

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.
 Unterschrift: _____ True

KOLUMBIEN: ENKLAVEN DES MITTELSTANDES

**Clemens Dellmann
Helene Peacock**



ÜBERSICHT

In Kolumbien kann eine zunehmende Privatisierung des städtischen Grund und Bodens in Form von geschlossenen Wohnsiedlungen beobachtet werden, zu denen lediglich die Eigentümer und deren Gäste Zutritt haben. Eine bedenkliche Zunahme solcher isolierten Siedlungen auch im Bereich mittlerer Einkommensschichten verschärft die sozial-räumliche Segregation und zersükkelt die Stadt in Segmente sich gegenseitig abkapselnder, homogener Einkommensgruppen.

Wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern beruht der kommerzielle Wohnungsmarkt auf Spekulation. In Kolumbien wird der Wohnungsmarkt zunehmend von privaten Firmen kontrolliert, die sich nach Sättigung des Luxus-Wohnungsmarktes nun nach neuen Absatzmöglichkeiten in der Mittelschicht umsehen.

Der staatlich geförderte Wohnungsbau ist in den letzten zehn Jahren einerseits in Mißkredit geraten, andererseits hat das Kreditwesen - entscheidend für die Kaufkraft der mittleren Einkommensschichten - durch die Gründung von Bausparkassen im Jahre 1972 einen rapiden Aufschwung genommen.

Diese Veränderungen in der Wohnungsmarktsituation haben zu einem kommerziellen Massenwohnungsbau geführt, der sich an den architektonischen Leitbildern der Oberschicht orientiert und durch Massenproduktion versucht, gleiche Gewinnraten zu erzielen.

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der Wohnungsmarkt findet vor dem Hintergrund eines explosiven städtischen Wachstums und einer zunehmenden Verzerrung der Besitzverhältnisse statt. 1970 lag der Verstärterungsgrad bei 50%, 1980 lag er bei 75%. Kolumbiens Bruttosozialprodukt pro Kopf d. Bevölkerung betrug 1982 ca. 1938 US\$ (BRD: 10 659 US \$) (1). Anfang der 80er Jahre besaßen weniger als 1% aller Aktionäre fast 80% der an der Börse in Bogota gehandelten Aktien. (2)

Die politischen Machtverhältnisse zwischen Liberalen und Konservativen haben sich seit 1957 kaum verändert. Man teilt sich die Ministerien in sechs für die liberale Partei, sechs für die Konservativen, und als Garant der Sicherheit erhält die Armee das Verteidigungsministerium. Der Einfluß der Armee in der Politik ist geblieben und so offenkundig, daß Präsident Turbay kurz vor seiner Machtübergabe an Belisario Betancur sagen konnte: "Wer in Kolumbien nicht mit den Militärs regiert, wird nicht lange regieren" (2).

Auf der Ebene der politischen Parteien gibt es so gut wie keine linksorientierte Alternative, oder wie Jaime Bateman Cayon, der Gründer der M-19 Guerrillabewegung, sagte: "Kolumbien ist die einzige Zwei-Parteien-Diktatur der Welt." Gleichzeitig gerät die Wirtschaft unter den Einfluß der Untergrund-Ökonomie (Drogen und Schmuggel), obwohl die Regierung hin und wieder Versuche unternimmt, diese Entwicklung zu kontrollieren. Marihua- na ist eines der bedeutendsten Export-

güter Kolumbiens. Nach offiziellen Schätzungen sind die illegalen Einnahmen so hoch wie 40% aller nationalen Exporte, und dies ohne den Kokainhandel mit einem geschätzten Gegenwert von 3 Billionen US \$ jährlich. (3)

Was sich gegenwärtig an Tendenzen in der kommerziellen Architektur abzeichnet - sozial-räumliche Segregation, Abkapselung der Mittel- und Oberschicht in eingezäunten Wohnsiedlungen - ist nur im Zusammenhang mit den allgemeinen Bedingungen des Wohnungsmarktes zu verstehen.

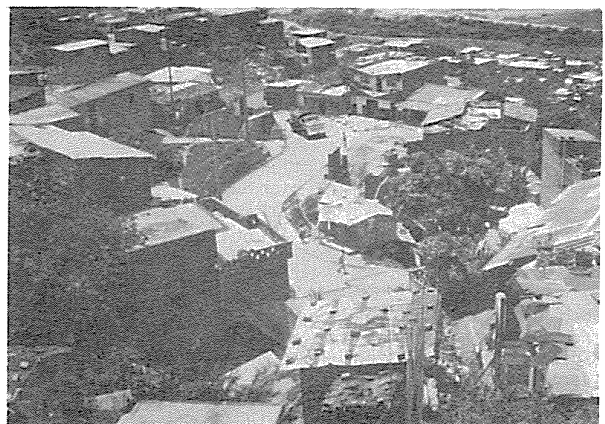
WOHNUNGSMARKT UND ZIELGRUPPEN

Der Wohnungsbau für die oberen Einkommensschichten ist in Händen der privaten Baufirmen; der Wohnungsbau für untere Einkommensschichten ist theoretisch - staatlich organisiert und finanziert. Tatsächlich aber hat sich die staatliche Wohnungsbaugesellschaft I.C.T. (Instituto de Crédito Territorial) wegen finanzieller Schwierigkeiten in den letzten zehn Jahren immer mehr auf mittlere Einkommensgruppen konzentriert (das sind Wohnungen für 1 - 2 Millionen Pesos), während die unteren Einkommensschichten weiter völlig sich selbst überlassen bleiben. (Mindestlohn 1983: 9200 Pesos/Monat). Zudem ist der staatlich finanzierte Wohnungsbau insgesamt im Rückgang begriffen.

Statistiken für Medellín 1982 zeigen, daß die Wohnungsversorgung in keiner Weise die unteren Einkommensgruppen erreicht. 64% aller neuerrichteten



F.1 Apartment Block für obere Einkommensschichten



F.2 Typische informelle Siedlung

Wohnungen kosteten zwischen 2 und 3,5 Millionen Pesos (für mittlere bis obere Einkommensschichten); die übrigen 36% lagen fast ausschließlich im Bereich von 1 bis 2 Millionen Pesos (für mittlere Einkommensschichten) (4).

Untere Einkommensschichten bleiben vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen. Für sie ist Selbstbau wie in vielen anderen Entwicklungsländern der einzige Ausweg. Das bedeutet weiter, daß diejenigen, die in "informellen" Siedlungen wohnen, nicht nur erst ihr Haus bauen müssen, sondern auch für die minimale Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur kämpfen und gleichzeitig um ihre rechtliche Position bangen müssen.

Die klare Trennung zwischen denen innerhalb des formellen Marktes und denen, die davon ausgeschlossen sind, drückt sich nicht nur im Standard der Häuser, sondern auch im Standort aus. Wohlhabende wollen nur in Gegenden wohnen, in denen keine Squatter-Siedlungen vorhanden sind, denn man will sich nur von Leuten mit ordentlichen Häusern umgeben wissen. Private Generalunternehmer wissen, wie verkaufswertschädigend die "falsche" Nachbarschaft sein kann. Bogota z.B. ist in zwei Bereiche geteilt. Im Norden findet man obere Einkommensschichten, die in Appartements und Einfamilienhaus-Wohnsiedlungen leben; der Süden von Bogota besteht fast ausschließlich aus spontanen Selbsthilfe-Siedlungen. Um sich nicht tagtäglich mit den wachsenden sozialen Gegensätzen konfrontiert zu sehen und um sich sicherer zu fühlen, schließt sich die reiche Minderheit immer mehr in "getto"artigen Inseln ab und versucht dort, "ihre" Stadt des Wohlstands aufzubauen.

Die Übersättigung des Wohnungsmarktes für obere Einkommensschichten

Der Bau von Luxus-Wohnungen hat inzwischen den Punkt erreicht, wo das Angebot größer als die Nachfrage, d.h. der Markt gesättigt ist. 1980-82 stagnierte dieser Marktbereich vollkommen (5).

Seit den 70er Jahren gibt es Bemühungen, den frei finanzierten Wohnungsbau zu expandieren. Aufgrund von Empfehlungen der I.L.O. (International Labour-Organisation) wurden die C.A.V.'s (Cooperacion de Ahorro y Vivienda, eine Art Bausparkasse) und das U.P.A.C. System (Unidad de Poder Adquisitivo Constante) gegründet (6), um die Bauwirtschaft durch bessere Organisation des Kreditwesens anzukurbeln. 1970 wurden nur 2,5% des BSP durch den Bausektor geschaffen, während es in anderen Ländern mit ähnlichem Entwicklungsstand wie Kolumbien 4,5% waren. Damit konnte für den Wohnungsbausektor mit Wachstum in der Zukunft gerechnet werden. (7) Hauptnutznießer des UPAC-Systems sind die mittleren Einkommensschichten, die in der Lage sind, einen Teil ihres Einkommens anzusparen.

Die gegenwärtige Wohnungspolitik von B. Betancour hat die Sättigung des Luxus-Wohnungsmarktes erkannt und versucht, die Bauindustrie zur Produktion von Kleinwohnungen anzuregen und gleichzeitig die Finanzierungsmöglichkeiten für mittlere Einkommen zu er-

leichtern (8). Das entspricht genau dem Trend der Baulobby, die seit Ende der 70er Jahre auf der Suche nach neuen Absatzmärkten ist.

Privatisierung des Wohnungsbaus - Monopolbildung in der Bauindustrie

Seit Gründung der CAV's (Bausparkassen) hat sich die Beteiligung des Staates an der Finanzierung des Wohnungsbaus reduziert. Waren es 1970 noch 99,5%, so hat sich 1980 der staatliche Anteil auf 28,4% reduziert (9). Gleichzeitig wird der Bausektor für das Finanzkapital interessant, da auf Grund der weltweiten Rezession Handel und Industrie weniger gute Profite erwarten lassen.

Es ist also kein Zufall, daß der Staat den Wohnungsbau allmählich dem privaten Sektor überläßt. Der staatliche Wohnungsbau ist zudem wegen Fehlplanungen und ineffektiver Wirtschaftsführung in Mißkredit geraten. Unvollendete Wohnungsprogramme, wie das der Ciudad Bachue in Bogota mit fast 2.000 unfertigen Appartements oder das seit 1979 suspendierte Siedlungsprojekt in Popayan, sind Beispiele für die Probleme des I.C.T. In diesem Umfeld expandiert die Bauindustrie mit der Tendenz, daß einige wenige Firmen zunehmend den gesamten Baumarkt kontrollieren. Die Monopolisierung des städtischen Bodens durch Großgrundbesitzer und Finanzkapital lassen kleinen Investoren kaum eine Chance, selbst als Bauträger aufzutreten zu können. In Medellin kommt die Finanzkraft der Drogen-Mafia hinzu, die bedeutenden Einfluß auf den Bausektor hat. 1978 war unter der Präsidentschaft von Turbay die Auflage zurückgenommen worden, daß private Investoren die Herkunft ihres Einkommens aufdecken mußten. Damit konnten auf hervorragende Weise im Wohnungsbau Dollars aus dem Kokaingeschäft investiert (reingewaschen) werden.

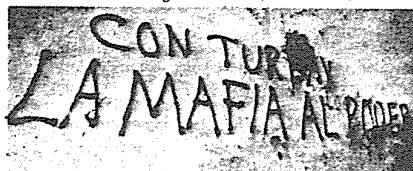


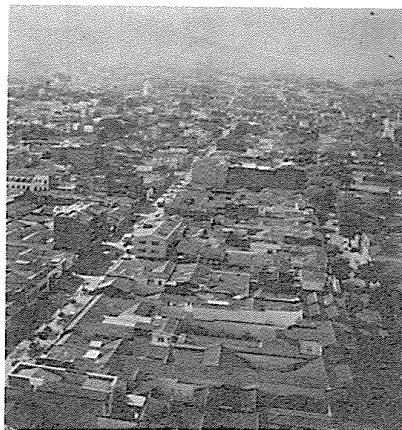
Abb. 1 Mit Turbay die Mafia an die Macht

Bauland

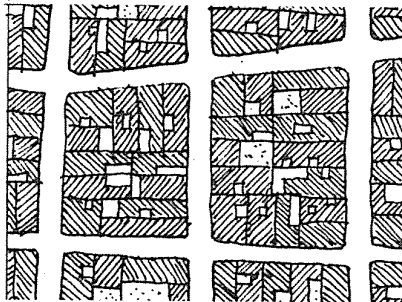
Grund und Boden sind entscheidende Faktoren im Wohnungsbau, da die Art des Landbesitzes die Planung und den Typus der Bebauung beeinflussen. Der Anteil der Grundstückskosten in Prozent an den Gesamtkosten eines Hauses in Kolumbien erreicht bis zu 50% (bei unteren Einkommensschichten) und zwischen 12 und 18% bei oberen und mittleren Einkommensschichten (9).

Selbst in Stadtrandlage sind Grundstücke knapp, teuer und vielfach schwierig zu bebauen, da die noch nicht besiedelten Flächen oft in geologisch und/oder topografisch problematischen Zonen liegen.

Der ICT hat mehrfach versucht, Grundstücke in schwieriger Hanglage zu bebauen und hat sich damit erste Probleme eingehandelt. Ein erschreckendes Beispiel ist die Siedlung "12 de Octubre" in Medellin, wo geologische Probleme zum Zusammensturz mehrerer Häuser geführt haben.



F.3 Medellin, Stadtteil Boston, typische traditionelle Bebauung



In Kolumbien besitzt eine kleine Anzahl von Landbesitzern fast den gesamten städtischen Boden. Es sind reiche Familien, die oft gute Beziehungen zu Eigentümern von Baugesellschaften und lokalen Planungämtern haben. Nur große Firmen könne es sich leisten, teures Land mit ungewissen Bodenqualitäten unter großem Aufwand zu urbanisieren. Das später beschriebene Projekt Milan ist ein Beispiel für diese Art des Siedlungsbaus, den kleine Unternehmer gar nicht erst angehen könnten.

Salmona, ein international bekannter kolumbianischer Architekt, ist sicher nicht der erste, der auf die Verstaatlichung des städtischen Grund und Bodens drängt. "Die Städte begehren Selbstmord, solange Land Spekulationsobjekt bleibt. Die Kritik der gegenwärtigen Architektur soll sich daher an dem Fehlen einer Demokratisierung des Raumes festmachen. Diese Demokratisierung des Grund und Bodens kann nur durch die Verstaatlichung des städtischen Grund und Bodens erreicht werden." (10).

Architektonische Leitbilder

Der gegenwärtige Trend zum privatwirtschaftlich organisierten Massenwohnungsbau erklärt natürlich noch nicht die städtebaulichen Konzepte, er schafft lediglich die Grundlage für deren Umsetzung.

Faktoren, die die architektonischen Leitbilder beeinflussen, gibt es viele; hier sei nur der kulturelle Wandel in Richtung "american way of life" erwähnt, sowie vor allem in Kolumbien die wachsenden sozialen Gegensätze mit der dadurch entstehenden Angst vor Raub und Entführungen. Es ist frappierend, wie klar solche gesellschaftlichen "Randbedingungen" in der Architektur ihre Entsprechung finden.

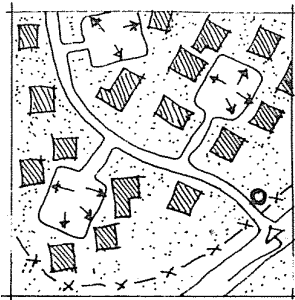


Abb. 3 Erschließungssystem für Einfamilienhäuser

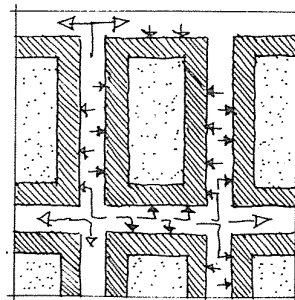


Abb. 4 Klassische Erschließung von Blockbebauungen

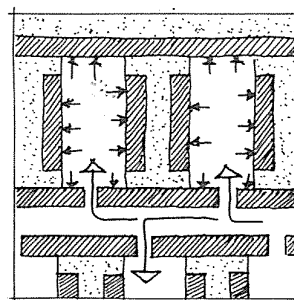


Abb. 5 Erschließungssystem unter dem Sicherheitsaspekt; Beispiel Milan

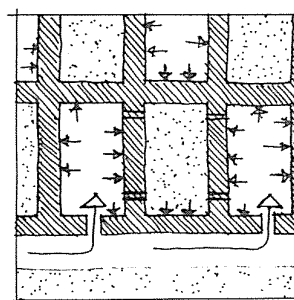


Abb. 6 Erschließungssystem. Beispiel La Mota. Alternierende Park- und Wohnhöfe

Die weiter unten beschriebenen Fallbeispiele stammen alle aus Medellín, der zweitgrößten Stadt Kolumbiens. Wie alle lateinamerikanischen Städte hat auch Medellín einen rasanten städtischen Wandel hinter sich.

Jahr	Einwohner	Stadt/Landbev.
1900	60.000	20%
1950	350.000	40%
1965	850.000	55%
1980	2.000.000	73% (11)

Die Entwicklung zur Großstadt war nicht nur ein quantitativer, sondern auch ein totaler sozio-kultureller Wandel. Die Städte waren ehemals Zentren einer Elite (auch in ihrer ethnischen Herkunft deutlich von der Masse der Landbevölkerung unterschieden), die dort in Kleidung, Lebensstil und Architektur die aus der Kolonialzeit ererbten ökonomischen Privilegien ausleben konnte. Heute beträgt der Anteil der Oberschicht und oberen Mittelschicht an der Gesamt-Stadtbevölkerung nur noch 10-15%. Das explosionsartige Wachstum hat die Städte unübersichtlich gemacht.

Im Vergleich mit anderen Großstädten Kolumbiens nimmt Medellín vielleicht nur insofern eine Sonderstellung ein, weil es als Zentrum der Mafia gilt. Bei mehr als zwei Mordfällen täglich (11) kann durchaus von einer berechtigten Angst in der Bevölkerung gesprochen werden.

Zum besseren Verständnis des Massenwohnungsbaus ist es nötig, die Wohnform der reichen Oberschicht zu betrachten.

Das Foto zeigt einen Stadtteil von Medellín, um 1910 vom gehobenen Mittelstand erbaut (F 3). Das traditionelle koloniale Straßensystem erschließt schmale aber tiefe Grundstücksparzellen, die zu 90% überbaut sind, wenn man die Patios (Höfe) zur bebauten Fläche dazuzählt. (Abb.2)

Diese wohlhabenden Familien ziehen in den 50er Jahren auf die Westseite von Medellín, um in freistehenden Einfamilienhäusern zu leben. Diese Stadterweiterung erfolgt nicht mehr nach dem schachbrettartigen Erschließungssystem, dennoch bleibt das Prinzip der Hausreihung und des direkten Zugangs von der Straße bestehen.

Anfang der 70er Jahre zeigt sich dann ein neuer Trend, der in Medellín aufgrund der Bauandknappheit ausschließlich in Richtung Appartementbesitz geht und in Bogota seinen Ausdruck u.a. in großen eingezäunten Einfamilienhaussiedlungen findet.

Diese neuen Siedlungen werden von privaten Generalunternehmungen geplant und gebaut. Das alte Straßensystem ist unwichtig geworden, der öffentliche Raum ist verschwunden, Straßen und Grünzonen sind privates Gemeinschaftseigentum. (Abb.3) Es zeigt sich zum ersten Mal auf der Ebene von großangelegten Wohnsiedlungen das Konzept der völligen Abkapselung von der "Rest-Stadt". Privatpolizei und von Pförtnern kontrollierte Eingänge versuchen, das Gefühl der Sicherheit wiederzugeben, wozu allgemeine Repression und die offiziellen Polizeikräfte nicht in der Lage sind. Die Freiheiten der Oberschicht entfalten sich hinter dem Grundstückszaun, in einer "gettoartigen" Situation.

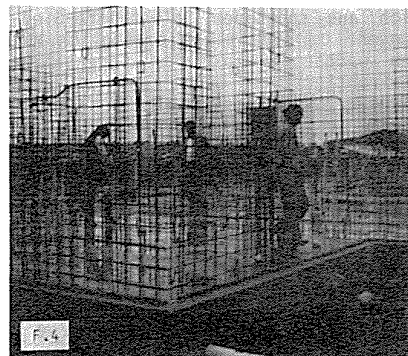
In Medellín ziehen sich die Reichen in Luxusapartements zurück. Grund dafür ist wiederum das Sicherheitsbedürfnis. Die Grundstücke sind eingezäunt und nur mit der ausdrücklichen Genehmigung eines Appartamenteigentümers zu betreten. Außerdem hat sich das Stadtklima in den letzten 15 Jahren derart verschlechtert, daß die letzte bewaldete Hanglage in Medellín zu einer Art Zufluchtsstätte für Wohlhabende wird. Die Innenstadt wird bebaut gemieden und die Lebensversorgung erledigt man in den neu errichteten Einkaufszentren (erstes Zentrum 1978 "San Diego"). Die Altstadt durchquert man im Wagen mit geschlossenen Türen und bei geschlossenem Fenster.

Diese Tendenz gewinnt erst ihre bedrohliche Dimension in der Übertragung solcher Leitbilder auf den kommerziellen Massenwohnungsbau. In den 80er Jahren weist der kommerzielle Wohnungsbau für mittlere Einkommenschichten genau die Merkmale auf, die vorher nur in den Siedlungen der Oberschicht zu finden waren. Das Wohnen im Appartement und die Versorgung über das "shopping-centre" entsprechen dem neuen Lebensstil. Die Innenstadt mit ihrem geschäftigen Gedränge wird den unteren Einkommenschichten überlassen. Sicherheitsbedürfnisse werden zum Statussymbol. Die Abgeschlossenheit von Wohnsiedlungen wird zum zugkräftigen Verkaufsslogan.

BAUTECHNOLOGIE

Sowohl in Bogota, wie in Medellín hat sich die jeweils mächtigste Bauunternehmung entschlossen, Vorfertigungsmethoden für die Errichtung von Großsiedlungen einzuführen. Für das Projekt Milan (s.u.) wurde in den USA ein aufwendiges Schalungssystem aus Aluminium eingekauft, das es ermöglichen soll, pro Tag mit Hilfe von nur 12 Arbeitern ein Appartement zu errichten.

Böden, Wände und Decken, alles wird in Ortbeton gegossen. Nach dem Ausschalen sind die Betonoberflächen so perfekt, daß sie nur noch einen Farb-anstrich benötigen; die Außenwände übrigens mit der Struktur von Mauerwerk. Die Fotos 4, 5 und 6 illustrieren den Ablauf. Zunächst werden Bewehrungsmatten für die Wände aufgerichtet, Rohre für Elektro- und Sanitärinstallation angebracht, Türzargen aufgestellt. Im zweiten Arbeitsgang werden die paßgenauen Schalungstafeln aufgebaut und am Ende des Arbeitstages mit Beton verfüllt. Die Betonwände - auch die Außenwände - und die Decken sind lediglich 10 - 12 cm stark. Raumklimatische und schalltechnische Probleme wird man später kaum mehr in den Griff bekommen.





F.7 Wohnbebauung La Mota



F.8 Wohnhof

chen ist, und zum Teil in Tiefgaragen unter den Gebäuden. Dadurch wird alternierend ein begrünter und ein asphaltierter Hof geschaffen (siehe Schema und F 7 und 8). Alle Erschließungsfunktionen werden nach innen genommen, die Wohnbebauung ist zwar nicht durch eine Mauer oder Garagen eingegrenzt, aber dafür ist die Gebäudeflucht selbst zur Mauer geworden. Die Architektur scheint die Bedrohung von außen wieder spiegeln zu wollen.

"Analog dazu steht die betont massive Wirkung vieler Wohnhausanlagen nach außen hin, ihre starke Isolierung von der Umgebung, während das Innere der Anlagen, nur durch wenige, architektonisch akzentuierte Portale zugänglich, das weitgehend autarke, aufgelockerte Bild einer 'Stadt in der Stadt' bietet." (Zitat zum Karl-Marx-Hof in Wien) (12).

Es handelt sich sicher um nicht vergleichbare geschichtliche Situationen, aber mag in Wien die faschistische Bedrohung Grund für die Festungsarchitektur gewesen sein, so ist in Kolumbien die soziale Ungerechtigkeit zur Bedrohung nicht nur für die Oberschicht, sondern auch für die schmale Schicht des Mittelstandes geworden. Der gesellschaftliche Konflikt hat in beiden Fällen seine architektonische Entsprechung gefunden. "In diesem Zusammenhang sind die geschlossenen Wohnsiedlungen Ausdruck einer sich verbreitenden Neurose der Stadt, die es scheinbar nicht schafft ihre sozialen Probleme ohne Kunstgriffe, Eskapismus oder Schaffung von Gettos zu überwinden." (10)

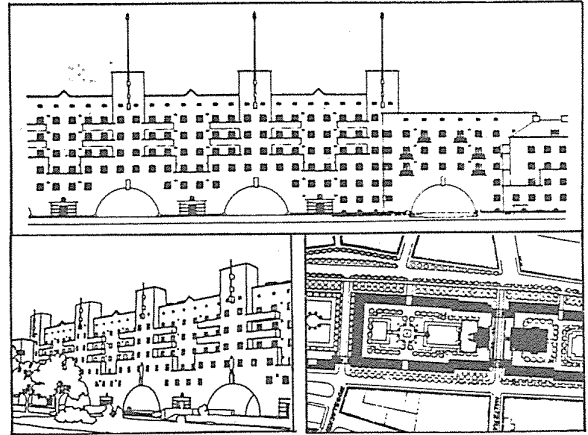


Abb. 11 Karl-Marx-Hof, in Arch+ 67

ANMERKUNGEN:

- (1) "World View" 1984, Pluto Press
- (2) "Die Zeit" Nr.46, 9.Nov. 1984: "Unser Volk muß lernen, den Mund aufzumachen"
- (3) ANIF Colombia (Asociacion Nacional de Instituciones Financieras)
- (4) CENAC 1982 (Centro Nacional de Estudios de la Construccion). In der Preisspanne zwischen 400.000 und einer Million Pesos wurden 11 Häuser produziert.
- (5) "Banco Mercantil Informe Economico" 1981
- (6) Unidad de Poder Adquisitivo Constante (UPAC) = Spareinheit der Bausparkassen; der Wert steigt dynamisch in gleicher Rate wie die jeweilige Inflation; 1 "UPAC" 1983 650 Pesos.
- (7) Berry und Soligo, "Urban Building and Income Distribution in Colombia", Studies in Contemporary International Development Vol.XV No.1
- (8) Weitere Information über die Wohnungspolitik von Betancur siehe: "La Política de Vivienda de Belisario Betancur", Maria Nury Valazquez und "La Autoconstruccion", Jorge Robledo Castillo, DESLINDE 1984
- (9) Nury Valazquez Op.Cit. DNP URDU Februar 1982, "La Edificacion de la Vivienda en Colombia"
- (10) Alvaro Medina: "Por una Arquitectura de Realidad", Interview mit Rogelio Salmons, Bogota 1982
- (11) 1981 Anuario estadístico metropolitano Medellín, 1982
- (12) Kopfinger, Krischanitz, "Wiener Studien", Missing Link 1977

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

die letzten Nummern:

- Nr. 15/16 Weltwirtschaftskrise
- Nr. 17 Agrarentwicklung

das neue Heft:

- Nr. 18/19 Kulturelle Identität und Nationalstaat

in Vorbereitung:

- Nr. 20 Minderheiten
- Nr. 21 Transnationale Konzerne

In jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau
Bezug: Vierteljahreszeitschrift
LN-Vertrieb Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-
Gneisenaustraße 2 Abo Einzelpersonen DM 30,-
D-1000 Berlin 61 Abo Institutionen DM 60,-

SONDERANGEBOT

Wegen zu hoher Lagerkosten bieten wir die Hefte 2 bis 9 als Paket zum halben Preis an. Die begrenzte Stückzahl der Hefte 2, 4, 5/6, 7, 8 und 9 kostet als Paket statt 52,- DM, 26,- DM (incl. Porto)

PERIPHERIE

ECONOMIA Y NEGOCIOS

Presidente de Davivienda

Las medidas sobre Upac acaban vivienda suntuaria

Por Rafael Bando

Señala Banco Mercantil

Saturada vivienda para altos estratos

Correa iba a 'lavar' US\$ 660 millones

Rendía a mediados de 1981

CIUDADELA METROPOLITANA LA SOLUCION DE SU VIVIENDA

VENTAJAS

LA COMODIDAD: Apartamento de 3 y 4 alcobas, amplia cocina salón comedor, baños y parqueadero para todos.

LA SEGURIDAD: Unidad cerrada - Portería vigilada permanentemente.

Colombia tiene récord mundial de secuestros

Der Verderb der Sprache ist der Verderb des Menschen. Seien wir auf der Hut!

D. Sternberger
Aus dem Wörterbuch des Unmenschen

GETTOBILDUNG UND BELEGUNGSPOLITIK

ZUM GEBRAUCH DES GETTOBEGRIFFES IN DER KOMMUNALEN PRAXIS

Margit Bonacker
Andreas Pfadt

0. DER BEGRIFF 'GETTO' IN DER AKTUELLEN DISKUSSION

In bundesdeutschen wissenschaftlichen Publikationen zu Problemen in Stadtteilen und Wohnquartieren wird der Begriff 'Getto' uneinheitlich und zum Teil undefiniert verwendet. Während FRIEDRICHS z.B. darunter die Konzentration einer Bevölkerungsgruppe in nur einem städtischen Teilgebiet versteht, also nur auf den räumlichen Bezug abhebt, meinen z.B. HESS/MECHLER damit die räumliche und soziale Isolierung von Armen (1). Immer häufiger wird der Gettobegriff aber überwiegend in Zusammenhang mit ethnischen Minderheiten angewandt und bezeichnet deren räumliche (und soziale) Segregation in bestimmten Wohnquartieren (2). Die fehlende systematische Auseinandersetzung mit dem Begriff und seinen Bedeutungsinhalten hängt vermutlich nicht auch zuletzt mit seiner historischen Belastung zusammen (Warschauer Getto).

In der kommunalpolitischen und der (Medien -) öffentlichen Diskussion taucht der Begriff meistens in Zusammenhang mit dem sogenannten Ausländerproblem (3) auf oder in der Diskussion um die zunehmenden sozialen Probleme der Neubaugebiete der 70er Jahre (Neubaugettos (4)). Ohne den Begriff eindeutig zu definieren, werden damit Zustände benannt, die als 'unerwünscht' gelten sollen. Im Amtsddeutsch wird in der Regel mit 'Getto' umschrieben die 'Konzentration sozialer Randgruppen' in Stadtteilen mit vernachlässigter oder qualitativ minderwertiger Bausubstanz (5). Dem Leser werden damit Vorstellungen 'baulicher und sozialer Verwahrlosung', 'Armut und Elend', 'Brutstätte von Alkoholisierung und Kriminalität' und hohe Arbeitslosigkeit suggeriert.

Mit der Bezeichnung eines Stadtteils oder Wohnquartiers als Getto ist jedoch nicht nur die soziale Stigmatisierung aller dort Wohnenden verbunden. Als Getto wird ein bestimmter sozialräumlicher Kontext gekennzeichnet, der offensichtlich - und ohne daß es weiterer Erklärungen bedarf - als 'verbesserungswürdig' erscheint. Wenn Kommunalpolitiker oder Vertreter von Behörden und Wohnungsunternehmen wohlwollend oder besorgt glauben, vor 'gettoähnlichen Zuständen' warnen zu müssen, sind damit meistens Vorschläge für 'Maßnahmen' verbunden, die zu ergreifen seien. Getto ist nach diesem Verständnis etwas, das auf jeden Fall beseitigt, bzw. verhindert werden muß - der Begriff ist im derzeitigen Sprachgebrauch eindeutig negativ ausgerichtet.

1. SOZIALE PROBLEME IM SPRACHGEBRAUCH VON BÜROKRATEN - 'AUS DEM WÖRTERBUCH DES UNMENSCHEN' (6)

Will man die Wert- und Zielvorstellungen genauer erfassen, die mit dem Gebrauch des Begriffes 'Getto' verbunden sind, so muß man den Zusammenhang zu den anderen sprachlichen Mitteln herstellen, mit denen in der Kommunalpolitik versucht wird, soziale Probleme in Stadtteilen oder Wohnquartieren zu beschreiben. Dort werden zur Charakterisierung der Probleme in der Regel Begriffe verwendet, die zwar nichts über deren Ursache aussagen, den Charakter der dann zu erfolgenden Maßnahmen jedoch schon erahnen lassen. Da ist z.B. im Zusammenhang mit Ausländern die Rede von 'Konzentrationsgebieten' (7), das Ausländerproblem erfordere "eine Gleichbehandlung wie bei anderen Randgruppen" (8). Da werden Begriffe aus der Geologie entliehen, wie 'Soziale Erosionsprozesse'. Und die 'ungesunden Sozialstrukturen', die sich an städtischen Durchschnittswerten messen lassen müssen, (überdurchschnittlicher Anteil von..) geistern durch fast jede Sanierungsbrochure. Fragt man danach, was denn eigentlich eine 'kranke Sozialstruktur' sei, wird einem bewußt, wie man sich - zumindest sprachlich - annähert an jene 'Krebsgeschwüre am gesunden Volkskörper', die die Nazis meinten 'ausmerzen' zu müssen. Tatsächlich liegt es nahe, sich daran zu erinnern, was die Autoren des 'Wörterbuch des Unmenschen' meinten, als sie schrieben, "...die Sprache verrät ebensoviel wie sie verbirgt". Welche Konsequenzen bestimmte Sprachregelungen auf die konkret vorgeschlagenen Maßnahmen kommunaler Wohnungspolitik haben, soll im folgenden an den Problemen der Neubaugebiete der 70er Jahre deutlich gemacht werden.

2. GETTO - NEIN DANKE. DIE DISKUSSION UM KONZENTRATION ODER VERTEILUNG SOGENANNTER 'PROBLEMFÄLLE'

In Hamburg, wo jede zweite Wohnung der Sozialbindung unterliegt, die je zur Hälfte durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen, zur anderen Hälfte durch städtische Wohnungsämter belegt werden, hat die Entwicklung einiger Siedlungen zu sogenannten 'sozialen Brennpunkten' zu einer Diskussion um eine andere Belegungspolitik geführt. Während noch Architekten und Soziologen angesichts der Zunahme von sozialen Problemen in den gealterten Neubausiedlungen der 70er Jahre erneut überlegen, ob es nicht doch einen en-

gen Zusammenhang zwischen räumlich-baulichen Bedingungen und sozialem Verhalten, zwischen Betonhochhäusern und Kriminalität gäbe, haben Wohnungswirtschaft und Kommunalpolitik als eine wesentliche Ursache dieser Entwicklung ihre eigene Praxis der Wohnungsbelegung erkannt. "Die gegenwärtige Praxis der Belegung von Sozialwohnungen ... fördert die Entwicklung und Verstärkung problematischer Mieterstrukturen und wirkt als entscheidender Motor sozialer Erosionsprozesse" (9).

Neu ist das alles nicht. Schon 1972 hatte das ehemalige Vorstandsmitglied der Neuen Heimat, W. Vormbrock, aufgrund 'leidvoller Erfahrungen' als Ziel einer veränderten Belegungspolitik formuliert, "vor allem keinen Gettocharakter aufkommen zu lassen." Er stellte Überlegungen an, wie bei der Wohnungsvergabe "das Mischungsverhältnis mindestens sein muß, um sozial einen leichten Trend nach oben zu bekommen", z.B. durch "Streuung von Obdachlosen" (10). Jedoch hat die einseitige Belegungspraxis der vergangenen Jahre entgegen allen sozialen Konzepten der sozialen Mischung in Hamburg und andernorts immer nur dazu geführt, daß die ärmsten Haushalte in die schlechtesten Wohnungen eingewiesen worden sind.

Und schon bei der Erstbelegung neuer Wohnsiedlungen (von Mannheim-Vogelsang über Köln-Chorweiler bis nach Hamburg-Steilshoop) sind ganze Obdachlosenlager aufgelöst und die Bewohner mehr oder weniger geschlossen in die neuen Wohngebiete eingewiesen worden (11). Auf diese Weise waren Vorstellungen einer 'gesunden Mieterstruktur durch soziale Mischung' schon von vornherein Ideologie, weil sie in der Belegungspraxis nie ernsthaft verfolgt wurden. Nach welchen Kriterien von 'gesund' hätte man denn auch mischen sollen? Dennoch erleben diese Mischungsvorstellungen in der aktuellen Diskussion um eine neue Belegungspolitik mit dem Konzept der 'Streuung' von Problemfällen eine weitere Variante.

3. GEGEN DIE BILDUNG VON GETTOS - NICHT DIE LÖSUNG DER SOZIALEN PROBLEME, SONDERN 'STREUUNG' DER BETROFFENEN

Fragt man Vertreter der Wohnungswirtschaft, was Problemmieter seien, kommt schnell einiges zusammen: Ausländer, Alte, Behinderte, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, alleinerziehende Eltern, kinderreiche und unvollständige Familien, Alkohol- und Drogenabhängige, Wohngemeinschaften -

und schnell werden ca. 80% der Wohnbevölkerung zu Problemmietern definiert. Als 'normal' gilt offenbar nur die Familie mit den zwei ewig schulpflichtigen Kindern zwischen 6 und 16 Jahren, für die der obligatorische Schularbeitsplatz in dem 8qm-Kinderzimmer vielleicht noch einen Sinn ergibt.

Und während Sozialarbeiter in Wohnungsunternehmen und staatlichen Einrichtungen Strategien erarbeiten, wie man den unterschiedlichen sozialen Problemlagen und ihren unterschiedlichen sozialen Ursachen in den Neubaugebieten gerecht werden kann, werden die Betroffenen durch die kommunale Politik tatsächlich und sprachlich ausgegrenzt, um sie so zum Objekt von 'Verbesserungsmaßnahmen' zu machen. Und hier wird die Ideologie der sozialen Mischung neu aufgegossen: "Ziel der Belegungspolitik muß es sein, eine ausgewogene (Hervorhbg. d. Verf.) Mieterstruktur zu erhalten. Deshalb sollte einer Konzentration von sogenannten Problemmietern in bestimmten Wohnanlagen oder Ortsteilen entgegengewirkt werden. Dabei lassen sich aber keine festen Quoten über den Anteil von Problemmietern pro Gebäude festlegen" (12).

Natürlich ist dann bei den vorgeschlagenen Maßnahmen von 'Entballung' die Rede, von 'Stabilisierung der Mieterstruktur' und einer möglichst breiten 'Streuung von Problemmietern'.

Es soll hier gar nicht dafür plädiert werden, weiterhin die ärmsten Haushalte in den schlechtesten Wohngebieten zu konzentrieren. Denn auch nach den Erfahrungen vor Ort tätiger Sozialarbeiter scheint sich in bestimmten Wohnanlagen, in die ein wachsender Anteil von Bewohnern mit sozialen und ökonomischen Problemen eingewiesen werden, ab einer bestimmten 'Schwelle' eine Art Selbstverstärkereffekt zu entwickeln, der an einer rapiden Zunahme von Zerstörungen an Haus und Wohnung und einer erhöhten Bewohnerfluktuation erkennbar wird, und der auch von kaum einem präziseren Begriff beschrieben werden kann, als daß eine Wohnanlage sozial 'umgekippt' sei. Aber die sozialen Probleme der Bewohner haben ihre Ursachen nicht primär im Wohnbereich. Die eigentlichen Ursachen liegen in der sozialen und ökonomischen Benachteiligung, die sich niederschlägt in Armut, Arbeitslosigkeit, Frühinvalidität und sozialer Isolation. Alkoholprobleme, Agressivität, Vandalismus, Erziehungsprobleme, Mietzahlungsschwierigkeiten und Räumungsklagen sind nur die vielfältigen Symptome der sozialen Lage der Bewohner dieser Wohnanlagen. Diese Ursachen beseitigt man jedoch nicht, indem man die Betroffenen räumlich neu verteilt! Und während noch Kritiker die Anonymität in den Neubauvierteln beklagen, schreiben andere der Nachbarschaft verschiedener 'Problemmieter' eine ursächliche Wirkung zu "nach dem Motto 'schlechte Beispiele verderben die Sitten'" (13), die man glaubt, wirksam durch eine Sozialtechnik der Streuung beseitigen zu können. Anstatt alle Anstrengungen zu unternehmen, die Ursachen der sozialen Probleme zumindest so weit anzugehen, wie sie im Bereich des Wohnens überhaupt angegangen werden können, wie z.B. durch Senkung der Mieten, Erhöhung von Wohngeld und Sozialhilfe und der Verbesserung von sozialer Betreuung

und sozialer Einrichtungen, wird auf politischer Ebene zunehmend der wesentliche Beitrag in der räumlichen Umverteilung (sprich Verdrängung) der sogenannten Problemmieter gesehen (14).

Dabei macht die sprachliche 'Einschaltung' der verschiedenen sozialen Ursachen und Bedingungen der betroffenen Bewohner durch Begriffe wie 'Problemmieter', 'gettoähnliche Zustände' etc. die Anwendung einer solchen patentrezeptartigen Streuungsstrategie erst möglich. Unausgesprochen begründet sie sich auf der Assoziationskette 'Häufung von Problemmietern - unausgewogene Mieterstruktur - homogene Sozialstruktur', die das Gegenteil der erwünschten sozialen Mischung sei.

Geht man jedoch gedanklich dem Verdacht nach, daß Problemmieter diejenigen sind, die erhöhte Kosten für die Wohnungsgesellschaften verursachen, wird auch der ökonomische Hintergrund der Streuungsideoologie deutlicher: es geht nicht darum, die sozialen Probleme der Betroffenen wirklich zu lösen, sondern das Kostenrisiko der von ihnen erzeugten Mietausfälle, des Betreuungsaufwandes und der erhöhten Instandsetzungskosten auf möglichst viele Wohnanlagen und damit auf möglichst viele Wohnungsgesellschaften zu verteilen. Eine Konzentration sogenannter Problemfälle ist jedoch mit einer Homogenität der Sozialstruktur nicht gleichzusetzen. Die Erziehungsprobleme oder Mietzahlungsschwierigkeiten einer von Arbeitslosigkeit betroffenen kinderreichen Familie haben mit den Nachbarschafts- und Eingewöhnungsproblemen einer türkischen Gastarbeiterfamilie wenig gemein, und die Aussichten, daß sich die Schwierigkeiten beider durch eine räumliche Umsetzung lösen, scheinen eher gering.

Diese Denk- und Sprachmuster und ihre politischen Konsequenzen, die bei der 'Behandlung' (15) sozialer Probleme in Neubaugebieten vorzufinden sind, haben eine auffällige Parallele in der Diskussion um die 'Integration von Ausländern'.

4. DIE ENTSTEHUNG VON "AUSLÄNDERGETTOS"

Derzeit leben etwa viereinhalb Millionen Ausländer in der Bundesrepublik, über die Hälfte davon wohnt in Großstädten. Wenn wir an dieser Stelle von "den Ausländern" sprechen, dann meinen wir nicht die rund 1,5 Mio. US-Bürger, Japaner und sonstigen mehr oder weniger privilegierten Ausländer, sondern wir meinen diejenigen, die, einst als billige Arbeitskräfte ins Land geholt, auch nach 10, 20, manchmal sogar 30 Jahren immer noch die gefährlichsten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten verrichten, die über so gut wie keine politischen Rechte verfügen und seit einiger Zeit mehr denn je fürchten müssen, in ihre Heimatländer abgeschoben zu werden: die "Gastarbeiter" oder, wie sie seit den 70er Jahren im Amtsdeutsch bezeichnet werden, die "ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien". Sie sind seit Beginn der Anwerbungen (1955 erfolgte der erste Anwerbevertrag mit Italien) immer über ihren Arbeiter- und "Gast"-Status definiert worden, sie waren und sind "Bürger zweiter Klasse" (16).

Das betrifft - neben ihrem rechtlichen Status - vor allem auch ihre Wohnsituation. Die ersten Gastarbeiter wohnten überwiegend in Heimen oder Massenunterkünften, die häufig von den anwerbenden Firmen selbst gestellt wurden. Diese, in vielen Fällen primitiv ausgestattet, oftmals hoffnungslos überbelegten Unterkünfte wurden, auch von den Betroffenen selbst, in der Regel als Übergangsstadium für ein oder zwei, höchstens drei Jahre gesehen. Dies entsprach auch durchaus dem sogenannten, damals offiziell verfolgten 'Rotationsprinzip', nach dem die angeworbenen Arbeitskräfte beliebig austauschbar waren (17).

Der Anwerbestopp vom November 1973 für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten sollte die Zahl der ausländischen Arbeiter eingrenzen, er war der Beginn einer zunehmenden Verschärfung des Ausländerrechts. Da es für die Ausländer nun nicht mehr möglich war, beliebig zwischen der Bundesrepublik und ihren Heimatländern hin- und herzuwandern, ohne ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu verlieren (17), hielten sie ihre Familien nach, was in diesem Ausmaß nicht von der Administration vorhergesehen war. Die wachsende Zahl ausländischer Familien benötigte entsprechenden Wohnraum, den sie, teils mangels anderer Alternativen, teils froh über die relativ billigen Mieten, vor allem in den innenstadtnahen Sanierungsgebieten oder aber in der Nähe von Industrie- und Gewerbegebieten fanden. Die Wohnverhältnisse in diesen Quartieren waren durchweg miserabel: vernachlässigte und zum Teil verfallene Bausubstanz, Wohnungen ohne jede sanitäre Mindestausstattung, Zug und Kälte durch kaputte Fenster und unzureichende Heizungsanlagen waren (und sind oftmals noch heute) die Regel (18). Deutsche Mieter, die es sich leisten konnten, hatten sich mit solchen Wohnverhältnissen nicht mehr abgefunden und waren in bessere Quartiere gezogen. Zurück blieben die Alten und die Armen. In die leerstehenden Wohnungen aber zogen Ausländer, und die Hausbesitzer waren froh, Mieter zu haben, die sich über kaputte Fenster, faulende Bodendielen, undichte Öfen nicht beschwerten und die sie, in Erwartung besserer Renditen, bei Sanierungen und Modernisierungen leicht wieder loswerden konnten.

5. DURCH "ENTBALLUNG"...

Die katastrophalen Wohnverhältnisse der Ausländer wurden zunächst von Kommunalpolitikern und Beamten ignoriert. Erst als immer mehr Deutsche diese Quartiere verließen und immer mehr ausländische Familien entweder angesichts ihrer geringen Chancen auf dem Wohnungsmarkt gezwungenermaßen oder freiwillig nach dem 'Schneeballprinzip' in die nunmehr leerstehenden Wohnungen einzogen, war plötzlich von "Ballungen" die Rede, von "Konzentrationen", die es abzubauen galt, und schließlich auch von "Gettos" oder zumindest "gettoähnlichen Zuständen" (19). In den Behörden wurden Ausländer-"Anteile" an der Wohnbevölkerung penibelst berechnet, "Schwellenwerte" wurden festgesetzt, bei deren Überschreitung unverzüglich Maßnahmen zur "Entballung des Ausländerbesatzes" getroffen werden sollten (20). "Der Verderb der Sprache ist

der Verderb des Menschen!"

Im Zuge dieser Diskussion wurde beispielsweise bereits 1975 in West-Berlin ein Zuzugsverbot für Ausländer in den Bezirken Wedding, Tiergarten und Kreuzberg angeordnet. In Hamburg verfügte man für einen Stadtteil mit einem als zu hoch erachteten Ausländeranteil eine Vergabesperre für Sozialwohnungen an Ausländer.

Die Apologeten dieser und ähnlicher (im übrigen weitgehend wirkungslosen) Maßnahmen erhielten ideologische Unterstützung von Seiten der Segregationsforschung. Auch dort war das "Problem ethnischer Minderheiten" zunehmend in den Vordergrund des Interesses gerückt. Ausländer bzw. "Gastarbeiter" wurden mit anderen sogenannten Randgruppen gleichgesetzt, etwa den Obdachlosen, deren räumliche Konzentration in bestimmten Stadtteilen ebenfalls als bedrohlich angesehen wurde (21). "Was die Entballung schon vorhandener Ausländerkonzentrationen betrifft, gibt es nur sehr geringe Möglichkeiten. Eine läge darin, daß die städtische Verwaltung stärker darauf achtet, daß die Sanierungsträger ... Wohnungen für die betroffenen Bewohner (gemeint sind Ausländer, d.-Verf.) auch in anderen Stadtteilen zur Verfügung stellen. ... Allerdings werden bei einer solchermaßen durchgeführten Umsetzung auch Widerstände seitens der Ausländer überwunden werden müssen, da sich bei vielen durchaus ein Stadtteilbewußtsein entwickelt hat, das aber auf spezifischen Randgruppenkriterien beruht (??? d.Verf.) und daher keineswegs als positiv einzu-stufen ist" (Hervorhbg.d.Verf.) (22).

Im übrigen knüpfte die Segregationsforschung mit der Untersuchung der Auswirkungen und Bedingtheiten ethnisch bedingter Wohnquartiere weitgehend unausgesprochen an die Diskussion um das Für und Wider sozialer Homogenität bzw. Heterogenität in Wohngebieten an, die - fruchtlos geblieben - unter Planern und Soziologen bereits in den 60er und frühen 70er Jahren geführt wurde (23).

6. ...ZU "INTEGRATION"?

Als Begründung für planerische Maßnahmen zur Auflösung von "Gettos" durch die räumliche Verteilung der ausländischen Bewohner wird in der Regel der - auch auf andere sogenannte Randgruppen angewandte - je nach politisch-normativer Einstellung beliebig einsetzbare Begriff der "Integration" angeführt. In Behördenpapieren heißt es dazu, die Integration der Ausländer könne gefördert werden, indem ihre Wohnstandorte weitestgehend über das gesamte Stadtgebiet verstreut würden. "Starke Konzentrationen" von Ausländern in einzelnen Stadtteilen führe zu Konflikten, die die "Integration" behindern können. Und schließlich könne die deutsche Bevölkerung eines Wohnquartiers "ab einem gewissen Schwellenwert sich ihr Alltagsleben nicht mehr so einrichten, wie es gesellschaftlich anerkannten Normen entspricht" (24). Abgesehen davon, daß hier von einer nicht vorhandenen Harmonie eines gesamtgesellschaftlich gültigen Normensystems ausgegangen wird, läßt sich an derartigen Aussagen verdeutlichen, daß, neben bereits oben erwähnten ökonomischen In-

teressen, von der räumlichen Streuung von Ausländern und anderen 'auffälligen' Bevölkerungsgruppen vor allem konfliktverhütende Wirkungen erwartet werden: "Mit einer Integration aller Bewohner im städtischen Bereich verknüpfen sich nur allzu schnell bürgerliche Harmonievorstellungen und die stille Sehnsucht, soziale Spannungen nur sozialpsychologisch aufzuheben, um Ruhe und Ordnung auch in der unmittelbaren Wohnumwelt zu erhalten oder anzustreben" (25).

Schließlich liegen Aussagen zu "Schwellenwerten" und daran anknüpfenden Maßnahmen auch folgende unthematisierte und höchst fragwürdige Prämissen zugrunde:

ERSTENS: es gäbe einen wissenschaftlich ermittelbaren Wert, ab dem der Anteil von Ausländern an den Bewohnern eines Stadtquartiers (wem?) nicht mehr zuträglich sei und zu 'gettoähnlichen' Zuständen führe. ZWEITENS: das ermittelte 'richtige' Mischungsverhältnis von deutscher und ausländischer Bevölkerung könne durch planerische Maßnahmen herbeigeführt werden (26a).

Ähnlich fragwürdig sind auch die Vorstellungen darüber, was unter der vielbeschworenen Integration zu verstehen sei, die durch die Streuung der Wohnstandorte der Ausländer gefördert werden soll.

Am häufigsten wird die "Anpassung an deutsche Lebensnormen" genannt, denn "gerade die Ausländer aus Anwerbeländern und Italien haben nämlich die größten Sozialisationsdefizite" (26). Da spricht er wieder, der deutsche Herrenmensch, der weiß, was für seine Untertanen gut ist! Diese sollen in



SPEKULATIONSOBJEKT "GETTO" ?

Zum Beispiel:
Das alte Bahnhofsviertel in Hamburg-Wilhelmsburg.

In den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts für Zuwanderer aus Pommern und Sachsen gebaut, konnte das alte Bahnhofsviertel in Hamburgs Arbeiterstadtteil Wilhelmsburg damals durchaus als Mustersiedlung gelten. Im Vergleich zu den sonst üblichen Zuständen waren die Wohnungen großzügig geschnitten, ausreichend belüftet und besonnt, mit einer für die Zeit über dem Durchschnitt liegenden sanitären Ausstattung. In den 60er und 70er Jahren dieses Jahrhunderts aber genügte diese Wohnungen den Ansprüchen nicht mehr: sie waren zu klein, es gab nur Ofenheizung, die Toilette befand sich auf dem Treppengestell. Die deutschen Mieter, die jung genug waren und es sich finanziell leisten konnten, zogen Mitte der 70er Jahre in das neu erbaute, in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene neue Bahnhofsviertel, das ebenfalls

der Deutschen Bundesbahn gehört und von ihrer Wohnungsbaugesellschaft, der Norden, verwaltet wird.

Die Norden war zu jener Zeit froh, die alten, z.T. völlig vernachlässigten Wohnungen an die ausländischen Beschäftigten der Bundesbahn vermieten zu können, waren diese doch anspruchslos, so daß man ruhig die gesetzlich vorgeschriebenen Instandsetzungen "vergessen" konnte.

Die Wohnungsbaugesellschaft, bzw. die Deutsche Bundesbahn, bemüht sich seit Jahren darum, das gesamte Gebiet - insgesamt sechs Wohnblöcke mit etwa 1800 Bewohnern - völlig neu zu bebauen, also die alten Häuser abzureißen. Ogleich die Verwaltung diesem Plan nicht zustimmt, vielmehr sogar betont, sie wolle das Viertel grundsätzlich erhalten, sind Teile des Quartiers bereits mit ihrer Einwilligung abgerissen bzw. stehen zum Abbruch bereit. Die ausländische Bevölkerung, jahrelang in den alten, zugigen und z.T. unzumutbaren Wohnungen nicht nur geduldet, sondern als Übergangsmieter sogar gern gesehen, soll nun nicht mehr in dem Gebiet bleiben können, da

achtzig Prozent Ausländer zuviel seien. Da wird plötzlich auf öffentlichen Veranstaltungen von "Getto" geredet, ein neu gebauter Block mit achtzig Wohnungen wird nur an Deutsche vermietet.

Auf einer nur durch Druck einer örtlichen Initiative zustande gekommenen öffentlichen Veranstaltung wurde deutlich, daß die ausländischen Mieter im Quartier bleiben wollen, daß es ihnen, die z.T. massiv von Arbeitslosigkeit bedroht sind, in erster Linie um den Erhalt des günstigen Wohnraums geht, aber auch darum, endlich die vorhandenen Wohnungsmängel wie morsche Fenster, feuchte Wände, defekte Öfen beseitigen zu lassen. Bevor überhaupt Gutachten zur Überprüfung der Bausubstanz in einem der Blöcke in Auftrag gegeben wurden, erhielten die ausländischen Mieter bereits Mitteilungen über den bevorstehenden Abriß der Häuser. Nach neuesten Gerüchten sollen die Häuser nunmehr an einen privaten Investor verkauft werden. Die Zukunft des Quartiers und seiner ausländischen Bewohner bleibt ungewiß.

der Nachbarschaft zu Deutschen die deutsche EBKultur übernehmen, türkische Frauen sollen endlich lernen, daß frau in Deutschland kein Kopftuch (mehr!) trägt, ausländische Kinder sollen wie ihre deutschen Altersgenossen pünktlich zur 'Tagesschau' im Bett liegen. Mit dieser Sprache werden Betroffene zu Objekten von Planern und Bürokraten, die über Defizite und Interessen der Ausländer befinden (27).

Der Soziologe H.P. Bahrtdt, dem sicherlich niemand einen klassenkämpferischen Standpunkt vorwerfen würde, sagte angesichts der Diskussion um die Zusammensetzung der Bevölkerung in Wohnquartieren: "An den noch immer vorhandenen Klassenunterschieden ändert sich nicht viel, wenn der Fabrikdirektor mit einem Arbeiter über den Gartenzaun hinweg über Tulpenzwiebeln und Kaninchenplage ins Gespräch kommt" (28). Übertragen auf das Verhältnis zwischen ausländischen und deutschen Nachbarn: Auch wenn der türkische Arbeiter plötzlich lieber Weihnachten statt des traditionellen Opferfestes feiert, wird seine soziale Benachteiligung weiter bestehen bleiben. Auch wenn der aus Jugoslawien stammende Albanierin von ihrem deutschen Nachbarn jeden Morgen bestenfalls "N'Tag!" hingeworfen wird, lösen sich damit ihre Sprachprobleme nicht und erhöhen sich auch nicht ihre Zugangschancen zu den "aufsteigenden Statuslinien der Gesellschaft" (HOFFMANN-NOVOTNY/HONDRICH 1981).

7. SCHLUSS

Um es noch einmal deutlich zu machen: es geht hier nicht darum, die disparitäre Wohnsituation und räumliche Isolation von Ausländern, Armen und sonstigen sozial oder ökonomisch Benachteiligten zu beschönigen oder gar als 'heimelig' zu verklären.

Vielmehr sollte gezeigt werden, wie Sprache als Mittel zur Ausgrenzung und sozialen Diskriminierung verwendet wird: Sprache als Herrschaftsinstrument. Dabei ist der Gettobegriff im Vokabular der Bürokratie einer neben anderen, die jeweils Andersartigkeit, Absonderung, Problemhaftigkeit suggerieren sollen. Der Sprach- und Denksammenhang, in dem der Gettobegriff auf die Situation in bestimmten Stadtteilen angewandt wird, verschleiern die dahinterliegenden sozialen Probleme und deren Ursachen. Mit der Etikettierung und daran anknüpfenden Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen werden nicht nur Prozesse in Gang gesetzt, die man vorgeblich vermeiden wollte, sondern es wird damit auch administrative Maßnahmen der Weg geebnet, die vorhandene disparitäre Situation weiter zu verstärken.

ANMERKUNGEN:

- (1) FRIEDRICHS, J., 1977: Stadtanalyse; Reinbek, S.240; HESS, H.; MECHLER, A., 1973: Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht. Frankfurt a.M.
- (2) Vergl. dazu ESSER, H.: Aspekte der Wanderungssoziologie; Darmstadt und Neuwied
- (3) Z.B. HAMBURGER MORGENPOST, 10.3.82: Senat will keine Ausländergettos
- (4) Z.B. AUTONOMIE; Heft 3, 1978, S.27

- (6) STERNBERGER, STORZ, SÜSSKIND, 1957: "Aus dem Wörterbuch des Unmenschens"; Hamburg
- (7) Leitlinien für die Hamburger Ausländerpolitik, Senatsdrucksache, Hamburg 1976, S.14
- (8) FASSHAUER, Restriktionen der Ausländerpolitik, S.1 Arbeitspapier der Baubehörde Hmbg. 81. Dazu Sternberger a.a.O., S.79 f: "Wer immer jemanden handelt oder behandelt, tut es nach Willkür und Laune, aus einer Position der Herrschaft über den anderen, und zumeist in üblem Sinn: das ist die Spur, die dieses Wort (Behandlung) in seiner Bedeutungsgeschichte gezogen hat. Behandlung von Menschen ist von allem Anfang an nicht eben weit von Mißhandlung entfernt."
- (9) SAGA (Gemeinnützige Siedlungsaktiengesellschaft Hamburg), 1981: "Abbau und Verhinderung sozialer Erosionsprozesse durch eine neue Praxis bei der Belegung von Sozialwohnungen"; Hamburg
- (10) VORMBROCK, W., 1972: "Sozialkonzept für den geplanten Stadtteil Hamburg-Allermöhe"; S.31, ff., Arbeitspapier Hamburg
- (11) Vgl. HAAG, F., 1973: Wohnungslose Familien in Notunterkünften, München
- (12) Bericht des Bauausschusses "Verbesserung sozial problematischer Wohnanlagen"; Bürgerschaftsdrucksache 11/2580 v. 30.5.84.
- (13) Bericht des Bauausschusses, a.a.O.
- (14) HAAG macht Vorschläge zu einer Aufarbeitung sozialer Probleme Wohnungsloser als Strategie der 'action research': HAAG, a.a.O., S.169ff.
- (15) siehe Fußnote (8)
- (16) KATSOUULIS, H., 1978: Bürger zweiter Klasse. Ausländer in der Bundesrepublik; Frankfurt/New York
- (17) Eine Ausnahme bildeten die Italiener, die als EG-Angehörige einen Sonderstatus hatten.
- (18) Vgl. BORRIS, M., 1974: Ausländische Arbeiter in einer Großstadt; Frankfurt a.M., S.129ff. MEHRLÄNDER, U., 1974: Soziale Aspekte der Ausländerbeschäftigung; Bonn-Bad Godesberg.
- (19) Daß damit nicht nur zufällig ein zeitlicher Zusammenhang zu Sanierungen und zu erwartenden öffentlichen Förderungsmitteln bestand, läßt sich nachlesen bei: architektur-fabrik-aachen u.a. (Hrsg.), 1981: Vorsicht Planung! Vorbereitung der Stadterneuerung. Ein Lesebuch für Betroffene; Hannover
- (20) Wir verzichten an dieser Stelle auf detaillierte Quellenangaben, da derartige sich mühelos in diversen Sanierungsbrochüren und amtlichen Verlautbarungen finden läßt.
- (21) Vgl. VASKOVICS, V., 1973: Segregierte Armut; Frankfurt a.M./New York.
- (22) GEIGER, A., 1974: Ausländer im Ghetto - eine mißglückte "Integration"; in: HERLYN, U. (Hrsg.), 1974: Stadt und Sozialstruktur; München, S.16
- (23) Vgl. dazu: GANS, H.: Die ausgewogene Gemeinde: Homogenität oder Heterogenität in Wohngebieten?; in: HERLYN, U. a.a.O.
- (24) Vorlage für die Senatskommission "Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien"; Hamburg, v.12.1.82
- (25) BAUER, E.: Integration als Wunsch und Wert in der Soziologie der Stadt - Versuch einer Ideologiekritik; in: KORTE, H. (Hrsg.), 1972: Soziologie der Stadt; München, S.49
- (26) Freie und Hansestadt Hamburg: Ausländerkonzept für die besondere Situation Wilhelmsburgs mit Maßnahmevorschlägen, v.22.3.1978, S.3
- (26a) Vgl. dazu HISS, F.; SCHNEIDER, H. & WEGENER, H.U., 1976: Soziologische Theorie und sozialräumliche Ungleichheit, in: Stadtbauwelt Nr.49. In dem Artikel wird auch der Konservatismus der Segregationsforschung kritisiert.
- (27) Vgl. dazu IPSEN, D.: Was heißt eigentlich "Integration ausländischer Familien"?; in: ARIN, C. (Hg.), 1983: Ausländer im Wohnbereich; Berlin.
- (28) BAHRDT, H.P.: Die Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung; in: HERLYN 1974, a.a.O., S.182

entwicklungsperspektiven

GhK
FB 6

GESAMTVERZEICHNIS

Heft 1:
David WERNER: Das Dorfgesundheitsprogramm: Gemeinschaftsfördernd oder -unterdrückend? Kassel 1982, Preis DM 2,-- ISBN 3-88122-104-2

Heft 2
Clarita MÜLLER-PLANTENBERG: Strategien gegenüber der Armut in Lateinamerika. Kassel 1982, Preis: DM 2,-- ISBN 3-88122-105-0

Heft 3
Barbara SCHARNKE: Basisinitiativen und offizielle Planungen zur Gesundheitsversorgung der Armen in den Städten. Kassel 1982, Preis: DM 3,-- ISBN 3-88122-106-9

Heft 4
Osvaldo BAYER/André Gunder FRANK/Edelberto Torres RIVAS u.a.: Der Malvinen-Konflikt. Kassel 1982, Preis: DM 2,-- ISBN 3-88122-123-9

Heft 5
Norbert ADRIAN: Die Beziehungen zwischen Bewegungen und Parteien in Lateinamerika. Kassel 1982, Preis DM 1,-- ISBN 3-88122-133-6

Heft 6
Carlos ECHEVERRIA u.a.: Beispiele von Gesundheitsarbeit in Peru, Brasilien und Nicaragua. Kassel 1982, Preis DM 2,-- ISBN 3-88122-136-0

Heft 7
Lateinamerikanische Konferenz über Transnationale Konzerne: Die Transnationalisierung Lateinamerikas und die Aufgabe der Kirchen. Kassel 1983, Preis: DM 3,-- ISBN 3-88122-146-8

Heft 8
Perspektiven einer sozioökonomischen Entwicklung Kolumbiens. Regionale Analyse und Aktion. Kassel 1983, Preis: DM 3,-- ISBN 3-88122-180-8

Heft 9/10
Dieter GAWORA: Lateinamerika hier: Zur Entwicklung der internationalen Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik, Kassel 1983, Preis: DM 5,-- ISBN 3-88122-181-6

Heft 11
Paulo SÜSS: Entwicklungsstrategie und Integrationsmord in Amazonien. Regionale Analyse und Aktion. Kassel: im Frühjahr 1984

Heft 12
Den Haag-Resolution: Eine alternative Politik für Zentralamerika und die Karibik. Kassel: im Frühjahr 1984

Sonderdrucke:
Klaus SCHIMPF/Clarita MÜLLER-PLANTENBERG (Hrsg.):
Christen und Revolution. Die Beziehung zwischen Staat und Kirche in den sozialistischen Ländern Afrikas und Lateinamerikas. Kassel 1983, Preis: DM 6,-- ISBN 3-88122-122-0

Clarita MÜLLER-PLANTENBERG / Rolf REMPEL (Hrsg.): Soziale Bewegungen und räumliche Strukturen in Lateinamerika, in der Schriftenreihe "Urbs et Regio", Gesamthochschule Kassel, Preis: DM 25,-- ISBN 3-88122-177-8

* Alle hier aufgeführten Hefte können bezogen werden über: GESAMTHOCHSCHULE KASSEL, FB 06, HeinrichPlett Straße 40, 35 Kassel

BUCHBESPRECHUNGEN



Markus Braun, **DAS SCHWARZE JOHANNESBURG - AFRIKANER IM GHETTO**. Verlag Otto Lembeck, Frankfurt, 1973, DM 18,-, ISBN 3 87476 0219

SOWETO, die Abkürzung für den von Verwaltungstechnikern kreierten Namen "South-Western-Townships", ist mit weit über 1 Million Einwohnern (nach nicht-offiziellen Schätzungen bis doppelt so hoch) nicht nur eine der großen urbanen Zonen (die Bezeichnung 'Stadt' ist hier wohl fehl am Platz) Afrikas, sondern zugleich vielleicht das größte Ghetto der Welt. Doch Soweto ist kein Einzelfall - es ist lediglich das bekannteste Glied eines das gesamte Südafrika überspannenden Netzes von Ghettos, das berüchtigtste Produkt eines Systems in dem mehr als 70% der gesamten Bevölkerung gezwungen sind, entweder in abgelegenen Reservaten oder in eben diesen Schlafstädten zu leben.

Angesichts der rein zahlenmäßigen Dimension dieses Phänomens verwundert der Mangel an wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zu diesem Thema - wenn man beispielsweise an die Emsigkeit denkt, mit welcher Forscher (und solche die es gerne werden wollen) aus aller Herren Länder über auch die kleinste Squattersiedlung in Städten wie Nairobi oder Lusaka herfallen! Vorläufig scheint die empirische Erforschung der Apartheid-Realität Priestern und Missionaren vorbehalten.

Markus Braun lebte und arbeitete im Auftrag der Kirche beinahe 4 Jahre in Südafrika, bevor er im April 1971 des Landes verwiesen wurde. Sein 1973 ver-

öffentlichtes Buch über das schwarze Johannesburg ist auch heute noch gültig und beschreibt eindringlich, jedoch ohne unnötige Emotionalisierung, die Lebensbedingungen der Schwarzen in Soweto.

Das Buch gliedert sich in zwei Abschnitte. Im ersten Teil beschäftigt sich Braun mit der südafrikanischen Urbanisierung und Separationspolitik allgemein, wobei er eine sachliche Darstellung der Ursprünge und historischen Entwicklung sowohl der Apartheitsideologie im Großen als auch in Bezug auf die verschiedenen Mechanismen und Instrumente dieser Herrschaftsform gibt. Er unterscheidet die verschiedenen Ebenen der Makro-, Meso- und Mikrosegregation und verdeutlicht ihre jeweilige systemstabilisierende Rolle und Funktion. Ausführlich werden die unzähligen Gesetze, Erlasse und Bestimmungen und vor allem deren Auswirkungen auf das tägliche Leben der schwarzen Bevölkerung Südafrikas dargestellt.

Schwerpunktmäßig beschäftigt sich der Autor mit der Apartheid auf der Ebene der Mesosegregation und den "Locations" genannten städtischen Wohnghettos der Schwarzen und zeigt die Ursachen und Auswirkungen dieser Separation im städtischen Bereich auf.

Im zweiten Teil beschreibt Braun detailliert das südafrikanische "Modellghetto": Soweto. Einer geschichtlichen Betrachtung folgt die Darstellung der Wohn- und Lebensverhältnisse, der ökonomischen Abhängigkeiten, der all-verwaltenden Bürokratie und der allmächtigen Polizei, und deren jeweilige Bedeutung für die Bürger Sowetos. Braun geht auch auf das kulturelle Leben, die traditionellen Bräuche und die verschiedenen Formen der neuen Subkultur (isidolobha) der urbanen schwarzen Bevölkerung ein und analysiert in diesem Zusammenhang Urteile und Vorurteile zwischen Schwarz und Weiß.

In einem knapp gehaltenen abschließenden Abschnitt "Zukunftsperspektiven" prophezeit Braun den inzwischen virulenten Widerstand - und die Reform! "Sobald sich der durchschnittliche weiße Wähler in seiner wirtschaftlichen Stellung eingeschränkt fühlt, wird er auch Zugeständnisse an eine etwas fortschrittlichere Rassenpolitik machen, wenn sie ihm nur die Aufrechterhaltung des Status Quo zusagt."

Der versierte Apartheid-Apologet wird das Buch zweifellos als überholt und nicht mehr relevant abtun. Und es ist

sicherlich korrekt, daß die amtliche Bevölkerungszahl nicht mehr 558.798 (1970) beträgt, daß die 'Urban Bantu Councils' 1977 durch 'Community Councils' und diese 1982 wiederum durch 'Town Councils' ersetzt wurden, daß das zuständige Ministerium nicht mehr "Dept. of Bantu Affairs and Development" heißt, daß das durchschnittliche Einkommen des Bewohners von Soweto heute um ein Mehrfaches höher ist als 1970, usw., usw.

Jedoch: es wurde lediglich das Gesicht geändert, das Prinzip, das System aber wurde verfeinert, perfektioniert, ist aber vom Ansatz her gleich geblieben. Andererseits sind auch die Ghettos stärker geworden, die Bewohner haben eine Identität gefunden. 1976 hörte die Welt erstmals von dieser größten aller schwarzafrikanischen Städte: es war die Zeit der 'Soweto-Riots'. 1984 hat sich der Widerstand in den schwarzen Vorstädten verbreitet - sie heißen jetzt Sebokeng, Kathlehong, Kalafong, Mamelodi, usw. Wir werden uns an viele neue Namen gewöhnen müssen, aber sie haben alle eines gemeinsam: es sind Ghettos, Schöpfungen von weißen Planern und Technikern nach den Vorstellungen der südafrikanischen Regierung. Sie sehen identisch aus und werden mit Hilfe der gleichen Gesetze und Verordnungen regiert.

Brauns soziologisch ausgerichtete Studie Sowetos ist (leider noch) die einzige mir bekannte fundierte Studie eines südafrikanischen Ghettos im deutschen Sprachbereich. Obwohl er keinen Zweifel daran läßt auf wessen Seite er steht, überzeugt der Autor mit einer sachlichen Vorgehensweise und der ausschließlichen Verwendung verifizierbarer Daten und Angaben. Erfreulich ist auch, daß das Buch außerordentlich lesbar und verständlich geschrieben ist - ohne Fachjargon und der bei Profilierungssüchtigen üblichen hetero-idiomatischen Konzentration (dt.: Fremdwörthäufung).
Eberhard Knapp

EINE ALTERNATIVE POLITIK FÜR ZENTRAL-AMERIKA UND DIE KARIBIK
Den Haag Resolution. Band 12 der 'Entwicklungsperspektiven', herausgegeben von der Lateinamerika-Dokumentationsstelle am FB 6, GHS Kassel, Heinrich Klett Straße 40, 3500 KASSEL. ISBN 88122 203 0, 74 S A5, 1984

Im Juni 1983 fand sich eine Gruppe von rund 30 Sozialwissenschaftlern aus 13 Ländern auf Einladung des 'Institute of Social Studies' in Den Haag zusammen, um die sich in allen Ländern der Region verschärfende ökonomische und politische Krise zu analysieren, und Möglichkeiten eines Auswegs daraus zu suchen. Als Ergebnis des dreiwöchigen Workshops wurde von den Teilnehmern ein gemeinsames Dokument verabschiedet, das die Arbeitsergebnisse zusammenfaßt und eine Policy-Empfehlung für alle beteiligten Staaten einschließt. Dieses Dokument wurde zuerst vom 'Instituto de Investigaciones Sociales' in Managua veröffentlicht und liegt inzwischen mit der hier besprochenen Publikation auch in deutscher Sprache vor.

Abgesehen davon, daß die Länder der Region eine weitgehend gemeinsam verlaufende Kolonisationsgeschichte erfahren haben, ist die ausländische

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

monatlich aktuelle Berichte und Hintergrundartikel über Befreiungsbewegungen, soziale Bewegungen, Unterdrückung und Widerstand, politische und wirtschaftliche Entwicklungen in Mittel- und Lateinamerika, über die Beziehungen BRD - Lateinamerika, die Lateinamerikapolitik der USA und die Solidaritätsbewegung in der BRD.

Unabhängige Information gegen die oft verfälschenden Darstellungen der bürgerlichen Medien.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ergreifen bewußt und offen Partei für die unterdrückten und um ihre Rechte kämpfenden Menschen Lateinamerikas und wollen damit zu praktischer Solidarität anregen.

Einzelheft DM 4,50 Jahresabo DM 50,-
Zum Kennenlernen: 3-Monats-Probe-Abö nur 10 Mark

Coupon + 10-DM-Schein an: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Ich bestelle ein 3-Monats-Probeabo

Dominanz bis auf den heutigen Tag präsent und wird von den USA durch die spezifische geopolitische Lage im - wie sie sich ausdrücken - "Hinterhof der USA" gerechtfertigt. Besonders die Staaten Zentralamerikas verbindet in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Erfahrung von Widerstandsbewegungen im Kampf um die soziale Gerechtigkeit. Dieser war zunächst gegen die lokalen Eliten gerichtet, verwandelte sich dann aber zunehmend in einen antiimperialistischen Kampf je rücksichtsloser die USA ihre Hegemonie über die Region zu verteidigen suchte. Es ist wichtig, diesen eigenständigen Charakter der Bewegung zu verstehen, der nichts mit dem Ost-West Konflikt zu tun hat, den ihr die Politik der USA überzustülpen versucht, und damit weitere Interventionen und selektive Wirtschaftsblockaden rechtfertigt.

Besonders die Länder der Karibik leiden wirtschaftlich unter dem Umstand sehr kleiner Territorien, die hauptsächlich exportorientiert bewirtschaftet werden (z.B. Monokulturen), wobei die Subsistenzbedürfnisse der lokalen Bevölkerung weitgehend unberücksichtigt bleiben. Eine politische Isolierung der einzelnen Staaten verhindert den Aufbau einer gemeinsamen Strategie des Rohstoff- und Warenaustauschs, weswegen alle betroffenen Länder extrem abhängig von Importen aus Industrieländern (hauptsächlich den USA) sind. Vereinzelt eingerichtete hochtechnisierte Produktionseinheiten stehen unter Kontrolle internationaler Konzerne, was das typische Phänomen des Exports von im Lande erwirtschafteten Gewinnen weiter verschärft.

Als Ausweg aus dieser bedrohlichen Lage wird hier ein alternatives Wirtschaftssystem vorgestellt, das der "Logik der Mehrheiten" folgt: die Erfüllung von Grundbedürfnissen der Bevölkerungsmehrheiten genießt höchste Priorität. Der Wiederaufbau eigenständiger Nahrungsmittelproduktion ist einer der Eckpfeiler des neuen Modells, doch totale Abkapselung und ökonomische Autarkie der Region wird nicht angestrebt. Vielmehr soll der Außenhandel diversifiziert, und das Potential internationaler Arbeitsteilung besser ausgeschöpft werden. Das politische System soll pluralistisch bleiben und dem Staat in der Hauptsache die Aufgabe überlassen, den internationalen Handel und das internationale Finanzsystem zu kontrollieren. Intern basiert die Verwaltung auf Dezentralisation und Partizipation der Arbeiterschaft. Kleine und mittlere Betriebe werden als Vertreter des "modernen Privatsektors" besonders gefördert, - und über Gewerkschaften mitverwaltet. Neben der Erschließung neuer wirtschaftlicher Ressourcen der Region wird ein besonderer Wert auf eine Mobilisierung der kreativen Energien des Volkes gelegt als Grundstock eines neuen Akkumulationsmodells.

Ohne die ausführlichen Diskussionen des Arbeitstreffens zu kennen, erscheint dem Leser das propagierte Konzept vielleicht zu utopisch, um in absehbarer Zeit durchsetzbar zu sein. Die Autoren verweisen dagegen auf gemachte Erfahrungen in Chile unter Allende, in Grenada und Nicaragua, jedoch ausdrücklich ohne eine Kopie dieser Modelle zu avisieren. Sie ge-

hen davon aus, daß in vielen der betroffenen Länder die notwendigen strukturellen Veränderungen über Wahlen erzielbar sind, - wenn man von den korrupten Wahlsystemen einmal absieht. Eine wichtige ideelle und politische Unterstützung in dieser Richtung könnte Europa leisten, insbesondere auch die dort ansässigen Universitäten und Forschungszentren. Dies war zumindest die Hoffnung der in Den Haag zusammengekommenen Wissenschaftler, und der Anlass für eine Übersetzung des Dokuments ins Deut-



KARIN FIEGE/LUIZ RAMALHO (Hrsg.)
LANDWIRTSCHAFT = HUNGERWIRTSCHAFT?
Umbrüche und Krisen in den Agrarsystemen der Dritten Welt. Saarbrücken 1984 (Breitenbach)

Ausgangspunkt des vorliegenden Sammelbandes ist, wie der etwas provozierende Titel schon andeutet, die mangelnde Ernährungssituation in den meisten Ländern der sogenannten Dritten Welt, die sich häufig in ländlichen Gebieten besonders krass zeigt. Den Rahmen der einzelnen Beiträge bildet die in den letzten Jahren im entwicklungspolitischen Bereich heftig diskutierte Kontroverse zwischen Agrarexportproduktion und Nahrungsmittelproduktion.

Anders als bei dieser vor allem von kirchlichen Entwicklungshilfeinstitutionen und kritischen Sozialwissenschaftlern einerseits, und Fachvertretern der traditionellen Agrarökonomie andererseits, geführten Diskussion geht es in diesem Buch aber nicht um eine universell theoretische wissenschaftliche Abhandlung, sondern um lokale Fallstudien, die empirisch belegt durchaus Bezug auf die allgemeinen übergreifenden Fragestellungen nehmen. Anhand dieser Beispiele soll den Ursachen der Destabilisierung ländlicher Produktions- und Sozialsysteme vor dem Hintergrund einer auf rasche Weltmarktintegration und schnelle Auflösung traditioneller Verhältnisse zielenden Entwicklungspolitik nachgegangen werden.

Bei den einzelnen Beiträgen handelt es sich in erster Linie um die Ergebnisberichte mehrmonatiger Studienaufenthalte, die im Rahmen des ASA-Programms durchgeführt wurden, ergänzt um einige thematisch ähnlich gelagerte Studien. Eine etwas ausführlichere Diskussion der entwicklungspolitischen Ansätze und Strategien wäre allerdings durchaus wünschenswert.

W. Eckhardt

Florian Steinberg (Hrsg.) SRI LANKA: ARMUT IM PARADIES? Albatros Verlag Frankfurt, 1981 (Band 1) und 1984 (Band 2), je DM 19,80.

Diese beiden Bände versuchen die Informationslücke zu schließen, mit der uns die bürgerliche Presse zum Thema Sri Lanka aufwartet. Von landeskundigen Akademikern werden für den Außenstehenden kaum zugängliche Hintergrundinformationen aufgearbeitet und in gut lesbaren, aber trotzdem wissenschaftlich gründlich belegten Aufsätzen vermittelt. Die Tatsache, daß drei Jahre zwischen dem Erscheinen der zwei Bände lag, spiegelt sich deutlich in den behandelten Themen wieder: Während das Interesse 1981 stärker in der Darstellung einzelner Entwicklungsprojekte bzw. -sektoren lag und die Folgen des Tourismus auf Sri Lanka besonders reflektiert wurde, steht heute die Familienverfolgung und die Analyse der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit vom internationalen Kapital im Vordergrund. Die Beiträge über Stadtplanung (Band 1) und Wohnungsbau (Band 2) hat Florian Steinberg verfasst.

Regional Development Dialogue, hrsg. vom U.N. Centre for Regional Development, Ngoya/Japan. Abo: US\$ 20 in Industrieländern, US\$ 10 in Entwicklungsländern für zwei Hefte pro Jahr).

Diese Halbjahreszeitschrift für Entwicklungsprobleme wird vom UNCRD unter Mitwirkung meist sehr bekannter, prominenter Gast-Editoren herausgegeben. Die seit 1980 behandelten Themen der nach Schwerpunkten organisierten Hefte umfassen: Neue Ansätze in der Regionalentwicklung, Entwicklungsfragen in der Dritten Welt, Technologie und Entwicklung, Ländliche Entwicklung, Regionale und Städtische Entwicklung in Lateinamerika, Regionalentwicklung in kleinen Inselstaaten, Migration und Siedlungsentwicklung. Die Artikel, die sich als "kritische" Beiträge zur Theorie und vor allem der Praxis der regionalen und städtischen Planung verstehen, werden interessanterweise alle durch einen zusätzlichen Kommentar von dritter Seite ergänzt. Ein aufwendiges Verfahren, das dem Leser jedoch noch zusätzliche Interpretationshilfen geben kann.

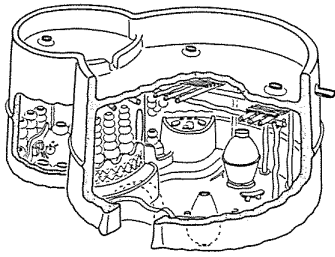
Der Regional Development Dialogue, als ein relativ neues wissenschaftliches Magazin aus dem "brain trust" der UN, ist ein recht gelungener Beitrag, inhaltliche Diskussionen über Raumplanungsfragen zu fördern. Wegen ihres halbjährlichen Erscheinens entfallen aktuelle Berichte u.ä.; damit eignet sich der Regional Development Dialogue eher für die öffentlichen Bibliotheken als für die private Materialsammlung.

F. Steinberg

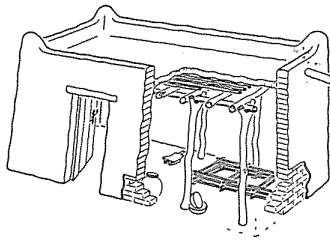
BÜCHERBOGEN
BÜCHERBOGEN
BOGEN

Stadtbahnbogen 593 Am Savignyplatz
D-1000 Berlin 12 Telefon 312 19 32

Architektur
Kunst
Design
Film
Fotographie



Zwei ineinander geschobene zylindrische Rundhäuser mit Flachdach durchdringen sich bei dem Typ des Frauenhauses der Kassena (Gouroussi) in Obervolta. Dieser Haustyp kann durch einen Vorräum und weitere Anbauten ergänzt werden, jedoch bleibt die Grundstruktur, die Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsraum und Küche, bestimmend. Das Dach ist begehbar und dient als Arbeitsfläche und Schlafstätte.



Das Lehmkastenhaus tritt in verschiedenen Varianten auf. Allen gemeinsam ist der rechteckige Grundriß, das Flachdach und die rechteckige Türöffnung mit Türsturz. Als Mauerbekrönung werden vielfach konische «Zinnen» aufgesetzt. Die Mauern sind aus Trockenziegeln gebaut und außen verputzt. Ihre Dicke wächst, wenn sie als tragendes Element für das schwere Dach aus Balken, Ästen und Lehmbedeckung dienen sollen.

Quelle: Wichmann, Architektur der Vergänglichkeit

Donna Ahrens, Tom Ellison,
Ray Sterling, ERBDECKTE HÄUSER
128 Seiten, ISBN 3-7640-0169-0
Beton Verlag Düsseldorf 1983, DM 68,--

Hans Wichmann (Hrsg.),
ARCHITEKTUR DER VERGÄNGLICHKEIT
Lehmbauten in der Dritten Welt
254 Seiten, ISBN 3-7643-1283-1, Birk-
häuser Verlag Basel 1983, DM 78,--

Gernot Minke (Hrsg.),
BAUEN MIT LEHM (Heft 1)
80 Seiten, ISBN 3-922964-20-6, Öko-
buch Verlag Grebenstein 1984, DM 14,80

Die drei vorliegenden Bücher über das Bauen mit Erde setzen unterschiedliche Schwerpunkte, und richten sich daher an ein jeweils anderes Publikum:

Bei dem Buch ERBDECKTE HÄUSER handelt es sich um eine Übersetzung der 1981 vom UNDERGROUND SPACE CENTER in Minnesota herausgegebenen Publikation EARTH SHELTERED HOMES. Das Interesse dieses Bandes liegt hauptsächlich im Architektorentwurf: in bester Bauzeitschriftenmanier werden 22 Grasdach-Häuser in den USA und ein in Frankreich und Spanien entwickeltes Beton-Fertigteilsystem (das jetzt in den USA eingeführt werden soll) in Grundriß, Schnitt und vielen (zum Teil farbigen) Fotos vorgestellt. Die Zielgruppe für die Veröffentlichung waren in der Originalfassung offensichtlich potentielle Bauherren, die auch gleich die Architektenadressen mitgeliefert bekommen. Für das deutsche Publikum wäre eine inhaltliche Überarbeitung bei dem sonst relativ aufwendigen Buch sicher der Mühe wert gewesen. Wen interessieren hier z.B. schon die relevanten Bauvorschriften in den USA? Sicher hätte man auch mehr Beispiele aus Europa finden und mit aufnehmen können.

Die ARCHITEKTUR DER VERGÄNGLICHKEIT verwendet das Material aus dem beim gleichen Verlag erschienenen Ausstellungskatalog zu einer 1981 in der Neuen Sammlung München gezeigten Lehm-bauausstellung mit dem gleichen Titel, wurde aber durch eine Reihe zusätzlicher Beiträge ergänzt, so daß jetzt die bekanntesten Lehmkulturen unter einem Buchdeckel untergebracht wurden: das Niltal, Irak, Persien, Jemen, Westafrika, Marokko und die Pueblo-Dörfer in Neu-Mexiko. Für den Fachmann bringt das Buch zwar wenig neue Erkenntnisse, doch eine Ausstellung hat ja nicht die Aufgabe, neueste Erkenntnisse der Wissenschaft zu dokumentieren, sondern soll ein breiteres Publikum visuell ansprechen und interessieren. So ist der vorliegende

Titel zu einem 'Coffee-Table-Book' im besten Sinne geworden: Die zahlreichen, großformatigen Fotos sind eine Augenweide (aber zu einem großen Teil aus anderen Veröffentlichungen bekannt), und die eher populärwissenschaftlich gehaltenen Texte versuchen, besonders auch den kulturellen Hintergrund zu den gezeigten Bau- und Siedlungsweisen zu erfassen. So bezieht sich z.B. der Beitrag über Ägypten ausführlich auf die aus Granit, Kalk- oder Sandstein gebauten Tempel der alten Kulturen, die Bilder von Ausgrabungen mit Lehmziegelfundamenten scheinen da eher eine Alibi-funktion einzunehmen.

BAUEN MIT LEHM wird als eine Schriftenreihe vorgestellt, die Gernot Minke von der GHS Kassel zusammen mit dem Ökobuchverlag herausgeben will. Dieser erste Band enthält als 'didaktischen Teil' Grundlagen über den Baustoff, wobei das Interesse in der praktischen Anwendbarkeit der Erkenntnisse liegt. Im Sinne einer aktuellen Reihe folgen im zweiten Teil Buchbesprechungen, Praxisberichte und Forschungsnachrichten. Die Themen sind u.a.: Lehmalkurse an der GHS Kassel, Leichtlehm-Kappendecken, der Entwurf eines Lehmofens, das 'Dünner Lehm-brotverfahren', ein Inventar historischer Lehm-bauten in Schleswig-Holstein, und die Propagierung des Lehm-baus in Deutschland im 19. JH. Vom Umfang her am dünnsten, enthält diese Broschüre dennoch den höchsten Informationswert für den Architekten und Selberbauer.

Franz Volhard, LEICHTLEHMBAU
158 S. ISBN 3-7880-7210-5, C.F.Müller Verlag, Karlsruhe, 1983. ca. DM 45,--

Dem Architekten Franz Volhard (Darmstadt) gebührt das Verdienst, die Leichtlehm-bauweise für Deutschland neu entdeckt und an eigenen Projekten weiter entwickelt zu haben. Seine Erfahrungen mit dieser Technologie hat er nun in Form eines Handbuchs niedergeschrieben, das besonders für diejenigen interessant sein dürfte, die sich bereits für einen Leichtlehm-bau entschlossen haben und wissen wollen, wie man die Sache praktisch angeht. Der Autor ist der sicher berechtigten Annahme, daß für die klimatischen Anforderungen in Deutschland der Leichtlehm die beste der Lehm-baualternativen ist, kommt aber unter diesem Blickwinkel etwas eilig zu Feststellungen, die zumindest in Hinblick auf andere Bauweisen zu differenzieren wären. So steht z.B. auf Seite 44: "Die Festigkeit wird durch

Kalk nicht herauf-, sondern herabgesetzt, da keine chemische Verbindung entsteht". Dagegen steht natürlich die in vielen Entwicklungsländern empfohlene Praxis, Lehm-pressziegel mit Kalkzusatz zu stabilisieren, da sich der Kalk, wenn nicht mit dem Lehm als solchen, so doch mit dem darin enthaltenen Wasser verbindet. Dererlei - ohnehin vereinzelte - Ungenauigkeiten werden sicher in einer späteren Auflage ausgemerzt. Diese wird es sicher geben, denn bisher gibt es keine andere Veröffentlichung, die sich ausschließlich und so ausführlich mit der Leichtlehm-bauweise auseinandersetzt.

Schoorl, J.W., van der Linden, J.J., Yap, S.K. (Eds.): BETWEEN BASTI DWELLERS AND BUREAUCRATS, LESSONS IN SQUATTER SETTLEMENT UPGRADING IN KARACHI, Oxford 1983 (Pergamon), Us \$ 15,--

Dieses Buch ist ein sehr wichtiges Dokument über den Lernprozess während eines Squatter Upgrading Projektes. Als interdisziplinär durch Wissenschaftler der Freien Universität Amsterdam betreutes Projekt zeigt sich hier die interessante Verbindung von Projektdefinition, Projektdurchführung und handlungsorientierter Forschung. Zwar wurden einiger der von 23 verschiedenen Autoren verfassten Beiträge schon früher hier und da veröffentlicht, doch wird durch diese umfassende Publikation erstmalig der Blick auf den gesamten Projektverlauf, seine Anfänge, Schwierigkeiten, seine Mißerfolge wie kleinen Erfolge möglich. Wesentliche Hypothesen des Projektes lehnen sich an die Theorien J.F.C. Turner's an, doch wird in den einzelnen Studien auch immer wieder eingestanden, daß einige fundamentale Kritikpunkte der "neo-marxistischen" Kritik an dem idealistischen Selbsthilfekonzent sich als berechtigt erweisen. Neben den mehr technischen Berichten zum Projektablauf sind besonders interessant die Einschätzungen zur "Klassenstruktur" der basti-Bewohner, ihrer Rolle in der Bürgerbeteiligung wie auch am "Klassenkampf" oder auch die Positionsbestimmung der verschiedenen Akteure des Squatter-Upgrading-Prozesses (Squatter - lokale Führer - Bürokraten - Politiker).

Eine der wesentlichen, negativen Bilanzen zum Ende des von der niederländischen Regierung unterstützten Projektes liegt im Bereich der Bodenpolitik: die Möglichkeiten eines sich teilweise selbsttragenden, die vorhandenen Selbsthilfepotentiale stimulierenden Verbesserungs-Prozesses durch Garantierung von Langzeit-Bodentiteln wurde nicht (bzw. kaum) genutzt (p.187). Damit taucht dann die generelle Frage auf, ob die Verwaltung bzw. die Politiker tatsächlich an konstruktiven Veränderungen interessiert sind - oder ob nicht viel mehr ein Status Quo viel opportuner ist. Denn selbst die Proklamierung einer Slum-Verbesserungspolitik bedeutet nicht notwendig deren Umsetzung...

Wichtigste Schlußfolgerung kann dann nur sein, daß stadtpolitische Veränderungen im Sinne der Armen nur dann beschleunigt werden, wenn der Druck von "unten" den Politikern wenig andere Alternativen läßt. In diesem Sinne haben die Erfahrungen von Karachi sicher auch ganz universelle Gültigkeit.

The Aga Khan Award for Architecture (ed.): The Changing Rural Habitat, vol 1 & 2, 1982 / Reading the Contemporary African City, 1983 / Development and Urban Metamorphosis. Vol. I: Yemen at the Crossroads, 1983. (Bezug: Concept Media Pte. Ltd., 06 - 52 Tanglin Shopping Centre, Tanglin Road, Singapore 1024, US \$ 10 / Heft) Die vier Veröffentlichungen der Aga Khan Stiftung für Architektur sind sämtlich als Seminarberichte der Reihe "Architectural Transformations in the Islamic World" (Seminare 6-8) entstanden.

Das Thema "THE CHANGING RURAL HABITAT" unterstreicht die Bedeutung des ländlichen Sektors und seiner Architektur, und soll auf die durch rapide Veränderungen entstandenen Schwierigkeiten als zukünftiges Aufgabenfeld der Architekten hinweisen. Als Aufgabe der Architekten wird es angesehen, die Siedlungsplanungen auf einem umfassenden Verständnis der ländlich gebauten Umwelt aufzubauen. Die vorgestellten Fallstudien als Bestandaufnahmen autochtonen Bauens in islamischen Kulturen reichen von Afrika bis nach Südost-Asien und China, schließen neben dem rein kulturellen Blickwinkel auch Beispiele besonderer gesellschaftlicher Transformation wie durch die sozialistischen Dörfer Algeriens oder die Problematik der Dorfum-siedlungen im Zusammenhang mit dem Bau des Hochdammes von Assuan ein. Als neue Komponenten der weiteren Entwicklung werden im Abschnitt "Technology Resources" die Möglichkeiten regenerierbarer Energie, erdbebensicherer Bauen und die Verbesserung von Lehmbauweisen behandelt. Die Zukunft der ländlichen Siedlungen wird nicht von modernen, "städtischen" Bauformen und -technologien, sondern von einer Weiterentwicklung der traditionellen Bautechniken bestimmt sein (S.147) - so das wichtigste Credo des Seminars.

Im zweiten Band werden in ausführlichen Hintergrundberichten v.a. die Rolle ländlicher Entwicklungsprogramme und die Verschiedenartigkeit ländlicher Wohnformen in der islamischen Welt beschrieben. Kurzbeschreibungen zur islamischen Architektur in China, dem Gastland des Aga Khan Seminars, beschließen den Themenkomplex.

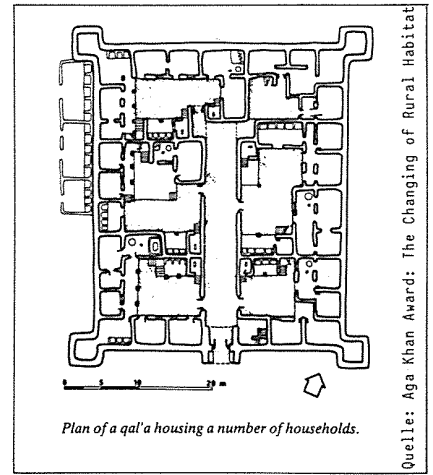
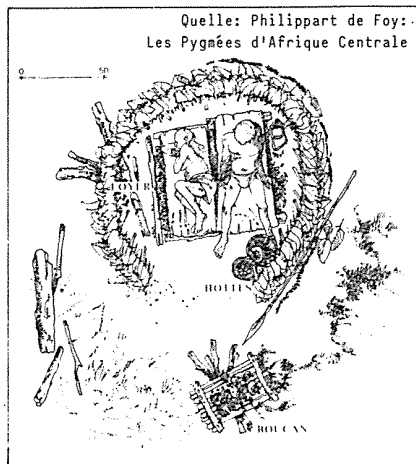
"READING THE CONTEMPORARY AFRICAN CITY" umreißt in seinem Titel schon den Ansatz, die historischen Elemente der Städte "lesen", d.h. interpretieren zu wollen, um auf diesem Wege zum Verständnis der aktuellen Probleme (und zu praktischen Handlungsstrategien) zu gelangen. Der Bericht hätte besser im Titel seinen regionalen Bezug zu West-Afrika bzw. zu Dakar und einigen Sahel-Städten aufgenommen, denn die anderen Teile Afrikas bleiben ausgespart. Es liegt in der Natur der regionalen Beispiele, daß neben den historischen Wurzeln der Städte besonders die gegenwärtigen informellen Stadtentwicklungsprozesse in den Vordergrund des Interesses treten müssen. So sind "Selbsthilfe", "Bewohnerpartizipation" neben neueren technologischen Konzeptionen wesentliche Impulsgeber. Als richtungsweisendes Projektbeispiel einer (geplanten) Siedlung wird das bekannte mauretische Rosse-Projekt der ADAUA-Gruppe angeführt: Eine aus der west-afrikanischen Tradition entwickelten Bauweise als ästhetischer Beleg für die Entwicklung bzw. den Fortbestand eines afrikanischen kulturellen Bewußtseins.

"DEVELOPMENT AND METAMORPHOSIS: Yemen at the Crossroads" hat die gesellschaftliche Modernisierung, den (teilweise schon radikalen) Abschied von architektonischen Traditionen zum Thema, aber auch die Konservierung gewachsener Städte, Stadtteile und Architekturen. Allgemeine Darstellungen zur Situation der Infrastruktur, Technologie, Siedlungsstruktur und der Umweltgestaltung in der arabischen Welt werden durch konkrete Fallbeschreibungen z.B. des Sana'a Entwicklungsprojektes vertieft. Projektberichte zu Hodeidah, der Altstadt Sana'a und Mokha illustrieren den Modernisierungsprozeß ebenso, wie er sich in der Veränderung der Bauwirtschaft selbst niederschlägt. Die abschließende Hoffnung richtet sich auf die Potentiale zur Regeneration der yemenitischen Kultur und speziell seiner Baukultur.

Alle vier Aga Khan Seminarberichte, die, wie schon frühere Publikationen der finanzkräftigen Stiftung, in bester publizistischer Form vorgelegt wurden, dokumentieren nicht nur den Diskussionsstand der recht illustren Expertenrunde des Aga Khan, sondern zeigen auch höchst aktuelles Niveau. Auf's Neue werden die Möglichkeiten und Probleme kulturbezogenen Bauens thematisiert. Sehr empfehlenswert! F. Steinberg

Guy Philippart de Foy, LES PYGMÉES D'AFRIQUE CENTRALE, 127 Seiten, ISBN 2-86364-020-8, Editions Parenthèses, F-13360 Roquevaire, 1984.

Die Pygmäen sind ein Jägervolk, das in voneinander isolierten Stämmen, aber teilweise in Symbiose mit anderen, ackerbaureichenden Völkern, verschiedene Gegenden Zentralafrikas bewohnt. Der Autor führte seit 1970 mehrere ausgedehnte Feldforschungen über Lebens-, Wohn- und Baugewohnheiten bei den Pygmäen durch, und legt hier, umfassend und wissenschaftlich gut belegt, aber dennoch mit Fotos und Zeichnungen ansprechend aufbereitet, die Ergebnisse seiner Studien vor. Anders als die sich inzwischen repetierenden Querschnittsbände über traditionellen Architekturen in aller Welt macht sich dieses Buch dadurch verdient, daß es 'exotische' Bauformen nicht rein phänomenologisch beschreibt, sondern gleichzeitig über den zugrundeliegenden Sozialzusammenhang und die einflussnehmenden Umweltfaktoren berichtet. km



WIENANDS; R.: DIE LEHMARCHITEKTUR DER PUEBLOS. Eine Lektion in ökologischem Bauen. Köln (Dumont) 1983, DM 36,-.

Ein sehr gut mit Fotos und Zeichnungen illustriertes Buch über die Architektur, das Leben und Denken der Pueblos im Südwesten der USA. Besonders interessant ist die Siedlungstypologie zur Unterscheidung der verschiedenen Pueblo-Formen. Das Besondere an der Architektur der Pueblos ist ihre Offenheit, ihre Anpassungsfähigkeit. Diese Eigenschaft wird vom Autor kulturübergreifend besonders im Vergleich zu den starren Formen modernen Städtebaus und seiner Architektur herausgehoben. Damit wird diese Betrachtung der Puebloarchitektur ein Plädoyer für die verstärkte Selbsthilfe im Wohnbereich unserer Städte: "Wohnbau als Teil sich wandelnden Lebens" und nicht als starre "Baukunst"! Etwas überraschend an diesem Buch ist die Darstellung der philosophischen Komponente von Architektur und Leben der Pueblos. Wieso wird immer wieder der Chinese Laotse zitiert? Haben die Pueblobewohner keine eigenen Worte dafür gefunden? F. Steinberg

HARDY, D. & WARD, C.: ARCADIA FOR ALL. The Legacy of a Makeshift Landscape. London/New York (Mansell), 1984, pb. L. 9.95

Als es in Deutschland die Wohnlaubebewegung der 20er und 30er Jahre gab, hatte England seine eigene Geschichte der "plotlands", der Schrebergärten, Laubenkolonien und wilden Siedlungen. Diese bislang nahezu unbekannt, faszinierende Geschichte des Bauens ohne Stadtverwaltung, Planer, Architekten, Baugesellschaften oder auch ohne Bau-firmen bezieht sich auf Süd-Ost-England, in den ersten vier Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, wo tausende Familien sich selbst eine Wohnung oder einen Ferienlandsitz geschaffen haben. Die umfangreiche Dokumentation dieser Geschichte der freien, wilden Siedler Süd-Ost-Englands begeistert nicht nur wegen ihrer persönlichen Darstellungen, mit den Stimmen der Siedler, in der Beschreibung der Entstehungsgeschichte wie auch des heutigen Zustandes, sondern sucht auch Parallelen z.B. in Frankreich, Holland, Deutschland, Schweden UdSSR - und natürlich in der Dritten Welt. Die Zeiten der ökonomischen und der Wohnungskrise sollten dazu anregen, von diesen positiven Beispielen selbstbestimmten Bauens und Wohnens aus der Geschichte zu lernen. Steinberg

OTTO KOENIGSBERGER - FESTSCHRIFT:
ACTION PLANNING AND RESPONSIVE DESIGN,
ASPECTS OF HOUSING, BUILDING AND PLANNING AND DEVELOPMENT IN THE
THIRD WORLD. HABITAT INTERNATIONAL,
Vol.7, Nr.5/6. Oxford 1983 (Pergamon),
US\$ 20,-- (1)

Diese Doppelnummer der nach der UN Habitat-Konferenz 1976 gegründeten Zeitschrift ist aus Anlaß des 75. Geburtstags ihres Initiators, diesem Mentor einer ganzen Generation von Planern und Architekten gewidmet. Nach einem Abriß der beruflichen Stationen Prof. Koenigsbergers folgen in fünf Abschnitten die Schwerpunkte "Urban Development Planning", "Housing and Construction", "Responsive Design" und "Education for Responsive Design". Die breite Palette der behandelten Themen schneidet so ziemlich alles an, was während der letzten 30 Jahre zu diesen Fragen behandelt wurde. Wichtigster gemeinsamer Nenner ist das von Koenigsberger formulierte "Action Planning an Responsive Design", das ein Denken weg von statischen Auffassungen hin zu offenen Planungsverfahren und -modellen ermöglichte und heute z.T. schon zur Alltags(planer) -Praxis in der städtischen Dauerkrise der Entwicklungsländer geworden ist. F.Steinberg

Adaptive Reuse, Integrating Traditional Areas into the Modern Urban Fabric, The Aga Khan Program for Islamic Architecture (Hrsg.), Cambridge/Mass. 1983, US\$ 10 (Bezug: Room 10-303, MIT, Cambridge, Mass. 02139, U.S.A.)

Der Titel dieses Seminarberichtes aus der Reihe "Designing in Islamic Cultures" (Nr.3) umschreibt die programmatische Zielsetzung dessen, was bei uns heute unter dem Begriff "Behutsame Stadterneuerung" bekannt ist. Mit dieser Veröffentlichung wird ein Anfang gemacht, die bisher noch wenigen Erfahrungen mit behutsamer Stadterneuerung in den Entwicklungsländern vorzustellen und Überlegungen für die Zukunft der zahllosen der Modernisierung und dem Bevölkerungsdruck preisgegebenen Altstädte zu diskutieren.

Diverse Fallbeispiele wie Indonesien-/Singapore/Malaysia, Bagdad, Fez, Jeddah, Lahore, Old Dehli, Sanaa illustrieren die bisherigen Erfahrungen von teilweise ausgeführten, steckengebliebenen oder erst geplanten Projekten. Neben den kulturpolitischen Fragen um die Erhaltung und Wiederbelebung bewährter, alter Stadtkultur umfasst die Aufgabenstellung, ein tragfähiges ökonomische Konzept für die Zukunft historischer Städte/Stadtgebiete zu finden. Die drei wichtigsten Konzepte sind a) Stadterneuerung für Tourismus ("Disneylandisierung"), b) die Verbesserung der technischen und materiellen Infrastruktur für das traditionelle Handwerk und den Handel - vorausgesetzt, daß sie noch wettbewerbsfähig sind - und c) die Nutzung der neuen Kommunikationstechnologien, Mikroprozessoren und Computer zur Entwicklung neuer Büros, Verwaltungen, also zur Entstehung neuer Geschäftszentren in der alten Stadtumgebung führen kann. Kulturelle Kontinuität trotz und bei der gegenwärtigen Modernisierung der Entwicklungsländer ist hier die Herausforderung! F. Steinberg

Grant, J.S., Kwok, R.Y. (Eds.): PLANNING AND DEVELOPMENT IN CHINA AND HONG KONG, Schwerpunktheft von THIRD WORLD PLANNING REVIEW, vol.6, no.1, Liverpool 1984. Bezug: Liverpool University Press, P.O.Box 147, GB - Liverpool L69 3BX.

Das Schwerpunktheft zu China und Hongkong präsentiert sieben Beiträge zur chinesischen Planungspolitik, die trotz eines gemeinsamen Hintergrundes ganz unterschiedliche Größenordnung und Komplexität in der VR China und in der britischen Kolonie Hongkong annehmen.

Chinas sozialistischer Entwicklungsweg und Hongkongs exponierte Position im kapitalistischen Weltssystem machen Vergleiche besonders schwer: In Hongkong haben die profitable Verwertung des Bodens und das gewaltige, öffentliche Wohnungsbauprogramm die private wie staatlich geleitete Stadtentwicklung bestimmt. Im Gegensatz dazu war das Hauptanliegen der chinesischen Planer, die Beschränkung metropolitanen Wachstums zugunsten der mittleren und kleinen Städte, um für einen großen Teil der Bevölkerung Arbeitsmöglichkeiten und öffentliche Dienstleistungen zu ermöglichen. Gemeinsam ist beiden so unterschiedlichen Beispielen die erst kürzlich zuerkannte Rolle, die städtische Entwicklung in der gesamten Entwicklung zu spielen hat.

Der erste Beitrag zu China gibt einen Überblick über Prinzipien und Ziele der städtischen Planung seit 1949 bis heute. In ausführlicher Darstellung der Arbeitsfelder Wohnungsbau, städtische Verschönerung (!), Flächennutzungsplanung, Transport und Stadterneuerung werden die gegenwärtigen Maßnahmen unter der Strategie der "Vier Modernisierungen", ihre Erfolgs- und Realisierungschancen eingeschätzt.

Im zweiten Beitrag werden die Auswüchse der Kulturrevolution kritisiert, doch auch die Erfolge bei der Verhinderung massiver Land-Stadt-Wanderung betont. Die Zukunft industriellen Wachstums liegt auch weiterhin im Agrarsektor. Praxisbeispiele aus der Shanghai-Nanjing-Region illustrieren im dritten Artikel in diesem Zusammenhang die aktuellen Strategien: Städtische Einnahmen aus ländlicher und städtischer Arbeit werden genutzt als Unterstützung für

öffentliche Investitionen in die Infrastruktur ländlicher Siedlungen, die zu kleinen Städten ausgebaut werden sollen. Der Abschnitt über China wird abgeschlossen mit Zahlenprojektionen zum städtischen Wachstum bis zu Jahre 2000 - unter der Voraussetzung gleichbleibender Entwicklungsstrategien.

Der einleitende Artikel zu Hongkong beginnt ebenfalls mit einem Abriß der Geschichte städtischer Planung des Stadtstaates. Es wurden in den letzten Jahrzehnten nicht nur die Zuständigkeiten der Planungsinstitutionen vergrößert und verstärkt, sondern auch die institutionelle Zusammenarbeit verbessert. Diese Zusammenarbeit sollte sich v.a. bei Computer-gesteuerter Verkehrsplanung entwickeln. Für die regionale Entwicklungsplanung der Kolonien wird auch die planerische Zusammenarbeit mit China und mit der an Hongkong angrenzenden Shenzu-Wirtschaftszone von besonderer Bedeutung sein.

In dem Artikel über Wohnungsbau in Hongkong wird aufgezeigt, daß im Gegensatz zu China, wo die Entwicklung der Produktionskapazitäten wichtigstes Vehikel für städtische Entwicklung war, in Hongkong der Wohnungsbau höchste Priorität genoß und die städtische Entwicklung von Kowloon und den Neuen Territorien wesentlich beeinflusst hat. Eine räumliche Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätten war in Hongkong jedoch nicht möglich. Von daher wird die Entwicklung öffentlicher Massentransportsysteme entscheidend für eine erfolgreiche Weiterführung des umfangreichen Programms der Neuen Städte sein.

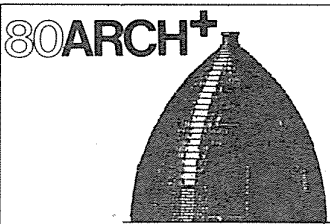
Im abschließenden Beitrag über Stadtkonservierung wird ein erheblich kritischerer Ton als in den beiden vorangegangenen Analysen zu Hongkongs Planungspraxis angeschlagen. Hongkong, das als kapitalistische Erfolgsgeschichte Weltruhm erlangt hat, verfolgt eine rüde Praxis städtischer Erneuerung nach dem Diktat der Bodenspekulation.

Mit der Herausgabe dieses Schwerpunktheftes werden jüngste Entwicklungstrends in China und Hongkong umfassend und materialreich dargestellt. Die Lektüre dieses Heftes ist auch besonders als Fortsetzung und Vertiefung zu TRIALOG 4 "Die Häuser der Revolution" zu empfehlen! F. Steinberg

ARCH+ an stösse

..... Denkanstöße geben
.... zur Diskussion anregen
.... über die Grenzen der Disziplin hinausschauen.
Dafür steht das hochgelobte „Plus“ im Namen der Zeitung.

ARCH+ - mehr als nur Architektur Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner und kommunalpolitische Gruppen
In jeder guten Buchhandlung, Abo., Bestellungen, Prospekte, Probeheft bei Kleines Druck + Verlag, Oranienstr. 9, 51 Aachen



LUST AUF LEHM

Patrice Doat von CREA Terre: ARCHITECTURE DE TERRE. Hans Jürgen Serve, DIE EXPERIMENTELLE LEHMBAUSIEDLUNG „L'île d'Abeau“. DAS CENTRE DE TERRE BEI TOULOUSE. Klaus Eckert und Franz Volhard im Gespräch: PERSPEKTIVEN DES LEHMBAUS IN DEUTSCHLAND. Heinz W. Sieber, LEICHTLEHM UNÜBERTROFFEN, TROTZDEM BILLIG. Architekturlabor „Hummelhof“. Gernot Minke im Gespräch: LIEGT DIE ZUKUNFT DES LEHMBAUS IN SEINER MECHANISIERUNG?

ÖKOLOGISCHE SIEDLUNG KASSEL. P. und M. Breidenbach, WERKZEUGE UND MASCHINEN ZUR ERLEICHTERUNG DES LEHMBAUS. Manfred Spidlar, VOM ARMELEUTEHAUS ZUR KAISERVILLA. GLOSSAR: GESCHICHTE DES LEHMBAUS (Von Argländer bis Zentrinbau)

ARCH+-Zeitung: CAD-Journal, Experimentalbauten, Architekturausbildung. ARCH+-Baumarkt: Energie- und Umweltzentrum am Deister, Ökologische Baustoffwahl, Konstruktiver Holzschutz.

Wer jetzt abonniert,

.....erhält als kostenlose Werbepremie je eines der folgenden vier Pakete mit jeweils zwei ARCH+-Heften dazu. ● Paket 1: Ökologische Bauen und Planen (51/52, 62) ● Paket 2: Die 50er Jahre (56) ● Neuer Realismus (57/58) ● Paket 3: Hausbau - Billigbau (65) Vom Hausbau zum Stadtbau (68) ● Paket 4: Anders leben, wohnen, arbeiten, bauen (61) Wege in der Krise, Wege aus der Krise (67) ● Ein Jahresabo umfasst vier Einzelhefte und ein Doppelheft und kostet 52 DM, für Studenten, Arbeitslose, 44 DM. Bestellen (gewünschtes Paket angeben) oder ausführlichen Prospekt anfordern. JULIUS POSENER, Vorlesungen zur Geschichte der Neuen Architektur. 5 ARCH+-Hefte im Schuber DM 48

LITERATURHINWEISE

Aksoylu, Yurdanur: CHALLENGE TO BUREAUCRACY. The Informal Networks of Urban Squatters and Communication with Local Authorities in Istanbul. IGP-Working-Paper A-84-2, Stuttgart 1984, DM 4.-- Institut für Grundlagen der Planung, Universität Stuttgart

"Der Transportbedarf der ländlichen Bevölkerung in Entwicklungsländern - Ansätze zu einer verbesserten Verkehrsplanung", Charles K. Kaira. Schriftenreihe des Instituts für Regionalwissenschaft der Universität Karlsruhe, Nr.21, 1983, DM 18.--

Detlev Ullrich: BARRIOPOLITIK IN CARACAS. Eine sozioempirische Untersuchung am Beispiel der Erwachsenenbildung und der Stadtteilarbeit. Nr. 3 Spektrum, Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern. Breitenbach, Saarbrücken, 1984, 388 S. DM 46.--

H. Meyer, C. Menke, W. Siemers ENERGIE FÜR DIE ARMEN? Traditionelle Brennstoffe in Indien ASA Studien Band 2, 195 Seiten, ISBN 3-88156-288-5, Breitenbach Verlag Saarbrücken 1984, DM 17.--

J. Berninghausen, B. Kerstan (Hrsg.) DIE UNSICHTBARE STÄRKE: Frauenarbeit in der Dritten Welt, Entwicklungsprojekte und Selbsthilfe ASA Studien Band 3, 310 Seiten, ISBN 3-88156-289-3, Breitenbach Verlag Saarbrücken, 1984, DM 24.--

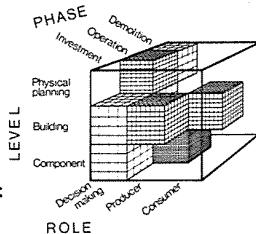
Kiran Mukerji und Hellmuth Bahlmann LATERIT ZUM BAUEN, Bericht über eine Forschungsstudie 79 S., A4, Herausgeben als REPORT 5 vom Institut für Tropenbau, Dr. Lippsmeier, Waldschmidtstraße 6a, D-813 Starnberg, 1978, DM 25.--

Kiran Mukerji: BASISGESUNDHEITSEINRICHTUNGEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN Forschungsbericht. 190 Seiten, erschienen als REPORT 6 vom Institut für Tropenbau, STARNBERG 1981, DM 50.--

R.J.S. Spence, D.J. Cook: BUILDING MATERIALS IN DEVELOPING COUNTRIES 257 Seiten, ISBN 0 471 10235 0, John Wiley & Sons, Chichester, 1983

L. Reuterswärd: A BUILDING IS NOT A BUS Transfer and Evaluation of Building 243 S., ISBN 91 7222 722 2, Dept. of Architecture, Lund University, Box 725, S-220 07 Lund, 1984

Dennis A Rodinelli: SECONDARY CITIES IN DEVELOPING COUNTRIES Policies for Diffusing Urbanization 288 p., ISBN 0 8039 1946 8, Sage Publications, Inc, 1983.



KONFERENZBERICHTE

INTERNATIONALE ARBEITSTAGUNG : STADTERNEUERUNG UND WOHNRAUMVERSORGUNG FÜR UNTERE EINKOMMENSGRUPPEN IN LATEINAMERIKANISCHEN GROSSTÄDTEN vom 13. bis 16. Februar 1985 an der Technischen Universität Hamburg Harburg. Von Gisliind Budnick

SELBSTHILFE IM KREUZFEUER

Das Programm, strukturiert in

- Forschungsprojekte in der Bundesrepublik
- Studien und Erfahrungen in Venezuela, Brasilien, Chile, Ecuador, Zentralamerika, Nicaragua und Cuba
- Theoriediskussion und Perspektiven zukünftiger (gemeinsamer) Forschung, vorgetragen von Fachleuten aus Theorie und Praxis, versprach einen besonders interessanten Event in der aktuellen Entwicklungsplanungsdebatte - organisiert von Prof. Hans Harms, Ulrike Zschaebitz, John Tait (Arbeitsbereich Städtebau III) und finanziell gefördert durch die Stadt Hamburg und die Stiftung Volkswagenwerk.

Entsprechend der spanischen Tagungssprache - aus Kostengründen und zur Vereinfachung der Vortrags- und Diskussionsprozedur - startete mit etwa 50 Teilnehmern (darunter 20 Vortragende) ein Mammutprogramm, welches gleichermaßen hohes Durchhaltevermögen an Referenten wie Zuhörer stellte - unterbrochen durch Imbiß- und Kaffeebuffets fleißiger Hände aus dem Organisationsteam als vielfältige Gelegenheit zur informellen (Weiter-)Diskussion.

Mit Theorievertretern einer mehr politisch-ökonomischen Einschätzung der Selbsthilfe im Wohnungsbau - im Gegensatz zu deren Idealisierung durch John F. Turner - konzentrierte sich die Erörterung der Lösungsansätze zur Wohnraumversorgung in den Metropolen Lateinamerikas im wesentlichen auf Pro und Contra von Selbsthilfestrategien und die Rolle des Staates dabei.

Den Auftakt machten Berichte aus der Forschung: Zur Evaluation von "Selbsthilfe-Programmen als Element staatlich geförderter Wohnraumversorgung in Venezuela, Brasilien und Chile" läuft bereits ein (zwischen Darmstadt, Hamburg und London) kooperatives Forschungsvorhaben - vorgestellt von Ronaldo Ramirez (DPU) mit dem Tenor, daß jede Art kollektiver Aktion einen Markt und ein Feld der politischen Auseinandersetzung eröffne. Es soll sich zeigen, ob Selbsthilfe eine effektive Sofortmaßnahme sein kann, ohne gleichzeitig auch zur Festigung des gesellschaftlichen Status Quo beizutragen - jedoch erweisen sich im Vorfeld der Untersuchungen weder das Element des Selbstbaus noch derlei staatliche Programme als größtmäßig signifikant.

Die weiteren Vorträge und Diskussionsbeiträge ermöglichten denn auch einen tieferen und differenzierteren Blick auf die "Selbstversorgung mit Wohnraum": Der Selbstbau als "spontane Sofortlösung" stellt sich für den "Bauherrn" als ein Prozeß von unregelmäßig aufeinanderfolgenden Baustufen dar, der

bis zu 20 Jahren dauert - so zeigte die Analyse Alberto Loveras (UCV Caracas) - und aus dem Blickwinkel der Bauproduktion als eine Addition von (mehr-)kostenverursachenden Faktoren wie Materialangebot, -zugang, -transport etc., um den ohnehin nur mit 30 % kalkulierten Arbeitsanteil an den Baukosten zu ersetzen, die am Ende etwa 10% höher sind, als eine vergleichbare konventionell erstellte Wohnung.

Der wesentliche Anteil des "Selbstbaus" wird über vertragliche Leistungen vom (Wohnungs-)Selbstbauer" organisiert und sei nicht als auto-construcción, sondern als auto-producción oder gar auto-gestión (Selbst-Betreibung) zu bezeichnen - so Teolinda Bolívar (UCV) aus ihren Studien über Barrios in Caracas - und nicht der Wohnraum an sich, sondern erst der Anschluß an die städtische Infrastruktur bestimme den Grad der Wohnraumversorgung. Erstaunlicherweise kämen Siedlungen auf öffentlichem Land als letzte in den Genuß der technischen Versorgung.

Auch der "Solidarisierungseffekt" ist nur für Gemeinschaftsaktionen im Quartier zutreffend, handelt es sich beim Hausbau doch vorwiegend um eine individuelle Anstrengung.

Die Rolle des Staates nahm sich Luis Antonio Machado da Silva (vom IUPERJ Rio de Janeiro) vor - mit der Geschichte der Behausungsformen ärmerer Schichten seit der Jahrhundertwende - wobei die Motive staatlichen Handelns von Hygiene über Kontrolle zu reinen Wirtschaftsinteressen gehen und der Versorgungsaspekt - wenn überhaupt - dann nur den Wohnraum der Besserverdienenden betrifft.

Der zweite Tag galt den Erfahrungen aus der 'Praxis vor Ort': Die Beiträge aus Chile von Alfredo Rodríguez (SUR, Santiago) und Marisa Carmona (TH Delft) mit Beispielen erfolgreicher Landesbesetzungen bewerteten diese "Wohnraumversorgung" eindeutig als fundamentale Quelle gemeinsamen politischen Handelns - im Gegensatz zur immer wieder von Emilio Pradilla Cobos - und im mexikanischen Fall wohl auch zurecht - geäußerten Befürchtung der staatlichen Absorption von Siedlerbewegungen. Das Problem, so karrikierte Rodríguez die chilenische Realität ökonomischer und demografischer Über-Konzentration bei gleichzeitiger Ent-Industrialisierung, seien nicht die "50% ohne Häuser", sondern die "50% mit Häusern".

Das Wohnungsproblem als Indikator für strukturelle Ungleichheit war auch dem Bericht von Jorge di Paula (ALAHUA, Quito) über die Arbeit des ALAHUA, einer Art "Advokaten-Planungs-Gruppe" zur Beratung von Selbsthilfeorganisationen, vorangestellt. Um aber wirkliche Partizipation in der Wohnraumversorgung zu erreichen, sei eine neue "Vision des Wohnens", unterstützt durch neue "Wissens(schafts-)strukturen", notwendig.

Daß der politisch-ökonomische Kontext nicht aus der technisch-organisatorischen Behandlung des Wohnungsversorgungsproblems ausgespart und die "Krise der Behausung" nicht von der "Krise des Systems" zu trennen sei, belegten um ein weiteres auch die Ausführungen von Mario Lungo Uclés (Grupo de trabajo latinoamericano y CSUCA San José) und ließen die Erwartungen auf Berichte aus veränderten politischen Bedingungen steigen.

Der dritte Tag galt dem sozialistischen Lateinamerika mit Vertretern aus Nicaragua und Cuba, vorangestellt einige Hypothesen aus dem Forschungsvorhaben Hamburg/Managua "Hausbau durch Selbstbau und gegenseitige Hilfe", welches die Eigenleistung bei der Wohnraumversorgung unter verschiedenen politischen Bedingungen beurteilen soll: Nicht die Erscheinungsform der Selbsthilfe, sondern ihre Ziele bestimmen deren Wirkung, so Ulrike Zschaebitz, und Verbesserungen der Lebensbedingungen begannen nicht mit (sichtbaren) Verbesserungen des "Habitat".

Mehr noch: Das Wohnungsproblem in Nicaragua verschwindet angesichts der Liste von Dringlichkeiten - an erster Stelle die Frage von Frieden und Freiheit. Der Arbeitsbericht, im Kollektiv vorgetragen von Alejandro Argüello Hüper: nationale Entwicklungsstrategien, Auxiliadora Reyes García (MINVAH Managua): politische und instrumentelle Leitlinien, Marta Loyman (JRM Managua) und Marisa Carmona (TH Delft): zur Sanierung der Wohnquartiere Managuas, verdeutlichte, daß mit dem enormen Ressourcendefizit - Mittel zur Wohnbedarfsdeckung müssen in den Aufbau der produktiven Sektoren kanalisiert werden - auch ein allseits spürbares Forschungs-, Planungs- und Informationsdefizit einhergeht. Bestandsaufnahme, Auswertung von alternativen Strategien zu Wiederaufbau und Entwicklungsplanung und deren Niederschlag in anwendungsorientierten Planungsleitlinien kann bei weitem nicht mit dem akuten Entscheidungsbedarf schritthalten. Die Vortragenden konnten sich denn auch vor den einstürmenden Fragen diesbezüglich nur mit dem Hinweis auf notwendige Studien zurückziehen, zumal die Frage der Bodenbesitzverhältnisse und der Managua-Priorität in der Landesentwicklung heftige Diskussion auslöste. Es gibt offensichtlich keine Patentrezepte, aber auch keine systematisch ausgewerteten Erfahrungen: Eine "neue Stadt" ohne die bitteren Mißverhältnisse der Metropolenrealität in Lateinamerika brauche andere Formen und Theorien der urbanen Organisation, Stadtreform, Integration von Arbeitsplätzen in Wohnquartieren zur Stimulanz der Produktion zur Grundversorgung, so Emilio Pradilla Cobos mit einer Anspielung auf den "cubanischen Ratschlag".

Doch auch die cubanische Wohnungspolitik, so ließen sich die Ausführungen von Luis Lápidus (ISPJAE La Habana) und Mario Coyula Cowley (Poder Popular La Habana) vernehmen, hat neue - oder eher weltweit übliche? - Elemente: Die Partizipation der Bevölkerung - in Form von privater oder genossenschaftlich organisierter Selbsthilfe - bei Renovierung, Erweiterung aber auch Schaffung von Wohnraum ist ein "zweites Bein" der staatlichen Wohnraumversorgung geworden, und die Erhaltung von bestehendem Wohnraum prägt die Sanierung der Altstadt von La Habana. In der Verbindung von Restauration und (Wieder-)Nutzung der historischen Stadtteile soll - im Gegensatz zur Zäsur der Sanierungen mit bis zu 20-stöckigem Massenwohnungsbau - Wohnraumversorgung mit der Wiederaufnahme traditioneller Bauformen einhergehen. Dies versteht sich vor dem - vor allem zwischen den Zeilen zu lesenden - immer noch enormen Defizit an "adäquatem" Wohnraum. Die Ineffizienz der Wohnraumversorgung aber sei in diesem Fall nicht der mangelhaften Kaufkraft,

sondern den Engpässen in Materialproduktion und administrativer Abwicklung zuzuschreiben.

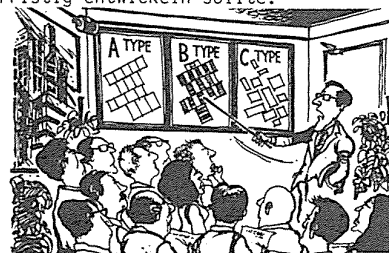
Die Theoriediskussion des letzten Tages, auf den ohnehin schon eine ganze Reihe akuter Fragen verschoben war, verzögerte der außerplanmäßige Beitrag Juan Busquets über Selbstbau und illegale Landbesiedlung in Barcelona. Emilio Pradilla Cobos (UAM México) anschließend, setzte das Problem der Wohnraumversorgung in den sehr pessimistisch gezeichneten Rahmen der allgemeinen ökonomischen Krise von Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Inflation, Verschuldung und Kapitalflucht, deren Auswirkungen auf die Bevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder, die vom Internationalen Weltwährungsfond aufgezwungene Austeritätspolitik (Politik des engen Gürtels) noch verschlimmere. Mit der Kostensteigerung im Bau- und Wohnungssektor und dem enormen Kaufkraftverlust haben nur noch jene 7% der Bevölkerung mit dem 20-fachen des Mindesteinkommens Zugang zum staatlichen Wohnungsbau, für die diese Art von Angebot völlig unattraktiv ist. Wo sich die Wirtschaft der Vereinigten Staaten auf Kosten der Massen Lateinamerikas erholt und "Hunderttausende von fliegenden Händlern das Bild (Kevin Lynchs von) der Stadt verändern", sind Landbesetzung und Selbstbau keine eindeutigen Lösungen, sondern auch als Beiträge zu weiteren Prozessen der Ausbeutung durch Bodenaufteilung und -spekulation zu bewerten. Gestützt wurde diese These auch durch die kritische Analyse der letzten 10 Jahre "Weltbank-Wohnungspolitik" durch Rod Burgess (AAGS/DPU London). Die neuen Projektelemente (wie z.B. Selbsthilfe) hielten die Reproduktionskosten der Arbeitskraft niedrig und funktionierten so im Interesse der Aufrechterhaltung des Lohngefälles zwischen Nord und Süd bzw. zwischen den Standorten von "Mutter"- und "Tochter"-Unternehmen industrieller Produktion.

Eine fundierte Sichtweise der angesprochenen Ambivalenz der Selbsthilfe in der Wohnraumversorgung hätten die beiden - zwar auf sehr abstrakter Ebene angesiedelten - Theorie-Beiträge von Ulrike Zschaebitz und John Tait (beide TH Hamburg-H) vermitteln können, hätten sie nicht im ohnehin überfrachteten Programm und aufgrund des aufgekommene Zeitdrucks gehetzt und stark fragmentarisch in den Raum gestellt werden müssen. Nicht einmal die These von U. Zschaebitz, daß Selbsthilfe - verstanden als eine Form der Subsistenzproduktion - nicht nur in den Verwertungsprozeß integriert sei, sondern als wesentlicher Bestandteil die bestehenden Formen der Produktion und Akkumulation erst ermögliche, wurde weiter verfolgt.

Ob die nur punktuelle theoretische Einbindung, die fortgeschrittene Zeit oder die einsetzende Ermüdung den Ausschlag gab - eine straffe Strukturierung der Diskussion war ohnehin schon den Vorteilen einer offenen Auseinandersetzung geopfert - der interessanteste Teil der Tagung, die Perspektiven und konkreten Ansätze gemeinsamen Forschens von Lateinamerikanern und Europäern zur Wohnungsfrage, entfiel.

Für ein so vielschichtiges Problem wie die Wohnraumversorgung sind nach 4 Tagen auch kaum konkrete Perspektiven zu

erwarten - doch die gegenseitige Information und gemeinsame Diskussion sind ein Anfang. Und diese erste internationale Fachtagung in der Bundesrepublik über Wohnprobleme in Lateinamerika ist ein positives Beispiel für eine wissenschaftliche Kooperation, wie sie sich in Deutschland langfristig entwickeln sollte.



"We want real community participation in this decision. Plan A is too expensive. Plan C is inefficient. Now, which plan do you prefer?"

9th EAROPH INTERNATIONAL CONGRESS: Metropolitan Growth in the Eastern Region - Technically Manageable? Hong Kong 20.-24.8.1984

Besonderer Verdienst der Veranstalter dieses Kongresses ist es, in dem umfassenden, aber trotzdem straff organisierten Programm so ziemlich alle heute wichtigen und relevanten Themenbereiche der Planerdiskussion der letzten Jahre zusammengebracht zu haben:

- 1) Development Policies and Finance
- 2) International Communication and Transport
- 3) Community and Business Participation
- 4) Environment and Energy
- 5) Alternatives to Metropolitan Growth.

Schon in der Einführung zum Kongreß wurde (von offizieller Seite der Planungsbehörden Hong Kongs) ein betont positives Bekenntnis zum metropolitanen Wachstum vorgetragen - und technische Lösungen der anstehenden praktischen Probleme als durchaus möglich erachtet. Hierbei wurde besonders auf die Erfolge Hong Kongs verwiesen, was jedoch auch die besonderen Bedingungen des Zuwanderungsstopps und der exponierten weltwirtschaftlichen Stellung Hong Kongs miteinschließt.

Aspekte des "Musterbeispiels" Hong Kong zogen sich durch die meisten Themenbereiche des Programms:

* Wohnungs(versorgungs)politik: aktiver Staatseingriff im sozialen Wohnungsbau (in Gestalt von High Density Blocks) und die Bedeutung von Investitionsanreizen für den privaten Wohnungsbau wurden als die zwei wesentlichen Versorgungsstrategien bezeichnet.

* Finanzierung: die umfangreiche Bereitstellung/Mobilisierung öffentlicher Gelder ist wesentliches Standbein dieser Politik.

* Bereitstellung des Baulandes (Crown Land): die limitierten Bodenressourcen werden als Begründung für die extrem hohe Verdichtung auf billig zu erschließenden Bauland angeführt. Abriß von Squatter-Gebieten erfolgt mit dem Ziel einer intensiveren städtischen Bodennutzung.

* öffentliche Beteiligung an Planungsverfahren: erste Anfänge von Bürgerbeteiligung in Form öffentlicher Anhörungen, Einspruchsverfahren u.a. werden praktiziert.

* räumliche Dezentralisierung: umfangreiche Investitionen in die Entwicklung der Neuen Städte in den New Territories, die sich erfolgreich entwickeln, wenn die Schaffung von Wohnraum mit dem neuen Arbeitsplatzangebot, der Verkehrsanbindung, den Sozialeinrichtungen und dem erforderlichen kommerziellen Angebot übereinstimmt.

Bei diesen Erfolgen Hong Kongs konnte und durfte Zweifel an der Übertragbarkeit und Gültigkeit dieser Erfahrungen und planerischen "Rezepte" für andere, weniger oder mit anderer Zielsetzung entwickelte Länder nicht ausbleiben. Da es jedoch an tragfähigen, auch für die ärmeren Länder wirkungsvollen Konzeptionen eher mangelt und ihrer eventuellen Umsetzung auch viele gesellschafts- und machtpolitische Hindernisse im Weg stehen, wurde das nur zögernd angesprochen.

Gerade die gesellschaftlichen Konflikte im Zusammenhang mit einer geplanten Bodenpolitik werden als entscheidender Faktor von höchster politischer Brisanz und Bedeutung für die städtische Entwicklung gesehen. Falls planerisch rationelle und gesamtgesellschaftlich sinnvolle Planungspolitik ihre Entsprechung in einer Bebauungs- und Flächennutzungsplanung finden soll, bedeutet dies mehr als nur richtige fachliche Erkenntnisse bei Planern und Behörden, es erfordert die Zustimmung und Zusammenarbeit der privaten Wirtschaft und der Grundeigentümer.

Als weiterer sensibler Aspekt der Stadtentwicklung gilt die Zusammenarbeit mit dem kommerziellen und dem industriellen Sektor. Es geht dabei um die Frage, ob sich Stadtentwicklungspolitik den Interessen und Zielen privater Firmen und Firmengruppen des Industrie- und Handelssektors unterordnet - oder ab rational begründbare Entwicklungslinien jenseits von den Interessen einzelner Gruppen zu praktizieren ist.

Kennzeichnend für den allgemeinen Stand der Planerdiskussion ist die neuerliche Behandlung des Konzepts dezentraler Wachstums- und Entwicklungspole. Da trotz vieler Fehlschläge bei der simplifizierten Anwendung dieses Raumplanungsmodells an seinem prinzipiellen Ziel festgehalten wird, wurden Möglichkeiten "alternativer" Formen dieses Konzeptes erörtert: alternative Verkehrssysteme, alternative Energie und sparsamerer Umgang mit Energie, die Förderung von Marktfunktionen der Mittelstädte wurden als wichtigste Ergänzungen neben den innovativen Möglichkeiten mit der Entwicklung der neuen Informationstechnologien in Bezug auf Raum- und Siedlungsstrukturen benannt. Vielleicht ergeben sich aus diesen neuen Aspekten wirkungsvollere, planerische Konsequenzen für die Dezentralisierung von Siedlungssystemen?

Sozialpolitische Konzeptionen einer "armutsorientierten" (!) Planungspolitik sind bei dem Kongreß erheblich zu kurz gekommen. Das mag an der starken Orientierung am Beispiel Hong Kong liegen - unterstreicht aber auch die Scheu vieler Delegierter, auf die empfindsamsten Punkte der eigenen sozialen Realität hinzuweisen. Der Kongreß hat gezeigt, daß es nicht die eine städtische Entwicklungsstrategie für die Eastern Region, sondern nur bestenfalls gleiche Probleme gibt.

F. Steinberg

WORLD CONFERENCE ON HUMAN SETTLEMENTS

IN DEVELOPING COUNTRIES

Calcutta 12.-15.1984

Entsprechend der Zusammensetzung der Teilnehmer reflektierte die überwältigende Mehrheit der Referate die indische Situation, wobei ein internationaler Vergleich kaum gesucht wurde. Sicher wäre hier eine stringenter Vorauswahl und Vorstrukturierung der Beiträge nützlich gewesen, denn das sehr gedrängte Programm mit bis zu vier Vorträgen pro Stunde getattete kaum eine Klärung von Verständnisfragen oder eine Erläuterung der Rahmenbedingungen, und unterband eine weiterführende und kontroverse Diskussion der unterschiedlichen Standpunkte.

Von der Handvoll Vorträge abgesehen, die mit dem angekündigten Thema der Konferenz eigentlich nichts zu tun hatten, lassen sich die vorgestellten Positionen zu der Frage einer realistischen Lösungsstrategie für das Wohnungsproblem der Armen zwei Grundtendenzen zuordnen. Die eine Meinung, die auch von der Vielzahl der indischen Referenten vertreten wurde, könnte als eher 'techno-reformistisch' bezeichnet werden: die bisher praktizierten Optionen der Wohnraumbeschaffung sind sowohl für die Mehrzahl der Nutzer wie auch für die Regierung zu teuer. Daher sollten neue Programme (mit Unterstützung qualifizierter Experten) ausgearbeitet und erprobt werden, die die Baukosten durch Standardreduzierung, Selbsthilfe, technologische Innovation senken, und eine Finanzierung unter Inanspruchnahme des Kapitalmarkts über einen längeren Zeitraum strecken. Mit Blick auf seine Reproduzierbarkeit ist ein Programm dann optimal, wenn es sich finanziell selbst trägt. Unvermeidliche soziale Verdrängungseffekte müssten durch Sickerneffekte ausgeglichen werden, ein rein quantitative Zuwachs an Wohnraum wird jedenfalls als Ziel erreicht

Die gegenläufige Argumentationslinie verweist auf die Erfahrung, daß bisher kein Wohnungsbauprogramm ohne Zuschüsse die angepeilte Zielgruppe der Ärmsten dauerhaft erreicht habe, da das Grundproblem die Verarmung und eine ungleiche Verteilung der Ressourcen (strukturelle Heterogenität) sei. Formelle Wohnungsbauprogramme enthalten notgedrungen zusätzliche Kostenfaktoren über Gebühren, Zinslasten, Besteuerung, und gesteigerten Bodenwert, sind daher für bisherige Squatter oder Pavement Dwellers finanziell nicht tragbar. Das Problem bestünde sicher nicht in einem Mangel an wissenschaftlichen Erkenntnissen oder neuen Ideen. Die Entwicklung neuer Programme ändert daher nichts an der grundsätzlichen Misere in der Wohnungsversorgung der Armen, verschaffe bestenfalls den damit beauftragten Experten ein sicheres Einkommen. Deshalb ließe sich eine Verbesserung der Situation nur in Verbindung mit weitergehenden gesellschaftlichen Reformen denken, die auch einen gleichmäßigeren Zugang zu Ressourcen gestatte und ein gesichertes Einkommen der Zielgruppe garantiere.km

VERANSTALTUNGEN



ROM 1.-4. JULI 1985: 18th WORLD CONFERENCE der Society of International Development. Informationen: Prof. Dr. G. Schuer, Ahornstraße 55, 51 AACHEN.

PARIS 25-28. Sept. 1985: STRATEGIES URBAINES DANS LES PAYS EN VOIE DE DEVELOPEMENT: Politiques et pratiques sociales en matière d'urbanisme et d'habitat. Informationen: Institut de l'Habitat, 7, rue St. Marc, F-75002 PARIS, Tel 5080471.

ADDIS-ABEBA 18-21. 11. 1985: SEMINAIRE REGIONAL SUR L'HABITAT SPONTANE ET L'HABITAT ECONOMIQUE, veranstaltet von C.E.B.T.P. und UNESCO. Informationen: E.ABSI, C.E.B.T.P., rue Briancion, F-75737 PARIS CEDEX 15, Tel 5392233

Adelaide (Australia) 28.9.-3.10.1986 WORLD PLANNING AND HOUSING CONGRESS. Unterthemen: "Form of innovation in planning and housing, social forces behind change in planning and housing, how innovation occurs: the process of change, new approaches: the role of technology. Der Veranstalter (Australische Architektenkammer) bittet um Meldung von Beiträgen (Titel) bis 30.8.1985. Weitere Infos: International Convention Management Services Pty. Ltd, GPO Box 2609, Sydney, Austarlia 2001.

blätter **iz3w**
Informationszentrum dritte welt - iz3w

Nr. 125 · Mai 1985

Ökologie und Dritte Welt II:

Die „andere Natur“

Umweltchemikalien

Aluminiumkombinat „ALUMAR“

Konflikte um die Wasser des Nils und des Sambesi

Medien- und Literaturliste

Nachrichten und Berichte zu:

Pazifik

Quicha-Indianer gegen Landraub

Aktionsprogramm: Futtermittelimporte

Deutsche Entwicklungshilfe in Nicaragua

Einzelpreis DM 5,- Jahresabo: DM 40,-

(DM 30,- für einkommensschwache

Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.

Informationszentrum Dritte Welt,

Postfach 5328, 7800 Freiburg

LESERBRIEFE

Ich trat dem Trägerverein der Zeitschrift TRIALOG in dem Glauben bei, hier würde etwas für die WIRKLICHE Wissenschaft auf dem Gebiet des Planens und Bauens in Entwicklungsländern getan.

Mit großem Interesse habe ich daher die Nr.1 TRIALOG gelesen und habe jetzt das Bedürfnis, ... folgendes mitzuteilen.

Zunächst irritierte mich die Beschreibung der 'Position' der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE). Da der Geist und die Politik der DSE seit vielen Jahren durch die Zeitschrift 'E+Z' jedermann unseres Fachgebietes bekannt sind, frage ich mich: Ist das die "...längst überfällige Debatte..." in Deutschland? (Eigenwerbung der Zeitschrift, S.40).

Bei der BÜCHERSEITE (S.38/39) wurde ich dann besonders angespannt und schicke ... deshalb aus meiner Bücherei 11 deutsche Titel von Leuten, die mehr im Stillen arbeiten und forschen, sowie zwei wichtige Forschungsergebnisse seriöser Art aus Schweden und 1 Titel zu Zambia aus den USA zum Thema 'Housing + Urban Development'. Ist es Zufall, daß eher leere World Bank ("Learning by Doing") sowie UN-Habitat ("Upgrading of Urban Slums..." + "Survey of Slum and Squatter...") Papiere/Broschüren aufgeführt werden, als die beiliegenden Titel deutscher Autoren? In der 'E+Z' und der 'Bauwelt' wurden die meisten dieser deutschen Arbeiten nie erwähnt, schon gar nicht besprochen. Die Arbeiten von HEUER/SIEBOLDS/STEINBERG, sowie von FICKERT/WETTER sind inzwischen vergriffen, aber nie besprochen, außer letztere von Einhard Schmidt im nächsten Rundbrief der Kübel-Stiftung. Angesichts der Titelauswahl in TRIALOG und des damit vermittelten Eindrucks von dem Hintergrund der in Deutschland vorhandenen Arbeiten zum Wohnungs- und Stadtproblem in Entwicklungsländern drängte sich mir mit unwiderstehlicher Macht der Satz von Marx auf: "In der platten Ebene erscheinen auch Esels-haufen als Hügel". (Kapital Bd.1, MEW 23, S.541). Ich wurde dabei ferner an die in Deutschland nicht unbekannteste Praxis der Bildung von 'Zitierkartellen', sowie von 'Dumping-Strategien' in der Wissenschaft erinnert. Ich hatte weiter gedacht, TRIALOG würde in "die längst fällige Debatte" auch Leute einbeziehen, die in der Praxis arbeiten und außerhalb der Universität forschen.

Ich hoffe, daß TRIALOG nicht eine Mischung aus 'Habitat News' und 'SINA Newsletter' wird.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Wetter

Betrifft: Artikel von B.Müller über Politik mittlerer Zentren in Mexiko, TRIALOG 2

"... Das Problem mexikanischer Planung liegt nicht in der Planaufstellung. Diese würde von internationalen Stellen als blinded herausgestellt werden. Nein, das Problem ist, daß diese "blendenden" Pläne nicht ausgeführt werden..."

In der Revista Interamericana de Planeacion vom März 84 wird der neutrale und technische Charakter lateinamerikanischer Planung diskutiert. Nach Carlos A.Matos ist die ideologische Verschiedenheit von Planern und Entscheidungsträgern eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß formell verabschiedete Pläne nur selten zur Ausführung kommen. Die Planerstellung wird nicht als Prozess verstanden, bei dem sich die politische Durchführbarkeit eines Planes allmählich aufbaut. Statt dessen werden Pläne an abstrakten Normen orientiert, was zu einem abrupten Bruch zwischen der gewachsenen Geschichte und der programmierten Zukunft führt und eine Trennung zwischen dem Notwendigen und dem Machbaren bewirkt.

Da Pläne jetzt international verfügbar sind, richten einige Leute danach ihre Reisepläne aus und schreiben dann irgendeinen gut klingenden Bericht darüber, dem man anmerkt, daß sie im Land sich nicht länger als einige Stunden um das Thema gekümmert haben..."

Josef Schulte-Sasse, Mexiko-Stadt

Betr.: Leserbrief von Herrn Schulte-Sasse

Der Bruch zwischen der gewachsenen Geschichte und der programmierten Zukunft ist eine wesentliche Ursache für Umsetzungsprobleme von Planung (nicht nur in Lateinamerika!). Ich würde allerdings über die Anmerkung von Herrn Schulte-Sasse hinausgehen:

Es ist nicht nur die ideologische Verschiedenheit von Planer und Entscheidungsträger, die für Umsetzungsprobleme verantwortlich ist, sondern vielmehr die "Entfernung" beider von der "Basis", d.h. den Planungsbetroffenen.

Planung ist abhängig von der paradigmatischen Orientierung der Planer, die nicht selten durch Studien im Ausland geprägt ist, ihrem sozialen Milieu, das in den seltensten Fällen Erfahrungen mit dem der von Planung Betroffenen gemein hat, und schließlich auch von der kritiklosen Übernahme von Konzepten, die sich auch anderswo schon als wenig steuerungs-wirksam erwiesen haben.

Entscheidungsträger sind nicht frei von politischem Rechtfertigungsdruck und von Ambitionen, die eine symbolische Politik begünstigen und die ihnen das Augenmaß für die tatsächlichen Bedürfnisse (und dies sind nicht nur die Bedürfnisse von Eliten!) verstellen.

Daß Planung als politischer Prozeß aufzufassen ist, versteht sich von selbst. Es ist allerdings dabei zu beachten, daß die Entscheidungsträger in den seltensten Fällen die Planungsbetroffenen sind bzw. diese tatsächlich repräsentieren. Solange die Betroffenen nicht wirksam in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse eingebunden werden, wird sich an den Umsetzungsproblemen der "Schreibtisch-planung" kaum etwas ändern.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. B.Müller

HINWEISE FÜR AUTOREN

Die Zeitschrift "TRIALOG" wird dezentral im Turnus von lokalen Redaktionsgruppen herausgegeben (Adressen siehe Impressum). Jedes Heft enthält in der Regel:

- * Mehrere Artikel zu einem Schwerpunktthema
- * Aktuelle Beiträge und Nachrichten allgemeiner Natur
- * Ausführliche Buch- und Filmrezensionen
- * Kürzere Buch- und Medienhinweise
- * Forschungsabstrakte
- * Veranstaltungs- und Stellenankündigungen
- * Leserbriefe

Die Redaktion lädt Autoren ein, Manuskripte oder Artikelvorschläge in Form von kürzeren Exposéés vorzulegen. Aktuelle und gut illustrierte Beiträge mit einer Länge von nicht mehr als 25 000 Zeichen (625 Zeilen à 40 Anschläge inklusive Leertasten und Interpunktion) werden vorzugsweise veröffentlicht. Die Manuskripte/Exposéés sollen 3-fach und nach Möglichkeit in deutscher Sprache als unverkleinerte Kopie an die im Impressum genannte Redaktionsadresse geschickt werden.

Wurde ein Artikel bereits veröffentlicht, ist dies anzugeben, ebenso wenn das Manuskript zwischenzeitlich anderweitig zur Veröffentlichung angenommen wird. Die Manuskripte mit Angabe des Verfassers (Name, Adresse, ggf. Institution) sollen durch eine Zusammenfassung der wichtigsten Thesen (ca. 200 Worte) als "english summary" ergänzt werden. Alle Illustrationen müssen mit Bildunterschrift versehen werden, - Fotos möglichst kontrastreich und vorzugsweise 85, 175 oder 265 mm breit und 90 bzw. 190 mm hoch sein.

Anmerkungen sollen durchgehend nummeriert am Ende des Textes erscheinen; die bibliografische Zitierweise bleibt dem Autor überlassen, doch muß sie einer für wissenschaftliche Arbeiten üblichen Methode entsprechen.

Copyright: Die Herausgeber von TRIALOG sind nicht in der Lage, Honorare zu zahlen. Dafür wird keine Übertragung des Copyright beansprucht. Alle Beiträge dürfen unter Nennung der Quelle nachgedruckt werden, - vorausgesetzt, daß 3 Belegexemplare an "TRIALOG" geschickt werden (davon 1 für den Verfasser), und daß der Autor dies nicht ausdrücklich durch den Vermerk: (c) vor seinem Namen untersagt.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Manuskripte ggf. stilistisch zu überarbeiten und zu kürzen, wo der verfügbare Platz dies erfordert. Inhaltliche Änderungen und Ergänzungen sind jedoch nur nach Rücksprache und mit Genehmigung des Autors möglich, der gleichzeitig eingeladen wird, sein Manuskript in einer vorbereiteten Redaktions-sitzung zu diskutieren. Empfehlungen zur Überarbeitung beinhalten jedoch nicht automatisch eine Publikationsgarantie.

Prägnant gefasste Leserbriefe sind willkommen und werden - soweit möglich - an den Autor weitergeleitet und ggf. zusammen mit dessen Stellungnahme abgedruckt.